

I. publ. E.

258

te

J. publ. E.

258 te

Michael

ENGLANDS STELLUNG
ZUR
ERSTEN TEILUNG POLENS.

HABILITATIONSSCHRIFT
ZUR
ERLANGUNG DER VENIA DOCENDI FÜR DAS FACH DER
GESCHICHTE
DER PHILOSOPHISCHEN FACULTÄT
DER
ALBERT-LUDWIGS-UNIVERSITÄT ZU FREIBURG IM BREISGAU

EINGEREICHT VON
WOLFGANG MICHAEL
DR. PHIL.

HAMBURG UND LEIPZIG
VERLAG VON LEOPOLD VOSS
1890.

5B

= Ges. d. p. 1088

Die
Formen des unmittelbaren Verkehrs
zwischen
den deutschen Kaisern
und
souveränen Fürsten
vornehmlich im X. XI. und XII. Jahrhundert.

Von
Dr. Wolfgang Michael.

1888. (VII. u. 156 S. kl. 8). Preis geheftet M 4.—.

Die Arbeit führt uns mit großer Lebendigkeit vor Augen die charakteristischen Züge im persönlichen Verkehr des Kaisers mit den Königen von Frankreich, Burgund, Ungarn und Dänemark, mit dem Herzog von Polen, dem Papst und dem griechischen Kaiser; diese wie die genau abgezielten Formen des brieflichen Verkehrs lassen uns den Entwicklungsgang der europäischen Staatengesellschaft vielfach klarer erkennen und die Bedeutung der Rangordnung, welche als wichtiges regulatorisches Prinzip unter den abendländischen Fürsten im Mittelalter in allgemeiner Anerkennung stand. Als ein Beitrag zur Geschichte des Völkerrechts im Mittelalter ist die Arbeit mit Dank zu begrüßen.

Archiv für öffentl. Recht IV. Heft 2.

ENGLANDS STELLUNG
ZUR
ERSTEN TEILUNG POLENS.

HABILITATIONSSCHRIFT

ZUR

ERLANGUNG DER VENIA DOCENDI FÜR DAS FACH DER
GESCHICHTE

DER PHILOSOPHISCHEN FACULTÄT

DER

ALBERT-LUDWIGS-UNIVERSITÄT ZU FREIBURG IM BREISGAU

EINGEREICHT VON

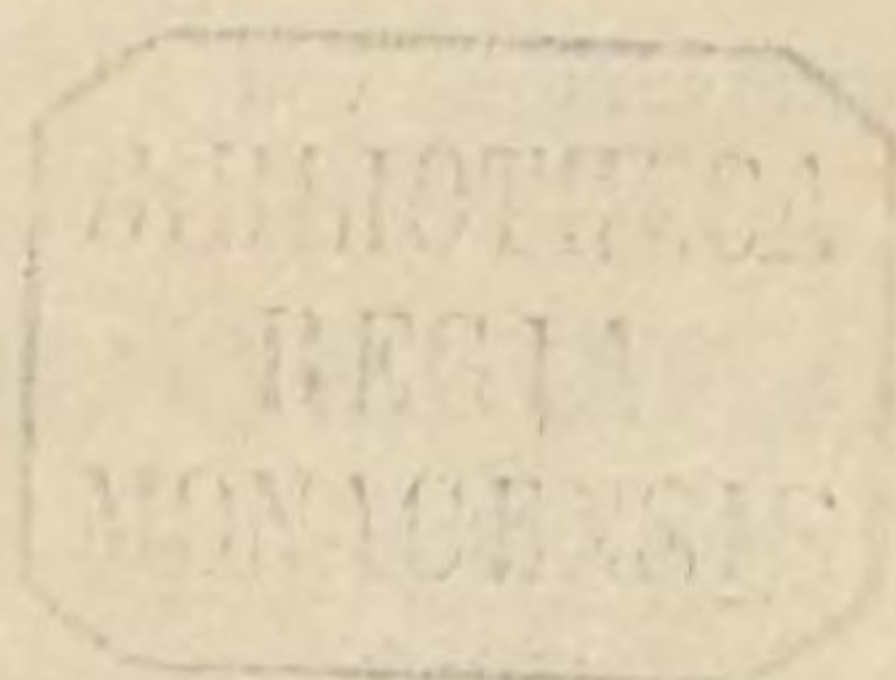
WOLFGANG MICHAEL

DR. PHIL.

HAMBURG UND LEIPZIG

VERLAG VON LEOPOLD VOSS

1890.



Druck der Verlagsanstalt und Druckerei Actien-Gesellschaft
(vormals J. F. Richter) in Hamburg.

Vorwort.

Die folgende Darstellung beruht wesentlich auf der Ausbeutung handschriftlichen Materials, welches zum größten Teil bisher noch nicht benutzt war.

Durch die gütige Vermittelung der deutschen Botschaft in London erhielt ich vom Foreign Office die Erlaubnis, die einschlägigen Akten im Public Record Office, dem britischen Reichsarchive studieren zu dürfen. In erster Linie sind benutzt die Korrespondenzen der beiden Staatssekretäre mit den Vertretern des Königs von England in Berlin, Wien, Petersburg, Warschau, Danzig, Paris und im Haag während der Jahre 1772—1774. Teile dieser Korrespondenzen sind gedruckt bei RAUMER, *Beiträge IV; Malmesbury Correspondence; Sbornik russkago istoriceskago obscestva XIX*. Am umfangreichsten ist das in der russischen Zeitschrift veröffentlichte Material; doch ist die Auswahl nicht glücklich getroffen, mit nichten erhält der Leser ein klares Bild vom Gange der Verhandlungen.

Im Verlaufe meiner Arbeit kam ich zur Darstellung einer Episode von eigenartigem Interesse, eines Konfliktes zwischen England und Preußen, der im Frühjahr 1773 sogar eine kriegerische Wendung nicht unmöglich erscheinen liefs. Über FRIEDRICHS

des Großen Verhalten in diesem Falle gaben die englischen Akten keine genügende Aufklärung; das Geheime Staatsarchiv in Berlin bot die gewünschte Ergänzung. Hier konnte ich FRIEDRICHS Weisungen an den Grafen MALTZAN, seinen Gesandten in London, sowie des letzteren Berichte im Original einsehen.

Zum Schlusse sei es mir gestattet, den Direktionen des Record Office und des Geheimen Staatsarchivs für die mir bereitwillig erteilte Erlaubnis zur Benutzung der gewünschten Akten meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Freiburg i./Br., im Juni 1890.

W. M.

Die Geschichte der ersten Teilung Polens ist in den letzten Jahrzehnten vielfach erforscht und gründlich dargestellt worden. Trotzdem gehen bis auf den heutigen Tag die Meinungen noch auseinander, namentlich in der Frage, wen man als den Urheber dieser Staatsaktion betrachten solle. Gerade die Benutzung der Archive hat in dieser Hinsicht zu ganz entgegengesetzten Auffassungen geführt. Nachdem — um nur von Neueren zu reden — DUNCKER und BEER der Kaiserin KATHARINA die Urheberschaft zugeschoben hatten, sind ARNETH und REIMANN¹ doch wieder darauf zurückgekommen, daß der Plan von keinem andern als FRIEDRICH dem Großen herstamme. Da keine dieser Auffassungen so schlecht begründet ist, daß man ihr alle Berechtigung absprechen müßte, so scheint die Entscheidung in der Beantwortung der Frage zu liegen, welchem Akte einer der drei Mächte man eine so hohe Bedeutung beimessen will, um darin den Anstoß zur Teilung Polens zu erblicken.

Je mehr die politische Lage jener Jahre aufgehell't wird, desto mehr kommen auch die guten Seiten der Sache zu Tage. Und damit tritt ihr gehässiger Charakter mehr zurück, um dessen willen jede der drei Nationen den Schein der Urheberschaft so ängstlich zu vermeiden gesucht hat.

Polen hätte auch ohne diese Teilung seine Unabhängigkeit nicht zu bewahren vermocht; ein gänzlicher Heimfall an Ruß-

¹ Vgl. die Vorrede des ersten Bandes seiner „*Neueren Geschichte des Preussischen Staates*“. Wie scharf wendet er sich hier gegen RANKES Bemerkungen S. W. XXXI—XXXII, S. 9 und 12.

land schien sein Los. Ein europäischer Krieg wurde vermieden, Österreich und das im Türkenkriege siegreiche Rußland fanden gleicher Maßen ihre Rechnung. Preußen aber gewann einem zukünftigen Deutschland ein Land zurück, das vor drei Jahrhunderten an Polen verloren gegangen war, seinen deutschen Charakter aber treu bewahrt hatte.

Zur eigentlichen Geschichte der Teilung Polens werden vermutlich nicht mehr viele neue Thatsachen zu Tage gefördert werden. Anders steht es mit dem Verhalten der dem Ereignis fernstehenden Staaten.

Die folgenden Seiten haben die Stellung Englands zur ersten Teilung Polens zum Gegenstande. Man wird finden, daß es ein Beitrag ist mehr zur Geschichte der englischen Diplomatie im 18. Jahrhundert als eigentlich zur Geschichte der ersten Teilung Polens. So wenig ist diese durch die Haltung Englands beeinflusst worden.

I.

Eine offizielle Stellungnahme Englands zur Teilung Polens hat kaum stattgefunden. Während das Ereignis sich vorbereitete, hat England nicht anders als Frankreich und die übrigen unbeteiligten Mächte den Dingen ihren Lauf gelassen.¹ Die englischen Gesandten im Auslande hatten über alle Schritte der Ostmächte Bericht zu erstatten, doch keine amtlichen, ja kaum vertrauliche Erörterungen haben zwischen England und den Höfen von Wien, Berlin und Petersburg über deren Absichten auf Polen stattgefunden. Selbst als dieselben aller Welt bekannt waren, nahm die englische Regierung in ihrer Sprache den beteiligten Mächten gegenüber noch den Schein an, als wisse sie von keinen anderen Absichten in Rücksicht auf Polen als denjenigen, die in den offiziellen Kundgebungen enthalten waren. In der vom 27. Mai 1772 datierten Instruktion für ROBERT GUNNING, welcher als englischer Gesandter nach Petersburg ging, wies König GEORG III denselben in scheinbar unbefangenen Ausdruck an, der Kaiserin zu sagen, sie dürfe immer auf Englands Mitwirkung bei ihren Maßnahmen in Polen rechnen, „soweit dieselben auf die Behauptung des gegenwärtigen Königs auf dem Throne, die Herstellung des Friedens im Lande und die Erhaltung der Republik in ihrem vollen Umfange gerichtet seien.“² An derartige Ziele der russischen

¹ Vgl. auch SOREL: *La question d'orient au XVIII. siècle*, S. 87—97. Wie der französische Gesandte in London einige Jahre früher Englands Stellung bei einer möglichen Teilung Polens beurteilte, s. REIMANN, *Neuere Geschichte des Preussischen Staates*, I. 73.

² *You will always assure the Empress of our concurrence in Her views in Poland, so far as they may tend to the support of the present King upon the throne, the pacification of that country and the Republick entire.*

Politik zu glauben, gab man sich also den Anschein selbst noch zu einer Zeit, als man bereits über die Einzelheiten der beabsichtigten Teilung auch in England wohl unterrichtet war.

Im Juli 1772 aber wurde die englische Regierung vor die Entscheidung gestellt, ob sie auch ferner nur einen stummen Zuschauer abgeben oder noch in letzter Stunde Maßregeln gegen die beabsichtigte Teilung Polens unternehmen sollte. In seinem Berichte vom 3. Juni meldete Mr. MURRAY, der englische Botschafter in Konstantinopel, er sei um Rat gefragt worden, welches Verhalten für die Pforte, die sich damals im Kriege mit Rußland befand, am heilsamsten sei. Da eben Friedensverhandlungen eröffnet werden sollten, so riet MURRAY, den Beginn derselben möglichst zu verzögern. „Inzwischen würde es bekannt sein, welchen Eindruck diese außergewöhnliche und unerwartete Koalition¹ auf die anderen Höfe machen werde.“² Obgleich MURRAY seine Gedanken nicht weiter darlegt, so ist doch das in seinen Worten liegende Programm ganz klar. Er hofft, daß auf die Nachricht von der bevorstehenden Teilung Polens sein Hof entschlossen sein werde, dieselbe nicht zuzulassen. Die Ausführung eines solchen Entschlusses würde leichter sein, wenn wenigstens eine der drei Mächte, wenn Rußland nicht freie Hand hätte, sondern sich noch im Kriege mit der Pforte befinde. Auch diese selbst würde man in solchem Falle vielleicht den eigenen Zwecken dienstbar machen können.

MURRAY erntete für seinen verfänglichen Ratschlag herben Tadel. „Seine Majestät und Seine Minister“, schrieb ihm der Staatssekretär Lord SUFFOLK, „können die Sache nicht anders ansehen, als daß Sie in ungewöhnlichem Maße Ihre Pflicht mißverstanden haben, wenn Sie auf Grund Ihrer eigenen Gedanken von der beabsichtigten Teilung Polens der Pforte einen Rat zu geben unternommen haben, der direkt darauf abzielt, den Abschluß des Friedens zu verzögern, den Seine Majestät immer so viel wie möglich zu beschleunigen gesucht hat. Der König für sein Teil ist geneigt, in Anbetracht Ihrer langen und treuen Dienste, über

¹ d. h. die Koalition der drei Ostmächte zum Zwecke der Teilung Polens.

² MURRAY an SUFFOLK, 3. Juni 1772.

diesen Mißgriff hinwegzusehen; aber wenn der Petersburger Hof — was nur zu wahrscheinlich ist — sich darüber beklagen sollte, so wird es schwer sein, eine Rechtfertigung für ein so wenig freundschaftliches Verhalten von Seiten eines englischen Botschafters zu finden.“ Weiter geht nun SUFFOLK auf die Teilung Polens und Englands Stellung zu derselben ein, für die man jetzt eine bestimmte Formel gefunden hat. Es heißt: „Was das außergewöhnliche und unerwartete Ereignis einer Teilung Polens durch drei Mächte betrifft, von denen es noch vor einiger Zeit sehr unwahrscheinlich schien, daß sie sich zu jenem Zwecke vereinigen würden, so habe ich Ihnen mitzuteilen, daß, obgleich eine solche Veränderung naheliegende Befürchtungen erweckt, daß der Handel Europas darunter leiden möchte, dennoch weder Seine Majestät noch die anderen handeltreibenden Mächte geglaubt haben, daß sie von solcher augenblicklichen Bedeutung sei, daß man sich ihr direkt widersetzen oder (wie Ew. Excellenz für nötig befand) in die Aktion eintreten müsse, um sie zu verhindern.“¹ In diese Erklärung, welche in gleicher Form an die diplomatischen Vertreter Englands in Konstantinopel, Wien und Warschau² geschickt wurde, hatte man also, sowenig man sonst das von MURRAY vorbereitete Verfahren zur Ausführung brachte, dessen Charakterisierung der Teilung Polens übernommen, wenn man dieselbe ein „außergewöhnliches und unerwartetes“ Ereignis³ nannte. Die englischen Minister stellten sich überrascht, als hätten sie erst im letzten Augenblick davon erfahren.

Man glaubte auch Grund zu haben, Rußland im besonderen zu grollen. Rußland und Österreich, so war die Meinung der englischen Regierung,⁴ hätten nur dem übermächtigen Einflusse

¹ Dieser Brief vom 24. Juli 1772 ist bisher fast immer zu Grunde gelegt worden, wenn es sich um Darstellungen der Haltung Englands in der polnischen Frage gehandelt hat (Gedruckt bei Lord MAHON, *History of England from the peace of Utrecht*. Vol. V, 1851. App. p. XXXVII).

² SUFFOLK an STORMONT, 4. Aug. 1772. ROCHFORD an WROUGHTON, 31. Juli 1772.

³ MURRAY meinte, man müsse drei oder vier Jahrhunderte zurückgehen, um ein ähnliches Ereignis zu finden. Er scheint dabei an den Untergang des oströmischen Reiches gedacht zu haben.

⁴ SUFFOLK an STORMONT (in Wien), 10. Sept. 1772. *Private and confidential*.

Preussens — man überschätzte denselben in merkwürdiger Weise — nachgegeben. Rußland wenigstens hätte unter diesen Umständen dem eng verbündeten Könige von England seine Absichten nicht verheimlichen sollen. Dann wäre wohl vieles besser geworden. Doch auch jetzt, obwohl in der gegenwärtigen Lage eine englische Intervention nicht gerechtfertigt ist, kann noch, meint man, eine günstigere Wendung eintreten. Schwierigkeiten können bei der endgültigen Regelung der polnischen Angelegenheiten entstehen „und das betrogene Rußland, triumphierend und unglücklich zu gleicher Zeit, mag in die Lage geraten, jene Intervention erbitten zu müssen, die zu verschmähen sein böser Geist es getrieben hat. Geschieht dies, so wird der König ein seiner würdiges Verhalten wählen, geschieht es nicht, so wird er sich wenigstens nicht den Enttäuschungen aussetzen, welche das Resultat einer unzeitigen Einmischung sein könnten.“

So hielt man den Blick nach Osten gerichtet, wohl willens, eintretenden Falles von einer Zwietracht der Teilungsmächte Nutzen zu ziehen. Vorläufig legte man sich völlige Entsagung auf.

Diesem Vorsatze entsprach auch die objektive Art, mit der in London die amtliche Mitteilung von der Teilung Polens aufgenommen und beantwortet wurde. Am 30. September 1772 erschienen 10 Uhr morgens¹ der kaiserliche Minister Graf BELGIOISO, der russische Minister MOUSSIN-POUSCHKIN und der preussische Geschäftsträger JEANNERET auf dem Amte des Staatssekretärs Earl of SUFFOLK. Graf BELGIOISO übergab demselben eine schriftliche Erklärung seines Hofes, die Teilung Polens betreffend. Lord SUFFOLK las dieselbe in Gegenwart der drei Bevollmächtigten durch. In derselben hieß es, daß seit der Thronbesteigung des Königs STANISLAUS die Unruhen in Polen nicht aufgehört hätten. Nachdem bisher die drei Nachbarmächte zur Ergreifung kostspieliger Maßregeln gezwungen gewesen seien, um die Ruhe ihrer Grenzen zu sichern, seien sie nunmehr in glücklicher Übereinstimmung zu einem Entschlusse gekommen, indem sie sich über

¹ Das Folgende nach einem Protokoll (Beilage zu SUFFOLKS Brief an STORMONT, 2. Oktb. 1772).

die Ansprüche verständigten, welche jeder von ihnen auf Teile der Republik zuständen, und von denselben sodann Besitz ergriffen hätten. Gleichzeitig entsagten sie allen übrigen Ansprüchen, die sie noch auf polnische Gebiete erheben könnten. Als SUFFOLK diese Erklärung¹ gelesen hatte, gab er sofort die mündliche Antwort: „Der König will gern glauben, daß die drei Höfe von der Gerechtigkeit ihrer Ansprüche überzeugt sind, obwohl Seine Majestät die Motive ihrer Handlungsweise nicht kennt.“² Darauf übergaben die beiden anderen Minister ähnliche Erklärungen ihrer Höfe und alle drei entfernten sich.

In Bezug auf den für die Antwort gewählten Wortlaut schrieb SUFFOLK dem englischen Gesandten in Berlin,³ eine solche Ausdrucksweise sei einem absoluten Stillschweigen vorzuziehen. Man habe es aber mit größter Vorsicht zu vermeiden gesucht, die Vorstellung von einer irgendwie günstigen Beurteilung eines Aktes zu erwecken, „welcher wegen seiner Unvereinbarkeit mit nationaler Billigkeit und Staatsehre eine entschiedene Mißbilligung von seiten Seiner Majestät erfährt.“ Der König sei aber nicht so unmittelbar an der Sache interessiert, daß sie seine Einmischung verdiene. Dem in Warschau accreditierten Gesandten schrieb SUFFOLK am selben Tage, gleichsam die kühle Zurückhaltung rechtfertigend, man habe die Anzeige eines solchen Ereignisses nicht empfangen können, ohne Mitgefühl für den König von Polen zu empfinden und die an seinem Lande verübten Beraubungen, „obwohl es durch seine innere Uneinigkeit und seine elende Politik dieses schimpfliche Mißgeschick zum großen Teile selbst herbeigeführt hat.“

Es wäre schwer, aus den ängstlich zurückhaltenden Worten jener englischen Antwort eine eigentliche Stellungnahme herauszulesen, eine solche ist kaum darin enthalten. Wir wollen aber schon hier erwähnen, daß die englische Regierung es in den nächsten Jahren standhaft vermieden hat, irgend welche Schritte

¹ Abschriftlich als Beilage zu SUFFOLKS Brief an STORMONT, 2. Okt. 1772.

² *Le Roi veut bien supposer, que les trois cours sont convaincues de la justice de leurs prétentions respectives, quoique Sa Majesté n'est pas informée des motifs de leur conduite.*

³ SUFFOLK an HARRIS, 2. Okt. 1772. Malmesbury Corr.

zu thun, die eine Anerkennung des Rechtes der drei Ostmächte auf die von ihnen occupierten Gebiete in sich geschlossen hätten. Eine der Folgen dieser Haltung war es, daß späterhin dem Abschluß einer Defensivallianz zwischen England und Rußland sich Schwierigkeiten entgegenstellten. Auf der einen Seite hielt man es für unumgänglich, von einer gegenseitigen Garantie des Besitzstandes in Europa auszugehen; auf der andern wollte England die von Rußland 1772 erworbenen Gebiete nicht garantieren.¹ Über einige andere Konsequenzen, welche für England aus der Nichtanerkennung der Teilung Polens entstanden, werden wir noch zu berichten haben. Eine formelle Anerkennung des Wechsels der Staatshoheit in den von den Ostmächten occupierten Gebieten scheint von englischer Seite niemals erfolgt zu sein.

Es mag hier erwähnt werden, daß auch die französische Politik, obwohl sie der Entwicklung der Dinge in Polen im allgemeinen näher stand als die englische, bei der Notifizierung der vollzogenen Teilung sich nicht kraftvoller gezeigt hat als die des Hofes von St. James. Als der Herzog VON AIGUILLON, der französische Minister des Auswärtigen, die Mitteilung empfing, gab er dem Österreicher Grafen MERCY eine Antwort wie: „Es ist gut“, dem preussischen Gesandten: „Ich werde dem Könige Bericht erstatten“, dem russischen, man sei sehr verbunden für ein Kompliment, mit dem derselbe seine Erklärung begleitet hatte.² Freilich wußte Lord STORMONT aus Wien zu berichten, der Herzog VON AIGUILLON sollte dem Grafen MERCY gegenüber die Notwendigkeit, unter der Österreich gehandelt habe, geleugnet haben.³ Wenn dies zutrifft, so werden wir trotz STORMONT wohl eher eine mehr vertrauliche Äußerung des Herzogs darin zu erblicken haben. Daß er in dieser Weise die offizielle Mitteilung sollte beantwortet haben, ist schwer glaublich. Seinem Könige gegenüber suchte D'AIGUILLON die Schwäche seiner Politik, die es dahin hatte kommen lassen, in der Weise zu beschönigen,

¹ SUFFOLK an GUNNING, 6. Okt. 1772., 26. März 1773.

² ST. PAUL an ROCHFORD, 21. Okt. 1772.

³ STORMONT an SUFFOLK, 24. Okt. 1772.

dafs er dem Prinzen ROHAN, dem Vertreter Frankreichs am Wiener Hofe, Schuld gab, in seinen Berichten die Lage nicht so geschildert zu haben, als ob wirklich Österreich auf die Pläne Rußlands und Preussens eingehen werde.¹

Völlig im Einklange mit der Zurückhaltung, welche die englische Regierung den drei Teilungsmächten gegenüber beobachtete, war es, wenn sie sich den Hülfege suchen Polens vollständig versagte.

BUKATY, der Geschäftsträger Polens in London, übersandte dem Staatssekretär Lord SUFFOLK Mitte Juli 1772 ein Memorial², in dem das Vorgehen preussischer Truppen in polnischen Landen geschildert wurde, ein Vorgehen, das so sehr im Widerspruch stehe mit allem Völkerrecht, mit jenen Rücksichten, die gekrönte Häupter einander schuldig seien, dafs es ganz Europa in Erstaunen und Aufruhr setzen müsse. Noch niemals sei der Fall erhört, dafs im vollen Frieden ein Souverän in das Land eines andern eingefallen sei und ohne einen Schatten von Recht eine der wertvollsten seiner Provinzen sich angeeignet habe. Von der Großmut und der Freundschaft Seiner Britannischen Majestät erwarte man ein wirksames Eingreifen, um den König von Preußen an der Ausführung seiner ehrgeizigen Pläne zu hindern; umsomehr als ein Punkt dabei in Frage komme, der auch für England von Interesse sei, nämlich die Handelsfreiheit, ja die Existenz der Stadt Danzig. BUKATY berührte damit in der That einen für England empfindlichen Punkt, eben den Punkt, um dessen willen im Verlaufe der Ereignisse die englische Politik den polnischen Dingen doch noch etwas näher getreten ist.

„Man kann nicht glauben,“ so beteuert endlich das Memorial BUKATYS, „dafs Seine Britannische Majestät und die übrigen Großmächte mit ruhigen Blicken eine solche Verletzung des Völkerrechts sehen werden und eine derartige Erschütterung jenes Gleichgewichts, dessen Herstellung und Erhaltung namentlich Großbritannien soviel Blut und soviel Geld gekostet hat.“

Die mündlich gegebene Antwort SUFFOLKS war eine kühle

¹ A. DE SAINT-PRIEST: *Le partage de la Pologne*, p. 272.

² Es ist vom 11. Juli 1772 datiert.

Ablehnung der Zumutung einer englischen Einmischung. Sie lautete: „Die Dinge sind zu weit vorgeschritten, als daß eine Intervention noch von Erfolg sein würde, und jede mit Ausnahme derjenigen, welche die Gelegenheit nicht rechtfertigt, würde das Übel eher verschlimmern als heilen.“¹ Auch diese offizielle Aussage ist gewunden und dunkel, ja sie enthält, wenn man die Worte scharf faßt, einen Widerspruch. Jede Intervention, heißt es, wäre erfolglos und würde das Übel nur verschlimmern — und doch gilt nicht dasselbe von einer bestimmten Art der Intervention, von der man aber im vorliegenden Falle absehen müsse. Also jede Intervention wäre erfolglos — und doch wieder nicht jede. Der Sinn, der sich in diesem Widerspruche verbirgt, kann wohl nur sein, daß es sich bei der „durch die Gelegenheit nicht gerechtfertigten Art“ der Intervention um die Ergreifung ganz aussergewöhnlicher Mittel handelt. Wir gehen denn auch wohl nicht fehl, wenn wir in jenem Ausdrucke eine Umschreibung der bewaffneten Intervention erblicken. Sollten wir nun die orakelhafte Ausdrucksweise des diplomatischen Stils in die Sprache gewöhnlicher Sterblicher übersetzen, so hätte der Earl of SUFFOLK die Stellung der englischen Politik etwa in dem Sinne dargelegt: „Für eine diplomatische Aktion ist es zu spät. Das einzige Mittel, Polen zu helfen, wäre der Krieg; England aber wird um Polens willen keinen Krieg beginnen.“

Denselben Sinn finden wir wieder in dem Briefe mit welchem König GEORG ein Hilfsgesuch des Königs SANISLAUS AUGUST beantwortete.² „Ich fürchte,“ heißt es hier, „daß das Unglück einen Grad erreicht hat, daß nur noch die Hand des Allmächtigen helfen kann.“

Es liegt eine gewisse Unaufrichtigkeit in diesen englischen

¹ *Things are gone too far for any interposition to be efficacious: and any, short of that which the occasion does not justify, would rather aggravate than cure the evil.* In SUFFOLKS Brief an WROUGHTON, 31. Juli 1772. Derselbe erhielt Auftrag, ein ihm in Warschau übergebenes Memorial in derselben Weise zu beantworten.

² 17. Nov. 1772. Der Brief des Polenkönigs ist vom 18. Sept. Weitere Briefe desselben an GEORG III. vom 27. Okt. 1772 und 17. Febr. 1773 scheinen ohne Antwort geblieben zu sein.

Kundgebungen. Stellt man sich doch, als wäre man bereit gewesen, für Polen sich zu verwenden, wenn man nur früher von diesen Dingen erfahren hätte. Wir aber wissen, daß die englische Regierung, dank der ausführlichen Berichterstattung ihrer Gesandten die Entwicklung mit Aufmerksamkeit verfolgt hatte, daß man sich in London über die Schritte der drei Teilungsmächte genau unterrichten ließ, dabei aber „zu Instruktionen keine Veranlassung sah.“ Man scheute sich, freimütig zu gestehen, daß man nicht um fernliegender Angelegenheiten willen schwierige diplomatische Verwickelungen herbeiführen wolle, man zog es vor, nachdem die Würfel gefallen waren, den vergewaltigten Polen ein „Zu spät“ entgegenzurufen.

II.

Wir müssen jetzt die Frage erörtern, ob und wie weit das Verhältnis der Westmächte zu einander durch die Teilung Polens beeinflusst wurde.

Als die drei Höfe von Wien, Berlin und Petersburg jene Unterhandlungen führten, welche endlich die Aneignung polnischer Gebietsteile durch die Ostmächte zum Ergebnis hatten, konnten sie unbekümmert sein wegen eines irgend beträchtlichen Widerstandes, der die Ausführung ihrer Pläne verhindert hätte. Wo war die Macht in Europa, die den vereinigten Kriegsvölkern von Österreich, Preußen und Rußland sich entgegenstellen durfte? Wie hätte die Koalition beschaffen sein müssen, der es möglich sein sollte, die drei Teilungsmächte in ihrem Vorhaben zu hindern? Vor allem hätten doch die beiden Großmächte des europäischen Westens, England und Frankreich, Hand in Hand gehen müssen, andere Staaten hätten durch ihren Beitritt den Westmächten ein Übergewicht über die Ostmächte verschaffen mögen. Aber wenn Österreich, das allen Gedanken an Schlesien endgültig entsagt zu haben schien, sich zu gemeinsamer Aktion mit Preußen herbeiliess, so schien hingegen der alte Gegensatz zwischen Frankreich und England so stark wie je, ein Bündnis

beider hielt man im ganzen Erdteil für die unmöglichste aller politischen Kombinationen. Der Herzog VON BROGLIE schrieb 1773, man sei am hundertsten Jahrestage des unversöhnlichen Hasses der beiden Nationen angelangt.¹ Und vollends um Polens willen durfte man einen derartigen Systemwechsel für ausgeschlossen halten. An dem Fortbestande der Republik Polen in ihrem alten Umfange war England nicht unmittelbar interessiert; um eines idealen Grundsatzes willen aber hätten die praktischen englischen Politiker nicht einen Systemwechsel inauguriert. Das System des Lord NORTH war eben, seinem Lande den Frieden zu erhalten, um mit ungeschwächter Kraft den kolonialen und Handels-Interessen obliegen zu können. Eine Stütze wollte man in einem Bündnis mit Rußland finden, ja ROBERT GUNNING erhielt den Auftrag,² in Petersburg die Frage zu erörtern, ob es nicht möglich sei, einen nordischen Bund zwischen England, Schweden und Rußland aufzurichten.³ Denn auf der anderen Seite dauerte das 1756 geschlossene Bündnis zwischen Frankreich und Österreich noch fort und es ist bekannt, wie ängstlich MARIA THERESIA auf den Fortbestand dieses Bündnisses bedacht war, zu dessen Erhaltung sie ein teures Unterpfand nach Frankreich entsandt hatte.⁴ Preußen hätte bei solcher Beschaffenheit der europäischen Konstellation im Falle eines neuen Krieges wohl wieder auf Englands Seite treten müssen, wie sehr auch Friedrich II, seit England ihn im Augenblicke der Gefahr im Stiche gelassen, einem Bündnisse mit dieser Macht widerstrebte.⁵ England sei

¹ BOUTARIC, *Corresp. secrète inédite de Louis XV. Tom. II, 171.*

² Instruktion vom 27. Mai 1772.

³ Über KAUNITZ' Furcht vor einer nordischen Allianz im Jahre 1765 vgl. ARNETH, *Maria Theresia VIII*, S. 86.

⁴ Vgl. *Marie Antoinette, Corr. secr. entre Marie Thérèse et le Comte de Mercy-Argenteau publiée par ARNETH et GEOFFROY. Introd. XXIV.*

⁵ Noch 1773 schrieb FRIEDRICH an FINKENSTEIN (BEER, *Erste Teilung Polens II*, 360): *La manière indécente, Je dirais presque infame, dont l'Angleterre a agi envers moi à la dernière paix, me tiendra constamment éloigné de toute liaison avec elle.* Ähnlich FRIEDRICH an MALTZAN, 8. Jan. 1773. Geh. Staatsarchiv. Vgl. auch das Vorwort der *Mémoires de 1763 jusqu'à 1775. Oeuvres VI*, 5.

der natürliche Verbündete Preussens, wie Frankreich der Österreichs, hatte KAUNITZ noch 1768 geurteilt.¹

Als nun die drei Ostmächte zur Teilung Polens schritten, da war für Frankreich wie für England der nächste Gedanke, in ihren eigenen Beziehungen zu dieser oder jener unter den Teilungsmächten einen Ausgangspunkt zur Rettung Polens zu suchen. In diesem Sinne haben denn um die Mitte des Jahres 1772 die Franzosen in der That Österreich zu beeinflussen gesucht. Zunächst galt es den Wahn zu zerstören, als ob Frankreich als Verbündeter Österreichs jemals für dessen Ansprüche in Polen eintreten werde. Auf eine derartige Zumutung wurde dem österreichischen Gesandten, Grafen MERCY, die unumwundene Erklärung zu teil, „daß die Schritte, die sein Hof bei dieser Gelegenheit gethan habe, außerhalb der Grenzen irgend eines bestehenden Vertrages lägen. Sie seien geeignet, das Gleichgewicht Europas zu stören, von französischer Seite müsse man eher eine Feindseligkeit darin erblicken, als daß man sie gutheißsen könne. Mit Bedauern habe Frankreich dieses Vorgehen gesehen, dennoch sei es bereit und willens, seine Verpflichtungen zu erfüllen und das Haus Österreich zu unterstützen, wenn es in seinen Reichs- oder Erblanden angegriffen werde.“² Man ging noch weiter. Am 12. August 1772 wußte Oberst BLAQUIÈRE, der englische Gesandtschaftssekretär in Paris, seiner Regierung aus zuverlässiger Quelle zu berichten, daß Frankreich und Spanien gemeinschaftlich die Kaiserin-Königin zu bewegen suchten, ihre weiteren Operationen in Polen einzustellen und die Teilungspläne aufzugeben. Auf diesem Wege hoffte man auch Preußen und Rußland von der Teilung Polens abhalten zu können. Um aber Österreich für diesen Plan zu gewinnen, mußte ST. PRIEST, der französische Botschafter in Konstantinopel, die Pforte — welche freilich wenig Neigung dazu zeigte — zu Abtretungen an Österreich zu bewegen suchen.³ Man hielt diesen Weg offenbar deshalb für den zweckmäßigsten, weil man meinte, daß Österreich

¹ ARNETH, VIII, S. 143.

² BLAQUIÈRE an ROCHFORD, 6. Aug. 1772.

³ BLAQUIÈRE an ROCHFORD, 6. Aug., 28. Aug. 1772.

— und auf MARIA THERESIA selbst traf es zu¹ — nur widerwillig auf die Anregung der beiden andern Mächte eingegangen sei. So standen denn Frankreich und mit ihm Spanien auch nicht an, der Kaiserin-Königin die wirksamste Unterstützung zuzusagen, im Falle Rußland und Preußen nicht gutwillig ihre Ansprüche auf Polen fahren lassen würden. Sie würden dann ohne Englands Hülfe, die, wie man hoffte, ihnen in diesem Falle nicht zu teil werden würde, kaum imstande sein, der ganzen übrigen Welt Widerpart zu halten.

Wir dürfen es dahingestellt sein lassen, wie weit wirkliche Unterhandlungen² in solchem Sinne zwischen Paris und Wien gepflogen worden sind: sicher ist, daß die Franzosen ihren Zweck nicht erreichten. Nachdem einmal Fürst KAUNITZ die Kaiserin von der Notwendigkeit der Maßregel überzeugt hatte, hielt auch Österreich unerschütterlich fest an dem Abkommen mit Preußen und Rußland.

Der Herzog von AIGUILLON beschritt jetzt einen andern Weg. Sollte nicht trotz aller Verschiedenheit der Interessen beider Länder, um einer für ganz Europa so wichtigen Angelegenheit willen wie die Erhaltung Polens, ein Bündnis zwischen England und Frankreich herzustellen sein? Schon CHOISEUL hatte einmal den Gedanken am spanischen Hofe vortragen lassen, doch dort widerstrebte man so weit ausgreifenden Plänen.³ D'AIGUILLON nahm den Gedanken wieder auf. Dem Obersten BLAQUIÈRE gegenüber sprach er in zwei Unterredungen von dieser Aussicht; BLAQUIÈRE, der eben nach England reiste, erstattete dem Staatssekretär Lord ROCHFORD mündlich über den französischen Antrag Bericht. ROCHFORD wies ihn sogleich weit von sich. „Der Herzog,“ schrieb

¹ Vgl. z. B. ihre Klage im Briefe an MERCY vom 1. Febr. 1773, *Marie Antoinette*, I, S. 411. Und Lord STORMONT gegenüber sprach sie von der Teilung Polens als „*cette malheureuse affaire qui en vérité my Lord a pensé me coûter la vie*“. STORMONT an SUFFOLK, Wien, 5. Dez. 1772.

² Wahrscheinlich hat es sich nur um allgemeine Anregungen gehandelt, nicht um das schlichte Anerbieten eines Bündnisses zu Schutz und Trutz. So ist MERCYS Hinweis in seinem Briefe an MARIA THERESIA vom 17. Febr. 1773 (*Marie Antoinette*, I, 420) wohl damit vereinbar.

³ GRANTHAM an ROCHFORD, St. Ildefonso, 6. Aug. 1772.

er am 25. September 1772 an ST. PAUL, den Nachfolger BLAQUIÈRES, „scheint bei jeder Gelegenheit zu vergessen, daß die natürlichen Interessen der beiden Länder sehr verschieden sind. Hoffentlich ist beiden gemeinsam das Interesse an der Erhaltung des Friedens in Europa, aber es wäre zu viel, wenn Frankreich erwarten wollte, daß wir in enge Beziehungen eintreten und Bündnisse miteinander schließen sollten.“

In den folgenden Monaten fanden zwischen dem französischen Gesandten in London, dem Grafen GUINES, und dem Earl of ROCHFORD weitere Verhandlungen über denselben Gegenstand statt, soweit man nämlich von Verhandlungen sprechen kann hinsichtlich der von französischer Seite wiederholt gemachten, von englischer aber standhaft abgelehnten Anträge. Über diese und Englands Haltung schrieb ROCHFORD am 11. Dezember 1772 einen Brief an ST. PAUL, den wir seiner Bedeutung wegen vollständig mitteilen.

„Da letzthin,“ so heißt es dort, „der Herzog von AIGUILLON, der gegenwärtige französische Minister des Auswärtigen, sich bemüht hat, die Meinung zu verbreiten, als ob unser Hof und der seinige im besten Einvernehmen betreffs der politischen Lage in Europa wären — aller Wahrscheinlichkeit nach zur Förderung irgend welcher Sonderzwecke, die er dabei im Auge hat —, so werden Sie es sich angelegen sein lassen, die Minister derjenigen Höfe, mit denen wir durch gleiche Interessen enger verbunden sind, aufzuklären, wenn Sie bemerken (nicht anders), daß dieselben uns im Verdacht haben, engere Beziehungen zu Frankreich zu unterhalten als gewöhnlich. So lange das französische Ministerium die gegenwärtig bestehende Eintracht zu erhalten wünscht und sich um die allgemeine Ruhe Europas bemüht, so entspricht dieses Verhalten so ganz des Königs (von England) eigenen Zielen, daß wir gern bekennen, denselben Plan zu verfolgen. Aber wir können aus mancherlei Gründen keine formellen Verpflichtungen jener Krone gegenüber eingehen, zu irgend welchem Zwecke gemeinsame Schritte zu thun, obwohl der französische Gesandte dahinzielende Anträge gemacht hat.

Bei den vielen Gesprächen, die ich mit Graf GUINES über die gegenwärtige Lage Europas gehabt habe, sah ich jedesmal, daß er aufs peinlichste davon berührt war, daß sein Hof in

diesem sehr kritischen Zeitpunkt eine so „klägliche Rolle“ (um seinen eigenen Ausdruck zu gebrauchen) spiele. Er giebt dabei zu verstehen, daß wir dieselbe Schande über uns ergehen liessen, indem wir gerade so wenig wie sie bei einer der jüngsten Aktionen zu Mitwissern gemacht oder um unseren Rat befragt worden seien. Die Thatsache ist richtig, nicht aber die Folgerung, daß wir darum dasselbe Interesse an der jüngst erfolgten Zerstückelung Polens haben, wie sehr wir auch das Unglück beklagen, das über jenes Königreich hereingebrochen ist, und die starke Gefährdung des europäischen Gleichgewichts durch den unerklärlichen und unnatürlichen Bund, so unnatürlich, daß er nach menschlicher Berechnung durch sich selbst zu Grunde gehen muß. Frankreich steht den unmittelbaren Folgen näher als wir und ist zu unruhiger Natur, auch zu sehr zu Anschlägen geneigt, um auf den Zeitpunkt zu warten, wenn der Zusammenbruch erfolgt.¹ Ein solcher Geist treibt den Herzog von AIGUILLON, jeden denkbaren Plan zu versuchen, um diese Hydra niederzuschlagen. Romantisch genug schlägt er die Bildung einer Allianz vor, bestehend aus uns, Frankreich, Spanien, Rußland und Schweden. Sollte die Verbindung der Höfe von Wien und Berlin sich fester knüpfen, was beiläufig sehr unwahrscheinlich ist, Rußland eifersüchtig werden und darn derartige Vorschläge über Rußland an uns gelangen, so würden sie wenigstens in Betracht zu ziehen sein;² so aber sehe ich, offen gestanden, im gegenwärtigen Zeitpunkt keine andere Möglichkeit für uns als geduldig zu warten und auf die Absichten der drei Höfe Acht zu geben, Frankreich gegenüber dieselbe friedfertige Sprache zu führen wie bisher und etwaige Pläne, welche die Franzosen verfolgen zu wollen erklären, weder anzunehmen noch auch allzu schroff abzuweisen.“

Wir sehen hier, in welche abenteuerliche Projektenmacherei der Herzog von AIGUILLON verfiel, nachdem der Versuch, Öster-

¹ to wait for the *chapitre des accidents*.

² Die letzten beiden Sätze, in denen eben ROCHFORD das eigentliche Programm Englands entwickelt („Ein solcher Geist“ — „zu ziehen sein“) sind bei RAUMER, Beiträge IV, S. 511 fortgelassen. Vgl. übrigens noch RAUMER 495, wieviel früher D'AIGUILLON an das englisch-französische Bündnis schon dachte.

reich in eine Gegenstellung zu Rußland und Preußen zu bringen, mißlungen war. Vordem hatte die Schwäche und Inkonsequenz des französischen Ministeriums die Teilungspläne der Ostmächte entstehen und reifen lassen;¹ jetzt wollte der Minister halb Europa aufrufen, um die vollendete Thatsache rückgängig zu machen. Bei alledem ist es übrigens zu bestimmten Anträgen nicht gekommen, ja wenn wir dem Grafen MERCY glauben dürfen, würde LUDWIG XV, wenn die Sache zur Sprache kam, niemals seine Zustimmung dazu gegeben haben. Graf MERCY hatte — wie wir wissen, nicht mit Unrecht — den Herzog von AIGUILLON im Verdacht,² sich mit so „chimärischen“ Gedanken wie der Bildung eines englisch-französischen Bündnisses zu tragen; aber in jener merkwürdigen geheimen Korrespondenz glaubte er, seine Herrin auch wieder und wieder versichern zu dürfen, daß der König von Frankreich sich von dem bisher befolgten Systeme nicht entfernen werde, „von einem Systeme, das er zu wiederholten Malen als sein eigenes Werk bezeichnet hat“.³

Vollends in England fiel die Saat des Herzogs von AIGUILLON auf einen ganz unfruchtbaren Boden. Lediglich um die Gerüchte von einem engeren Einverständnis zwischen England und Frankreich dementieren zu lassen, teilte der Staatssekretär ROCHFORD dem englischen Vertreter in Paris jene Anregungen d'AIGUILLONS und Englands Haltung zu denselben mit. Inbezug auf diese Haltung ist es auch bemerkenswert, daß ROCHFORD die Möglichkeit ins Auge faßt, daß derartige Vorschläge über Rußland nach England kommen könnten. In diesem Falle, heißt es, würden sie wenigstens in Betracht zu ziehen sein — wie es sich ja auch nicht leugnen läßt, daß, falls sie möglich war, in der Gewinnung Rußlands ein viel wirksameres Mittel zur Verhinderung der Teilung Polens lag als in einer Koalition unbeteiligter Mächte. Für England war ja das Bündnis mit Rußland, wie für Frankreich dasjenige mit Österreich, der gegebene Anknüpfungspunkt. Wenn es möglich wäre — so dürfen wir die damalige Haltung der

¹ Vgl. *Marie Antoinette*, I. 300.

² *Marie Antoinette*, I. 360.

³ Eb. I. 330, 379.

englischen Regierung umschreiben — Rußland von der Koalition der Ostmächte abfallen zu machen, so könnte darin die Basis für ein System zu finden sein, durch das Polen erhalten werden könnte, dagegen sind alle von anderer Seite als Rußland ausgehenden Vorschläge einfach von der Hand zu weisen. Wie Frankreich dachte also auch England daran, durch seine Beziehungen zu einer unter den Teilungsmächten den Dreibund zu sprengen. Allerdings wollte England nur, wenn ohne eigenes Zuthun die Gelegenheit sich bot, Nutzen davon ziehen, man wollte abwarten, ob die Russen von selbst kommen würden; von irgend welchen Anträgen, die ihnen von englischer Seite gemacht wären, enthalten die Akten keine Spur. An dem alten Gedanken aber, daß sich durch Streitigkeiten unter den Teilungsmächten eine Gelegenheit bieten könnte, den Teilungsvertrag zu vernichten, hielt man in England fest. Noch im März 1773, als der Herzog von AIGUILLON auf seine wiederholten Bemühungen hinwies, England für ein Zusammengehen in der polnischen Frage zu gewinnen, erwiderte ihm Lord STORMONT, der Fall sei garnicht unwahrscheinlich, daß die drei Ostmächte über die Teilung der Beute mit einander in Streit gerieten. Dann sei es im Interesse der Westmächte und ganz Europas, nach Möglichkeit den größten Vorteil daraus zu ziehen.¹ So machte man also selbst Frankreich gegenüber aus diesen Hoffnungen kein Geheimnis.

Dem Bestreben des Herzogs von AIGUILLON, ein englisch-französisches Bündnis anzubahnen, entsprach es, wenn er durch ganz Europa Ausstreuungen machen ließ, in dem Sinne, als sei ein solches Bündnis bereits im Werden begriffen und sein Zweck, den Teilungsvertrag vom 5. August 1772 umzustürzen. Diese von französischer Seite in die Welt gesetzten Gerüchte wurden, wie die Zeitungen aus jener Zeit ausweisen,² auch im Publikum allerorten eifrig erörtert. Ja sie kursierten noch in ganz Europa, als jene Erörterungen zwischen SUFFOLK und GUINES längst vor-

¹ STORMONT an ROCHFORD, 31. März 1773. *Private*.

² Vgl. z. B. die Londoner Nachrichten des „*Hamburgischen Correspondenten*“ vom 21. Aug., 11. Sept., 10. Nov. 1772, 10. Febr., 9. April, 13. April 1773.

über waren. Als von englischer Seite im Jahre 1773 Maßregeln im Interesse der Stadt Danzig ergriffen wurden, hieß es auch alsbald, daß England im Verein mit Frankreich eine Flotte in die Ostsee schicken werde, um die Danziger gegen die Übergriffe des Königs von Preußen zu schützen;¹ sogar noch 1774 waren solche Gerüchte nicht gänzlich verstummt.²

Es ist leicht zu ermessen, mit welcher Freude man in Polen selbst die Kunde von einem Bündnis der Westmächte aufnahm, wie gern man daran glaubte, welch' ausschweifende Hoffnungen man daran knüpfte. „Eure Lordschaft kann sich nicht vorstellen,“ schrieb Ende 1772 THOMAS WROUGHTON aus Warschau,³ „welche Freude die Nachricht im hiesigen Publikum erweckt; da sie darin das einzige Mittel zur Rettung aus ihrer gegenwärtigen Gefahr erblicken, so sind sie höchst bereit daran zu glauben und betrachten es als eine ganz unnötige Verschwiegenheit und Zurückhaltung, wenn ich ihnen versichere, daß mir von keiner Seite eine derartige Nachricht zugegangen ist.“

Wie hier so fiel überall den diplomatischen Vertretern GEORGS III. die Aufgabe zu, derartige Gerüchte zu widerlegen. Wie durch ROCHFORD der englische Vertreter in Paris, so wurde durch den anderen Staatssekretär SUFFOLK Mr. GUNNING in Petersburg angewiesen,⁴ den Behauptungen von einer engen Verbindung zwischen England und Frankreich entgegenzutreten. So lächerlich und absurd sie auch seien, so dürfe man doch nicht unterlassen, den Eindruck, den sie machen, zu verwischen.

Vergeblich hatte d'AIGUILLON versucht, den englischen Hof in ein Bündnis zu ziehen, mit dem man den vereinigten Ostmächten gebietend gegenübertreten, die Zerstückelung Polens verhindern könnte. Noch eine andere Form gemeinsamen Handelns hat er in England vorschlagen lassen. England und Frankreich, meinte er, sollten sich angesichts der bedrohlichen Weltlage zu einer Erklärung an den Wiener Hof vereinigen, in welcher sie in

¹ GUNNING an SUFFOLK, $\frac{29. \text{ Jan.}}{9. \text{ Febr.}}$ 1773.

² Ders. an dens. $\frac{8.}{19.}$ April 1773.

³ WROUGHTON an SUFFOLK, 2. Dez. 1772.

⁴ am 29. Dez. 1772.

bündigen Worten das Verlangen an ihn stellten, auf seine neuen Erwerbungen zu verzichten. Auch dieser Form eines Zusammengehens mit Frankreich widerstrebten die englischen Staatsmänner durchaus. ROCHFORD legte wiederum in einem Reskript an ST. PAUL Englands Haltung den französischen Anträgen gegenüber dar.

„Der französische Botschafter,“ schreibt er am 16. März 1773, „stellt mir fortwährend vor, wie unruhig sein Hof über die Zerstückelung Polens sei und wie sehr auch der unsere Grund hätte es zu sein, im besonderen wegen des erschreckenden Machtzuwachses, den der König von Preussen dadurch erhalte, und wegen des unerklärlichen Einflusses, den dieser Fürst auf die Kaiserin von Rußland und ihre Berater ausübe, indem er sie zu vermögen suche, Schweden anzugreifen, sobald sie sich den Krieg mit der Pforte vom Halse geschafft habe. Gleichzeitig giebt er zu verstehen, daß, falls wir uns soweit von nationalen Vorurteilen losmachen könnten, um uns mit ihnen zu einer gemeinschaftlichen Erklärung an den Wiener Hof herbeizulassen, des Inhalts, daß wir entschlossen seien, Österreich nicht im Besitz seiner neuen Erwerbungen zu lassen, daß es in diesem Falle noch jetzt nicht zu spät sei, um einer solchen Erklärung beim Wiener Hofe Gehör zu verschaffen und ihn zu vermögen, unter gewissen Bedingungen seinen Anteil an der Beute fahren zu lassen. Angesichts dieser Andeutungen des Grafen GUINES will ich Veranlassung nehmen, Ihnen unter dem Siegel tiefster Verschwiegenheit und lediglich zu Ihrer Informierung mitzuteilen, welches Verhalten ich selbst allemal beobachtet habe, so oft er auf diesen Gegenstand zu sprechen kam. Ich habe im allgemeinen zugegeben, daß Seine Majestät die merkwürdige Aufteilung der Länder des Königs von Polen, als die Sache begann, mit höchstem Mißfallen gesehen habe, und daß ich auch immer der Ansicht war, der Wiener Hof gehe nur mit Widerstreben auf den Plan ein. Wäre, sagte ich, der französische Hof im Anfang so eifrig gewesen, wie er jetzt zu sein scheine, so wäre das Übel vielleicht zu verhindern gewesen und wir würden in diesem Falle sicherlich den Dingen ihren Lauf gelassen haben, da der König sich überhaupt niemals in die polnische Frage gemischt habe — jetzt aber sei es après dîner moutarde.“

So hielten die englischen Minister an dem einmal aufgestellten Grundsatz fest, daß das Schicksal Polens England nicht nahe genug angehe, um eine Politik zu rechtfertigen, welche ernste europäische Verwickelungen zur Folge haben konnte.¹ Am wenigsten wollte man um Polens willen von dem sonst festgehaltenen System abweichen. Wie Rußland als der natürliche Verbündete Englands betrachtet wurde, mit dem zu brechen man sich hütete,² so konnte man sich auf der anderen Seite nicht entschließen, zu einem Zusammengehen mit Frankreich in irgend einer Form die Hand zu bieten.

Wie aber, wenn es in der polnischen Frage doch einen Punkt gab, der auch englisches Interesse berührte, wenn gar der britische Handel davon betroffen wurde, der ja in den Tagen des Lord NORTH fast mehr als zu anderen Zeiten im Vordergrunde aller politischen Betrachtung stand? Wie wenn Gewinn und Verlust britischer Unterthanen, in Pfunden, Schillingen und Pence sich darstellend, in Frage kam? Würden GEORG III. und seine Minister auch dann noch bei jener enthaltsamen Politik beharren, die dem allgemeinen Friedensprogramm des Ministeriums entsprang?

Es stellte sich bei der Ausführung des Teilungsvertrages heraus, daß ein solcher Punkt in der That vorhanden war: das Schicksal Danzigs und die Freiheit des polnischen Handels.

III.

Die Stadt Danzig mit ihrem Gebiete war nicht wie das übrige westpreussische Land durch die polnische Teilung in den Besitz FRIEDRICHS des Großen übergegangen. Aber von der

¹ Es hat übrigens, wie hier bemerkt werden mag, im englischen Publikum doch nicht an Stimmen gefehlt, welche die Gleichgültigkeit der Regierung gegenüber dem Schicksal Polens scharf tadelten. Vgl. z. B. die Darstellungen in den Jahrgängen 1772 und 1773 des von EDMUND BURKE herausgegebenen *Annual Register*.

² Vgl. ROCHFORD an MURRAY bei Lord MAHON, *Hist. of Engl.*, V. 1851, S. 386 u. App. XXXVII.

preussischen Macht ganz umschlossen, konnte auch ihr der endliche Heimfall an Preussen nicht erspart bleiben. Auch FRIEDRICH der Grosse hat diesen Ausgang vom Beginn an ins Auge gefaßt. Es war nur aus Rücksicht auf andere Mächte, wenn er meinte, „Danzig müsse man sich bis zuletzt aufsparen.“¹ Bis zur endlichen Einverleibung im Jahre 1793 hatte die Stadt in beständigem Konflikte mit ihrem mächtigen Nachbarn Leiden und Prüfungen zu ertragen, welche in ganz Europa Mitgefühl erweckten. Einen wirklichen Helfer in der Not hat sie nicht gefunden. Der polnische König, dessen Hoheit sie anerkannte, hatte nicht die Macht, sie zu schützen; Österreich wollte es auf einen Konflikt mit Preussen nicht ankommen lassen, und Rußland, das sich zeitweilig des Interesses der Stadt annahm, verfuhr als ein parteiischer Vermittler und zog seine Hand bald zurück; England endlich, auf dessen Verwendung die Danziger so große Hoffnungen setzten, trat nicht selbst für sie ein, suchte nur durch andere zu wirken. Es waren auch nur die eigenen Interessen, um die es den Engländern dabei zu thun war; sie zogen sich zurück, als diese, so gut wie es möglich schien, gewahrt waren. Immerhin hat England, obwohl im Hintergrunde bleibend, von allen fremden Mächten das Meiste für die Ansprüche der Danziger gethan. In den Jahren 1772 bis 1774 sind fast alle zu Gunsten Danzigs geschehenen Maßnahmen im Grunde von England aus veranlaßt worden.

Wir wollen die Haltung der englischen Politik in dieser Frage betrachten; in der Geschichte der Teilung Polens ist es derjenige Abschnitt, in dem englischer Einfluß von wirklicher Bedeutung gewesen ist. Zunächst sei ein Wort über die Stellung und die Verhältnisse der Stadt Danzig gestattet.

Wie sie 1772 das Schicksal Westpreussens nicht teilte, so hatte sie schon vorher unter polnischer Herrschaft eine Sonderstellung inne gehabt. Denn als im 16. Jahrhundert die alte Handels- und Hansestadt auf die Seite des Polenkönigs getreten war und ihm die deutsche Ordensherrschaft in Westpreussen ver-

¹ Politisches Testament aus d. J. 1768 citiert bei REIMANN: *Neuere Geschichte des preussischen Staates*, II. S. 701.

nichten geholfen hatte, wurde sie durch Rechte und Freiheiten belohnt, die voller politischer Selbständigkeit sehr nahe kamen. Danzig hat fortan immer den Anspruch erhoben, nur dem Könige von Polen, nicht aber der Republik unterthan zu sein,¹ eine Stellung also, welche derjenigen deutscher freier Reichsstädte vergleichbar war.

Auf dem Handel beruhte der Wohlstand der Stadt. Der wesentlichste Teil des polnischen Handels lag in den Händen der Danziger Bürger. Sie kauften die Produkte des Landes und von Danzig aus wurde Polen mit allen Artikeln des Welthandels versorgt. Es galt seit alten Zeiten die Bestimmung, daß alle nach Danzig kommenden Waren daselbst und zwar an Bürger der Stadt verkauft werden mußten. Denn die Stadt besaß das jus emporii, welches nach der Auslegung eines Danziger Residenten in Warschau² von der Beschaffenheit war, „daß alle nach Dantzig kommenden Waaren an niemand anders als an dasige wirkliche Bürger in der Stadt müssen verkauffet werden, und da der Dantziger Hafen kein Transithafen ist und dessen Unterhaltung, Besserung und Bau jährlich der Stadt sehr vieles kostet, so folget von selbst, daß Fremde keinen Antheil daran haben und noch weniger einen Handel zum Schaden der Stadt und zur Verkürtzung und Verringerung des Portorii sowohl Königl. als auch der Stadt-Antheils auch zuwider dem der Stadt zukommenden Emporii-Recht verlangen können.“

Durch ausgedehnte Handelsbeziehungen³ stand Danzig seit alter Zeit mit den Seemächten, mit Dänemark und Schweden, indirekt auch mit Spanien in Verbindung. Auch Hamburg war

¹ Vgl. sonst über die Stellung der Städte in Polen S. HÜPPE: *Verfassung der Republik Polen*. Berlin 1867, S. 202 ff.

² Citirt bei DAMUS: *Die Stadt Danzig gegenüber der Politik Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms II.* in der *Zeitschrift des westpreussischen Geschichtsvereins*, Heft XX, 1887, S. 23.

³ Quellen für das Folgende sind (neben den gesamten Korrespondenzen, welche den Danziger Handel zum Gegenstande haben) im besonderen: SUFFOLKS Brief an GUNNING vom 22. Dez. 1772, in dem er ihn nach genauer Informierung mit den Verhältnissen des Danziger Handels bekannt machte; Brief eines Mitgliedes des Danziger Magistrats an den engl. Konsul CORRY (unterm 24. April 1773 abschriftlich von HARRIS in Berlin SUFFOLK mitgeteilt); DAMUS.

mit dem vierten Teil seines Handels in Danzig engagiert. Von diesen auswärtigen Staaten war England derjenige, den die engsten Beziehungen mit Danzig verbanden. Man betrachtete in England den Handel mit Danzig als einen der am besten gedeihenden und vorteilhaftesten Zweige des britischen Handels.¹ Zur Zeit der Königin ANNA war im Jahre 1706 ein Handelsvertrag zwischen Großbritannien und Danzig geschlossen worden. Die englischen Kaufleute erhielten durch denselben das Recht, in Danzig Handel zu treiben.² So bestand denn in dem verhängnisvollen Jahre 1772 die englische Faktorei in Danzig aus acht oder neun Handlungshäusern. Ihr Handel bestand wesentlich in den nach England geschickten Artikeln, die von England bezogenen wurden hauptsächlich durch Danziger Häuser selbst beschafft, von denen einige ausgedehnte Verbindungen in London hatten.

Der Export der englischen Faktorei bestand namentlich in Pottasche, Garn, grober Leinwand, Borsten, Honig, Wachs und gelegentlich Eisen. Auch Bauholz war ein Hauptartikel für diese Ausfuhr. Fast alle von Danzig verschifften Eichenbohlen gingen — teils in englischen, teils in Danziger Schiffen — nach England; in bedeutender Menge auch föhrene Balken und Dielen und Holz für Fässer, Tonnen u. dgl. m. Gelegentlich und nach Bedürfnis schickte endlich die englische Faktorei in Danzig auch Getreideladungen nach Großbritannien, Portugal und Spanien, auch wohl nach Holland und Hamburg.

¹ SUFFOLK an GUNNING, 10. Nov. 1772. Gedruckt: *Sbornik russkago istoriceskago obscestva* XIX. 334.

² In dem Vertrage heisst es nach Art. XII: *Quod reliquum est, si ulla ampliora privilegia, personas, naves, vel commercia exterorum ullo modo respicientia Gedani imposterum nationi alicui exterae indulta fuerint, iisdem subditi quoque Britannici pro se suisque navibus et commerciis eodem modo plenissime fruentur* (Nach dem Original im Rec. Off. Bei MARTENS: *Supplément au recueil des principaux traités etc*, I. 44 ff. ist der englische Text nebst einer französischen Übersetzung gedruckt). — Wenn BUKATY 1772 behauptete, daß England durch diesen Vertrag die Freiheiten und die Verfassung Danzigs garantiert habe, so findet sich gleichwohl in dem Vertrage kein Wort davon.

Auf der andern Seite brachte der durch die Danziger selbst vollführte Import alle Artikel der großen englischen Industriepplätze auf den Danziger Markt. Daneben bezog man über England auch alle Arten von Kolonialwaren.

Der Staatssekretär Lord SUFFOLK schätzte den Gesamtwert des Imports der englischen Faktorei in Danzig auf mehr als 350 000 £, den des Exports auf 250 000 £ oder mehr im Jahre. Jedenfalls sei das Verhältnis günstig für England; man betrachtete es ja noch damals als ein unter allen Umständen wünschenswertes Ziel, daß im Handelsverkehr zweier Länder der Export des eigenen Landes den Import übersteige.

Die Zahl der englischen Schiffe, die jährlich von Hull, Liverpool und anderen englischen Häfen nach Danzig gingen, betrug etwa 220, im Durchschnitt mit einer Mannschaft von je 12 Mann. Englische Schiffe führten auch Bauholz und Aschen nach Irland. Der letztere Artikel war von solcher Wichtigkeit, daß man nur deshalb diesen Handel zwischen Irland und Danzig gestattete, dessen Bilanz sich ganz zu Gunsten des Danziger Exports stellte.

Neben England stand Holland im engsten Handelsverkehr mit Danzig. Es gab freilich keine regelrechte holländische Faktorei in Danzig, aber 12 bis 15 holländische Häuser. 300 holländische Schiffe betrieben den Handel mit Danzig; ihre Ausfuhr überstieg selbst die der englischen Faktorei.

In zweiter Linie waren die skandinavischen Reiche, Hamburg und indirekt Frankreich und Spanien im Handelsverkehr mit Danzig.

Nachdem der alte Hafen der Stadt, das Norderfahrwasser, versandet war, hatten im 17. Jahrhundert die Danziger das Wester- oder Neufahrwasser durch umfangreiche Hafenarbeiten fahrbar gemacht und es seither als Hafen benutzt und in Stand gehalten. Zwei Schiffahrtsabgaben wurden erhoben, das „Pfahlgeld“ und die „Zulage“. Der Ertrag des Pfahlgeldes, das für die Unterhaltung des Fahrwassers bestimmt war, wurde in den SUFFOLK vorliegenden Berechnungen auf 25000 £ im Jahr geschätzt. Die Hälfte dieser Summe mußte die Stadt dem Könige von Polen abliefern und in der Bezahlung dieser Abgabe lag im wesentlichen die praktische Bedeutung des Oberlehnsrechtes des

Königs. Die „Zulage“ wurde nur von den Bürgern der Stadt, nicht von Fremden bezahlt; man schätzte ihren jährlichen Ertrag auf durchschnittlich 50 000 £. Freilich war diese Abgabe sehr schwankend und war mehrfach Jahre hindurch garnicht erhoben worden. Sie diente zum Unterhalte der Stadt, zur Bezahlung ihrer Soldaten — 1500 Mann an Zahl — und zur Ausbesserung der Befestigungen. Aufser diesen Abgaben bestanden noch eigentliche Hafenzölle, welche auf nahezu 20 000 £ geschätzt wurden, jedes Schiff zahlte im Durchschnitt 8 £. Pfahlgeld, Zulage und Hafenzölle stellten also bei Fortdauer des gewohnten Handelsverkehrs insgesamt einen Ertrag von annähernd 100 000 £ dar.¹

Wie auch immer die Verhältnisse sich gestalteten, mußte die am 13. September 1772 beginnende Besitzergreifung Westpreussens durch die Truppen FRIEDRICHS des Großen von höchster Bedeutung auch für die Stadt Danzig sein. Gemäfs dem Teilungsvertrage vom 5. August blieb Danzig (und ebenso Thorn)² von der preussischen Occupation befreit. Die Kaiserin Katharina hatte ihre Zustimmung zur Einverleibung Danzigs entschieden versagt und sich dabei auch des Argumentes bedient, dafs es der seemächtlichen Interessen wegen nicht geschehen könne.³ Irgendwelche Verhandlungen waren freilich nach Ausweis der Akten über diese Frage zwischen Rußland und England nicht gepflogen worden. Überhaupt erfuhr man erst am Ende des Jahres 1771 in englischen Regierungskreisen von den auf Polen gerichteten Plänen Rußlands und Preussens.⁴

Wenige Tage nach der Besetzung Westpreussens erfolgten Mafsregeln der preussischen Regierung, welche die Bürger von

¹ Vgl. REIMANN, I. 469.

² Wir können die Verhältnisse Thorns aufser Betracht lassen, da zu Gunsten dieser Stadt kaum Schritte von englischer Seite erfolgt sind.

³ REIMANN, I. 421.

⁴ Es ist daher nicht ganz zutreffend, wenn FRIEDRICH der Grosse in den *Memoires de 1763 jusqu'à 1775* (Oeuvres VI, 42) behauptet: „*Ce n'étaient proprement que les Anglais, jaloux des Prussiens qui protégeaient la liberté de cette ville maritime et qui encourageaient l'impératrice de Russie à ne pas consentir aux demandes de Sa Majesté Prussienne.*“ Die Behauptung ist oft wiederholt worden. Vgl. z. B. FR. KAPP: *Friedrich der Grosse und die Vereinigten Staaten von Amerika*. S. 9.

Danzig in die höchste Bestürzung versetzten. Am 16. September wurden außer einigen unbedeutenderen Ortschaften, von denen eine sogar zum unmittelbaren Gebiete der Stadt gehörte, auch die Gebäude von Neufahrwasser, dem Hafen Danzigs, von preussischen Truppen besetzt. Die daselbst postierten Danziger Soldaten, welche die Magazine und die Wasserschleuse am Eingange des Hafens zu bewachen hatten, wurden vertrieben, die zwischen dem alten und dem neuen Hafen liegende Insel Platte wurde gleichfalls besetzt und zwei Befestigungen mit je acht Geschützen dort angelegt. Am 18. September wurde am Fahrwasser eine „Lizenz-Kammer“ eingerichtet und die sonst in der Stadt erhobenen Zölle, d. h. Pfahlgeld und Zulage, von jedem passierenden Fahrzeuge noch einmal eingefordert. Zugleich ergriffen preussische Truppen von den das Danziger Gebiet umgebenden Acciseposten Besitz und die dort erhobenen Abgaben wurden erhöht.

Die aufwärts von Danzig die Weichsel befahrenden Schiffe hatten bisher in polnischem Gebiete noch einmal einen Zoll zu entrichten gehabt, und zwar in der Nähe von Warschau oder bei Fordon (unweit Brombergs), je nachdem ob sie flussaufwärts oder -abwärts fahrend, den einen oder anderen Ort zuerst berührten. Hatte ein Schiff bei Warschau den gebührenden Zoll entrichtet, so durfte es an Fordon zollfrei vorüberfahren und umgekehrt. Nun aber, da Fordon in preussischen, Warschau noch in polnischen Händen war, wurde in Fordon jedem Schiffe ein Zoll abgefordert, auch wenn es seiner Zollpflicht in Warschau bereits genügt hatte. Auch weigerten sich die preussischen Beamten, Empfangsscheine für den entrichteten Zoll auszustellen. Der Betrag desselben wurde aber auf etwa 20 Prozent des Wertes der Waaren erhöht. Der Handel auf der Weichsel war damit nicht nur erschwert, sondern nahezu unmöglich gemacht.

Der Rat von Danzig ist von dem Vorwurf nicht freizusprechen, vom Beginne dieser Verwickelungen an seine Stellung zur preussischen Regierung nicht richtig erfaßt zu haben. Er vergaß, daß er nur Herr eines kleinen Gemeinwesens war und glaubte, dem Könige von Preussen gegenüber hartnäckig auf seinem Rechtsstandpunkte verharrend, wie Macht mit Macht verhandeln zu können. Im Falle des Mißlingens glaubte er dann

auswärtige Mächte noch so weit an dem Schicksal der Stadt interessiert, oder gar zu ihrem Schutze verpflichtet, daß sie nicht anstehen würden, für das Recht derselben einzutreten. Die Folge dieser Verkennung der Lage war es, daß die Bedrückungen des mächtigen Nachbarn sich beständig steigerten, bis die völlige Unterwerfung unter Preussens Hoheit unvermeidlich wurde. Hätte man bei Zeiten eine Verständigung mit dem Könige von Preußen gesucht, so hätte man der Stadt viele Leiden erspart und auch ihre Selbständigkeit wäre vielleicht länger erhalten geblieben. Es verdient in dieser Hinsicht erwähnt zu werden, daß selbst Danzigs Vertreter in Berlin sofort nach den Ereignissen des Septembers der Stadt den Rat gab, „mit Preußen ein Abkommen zu treffen und sich baldmöglichst unter FRIEDRICHS Schutz zu stellen.“¹

Die Mahnung wurde überhört, der Danziger Rat beschloß, in nichts nachzugeben, und wandte sich mit Darlegungen seines Rechtsstandpunktes an Rußland, England, Polen und an Preußen selbst. Nur von England schien wirklich Hülfe zu erwarten.

Auch mußten die Engländer bald wahrnehmen, wie stark ihr eigenes Interesse von den preussischen Mafsregeln betroffen wurde. Schon am 22. September berichtete der englische Konsul in Danzig, TREVOR CORRY, von drei englischen Schiffen, welche die schon in der Stadt entrichteten Abgaben am Fahrwasser noch einmal erlegen sollten. Die Ladung der Schiffe bestand in Eichenbohlen, welche der Admiralität zum Bau von Kriegsschiffen zugehen sollten. CORRY bot dem preussischen Residenten ein Unterpfand von 1000 Dukaten an, für welches man die Schiffe zollfrei passieren lassen möge, bis zwischen den Höfen von London und Berlin die Frage entschieden sei, ob die Stadt Danzig oder Seine Preussische Majestät ein Recht auf die Zölle habe. Der Vorschlag wurde aber abgelehnt, und so kam CORRY nach etlichen Tagen mit den Kapitänen aller in Danzig liegenden englischen Schiffe überein, daß sie, um Aufschub zu vermeiden, die Zölle vorläufig entrichten sollten, mit Vorbehalt der Rückerstattung, die,

¹ DAMUS, S. 42.

wie man hoffte, auf die Vorstellungen des englischen und anderer europäischer Höfe erfolgen würde.¹

Man war im auswärtigen Amte zu London nicht ganz unvorbereitet, als die Nachrichten von den Danziger Vorgängen eintrafen. In seinen Betrachtungen über die in Aussicht stehende Teilung Polens, welche CORRY am 10. Juni 1772 nach London geschickt, hatte er schon den zweifelhaften Charakter der für Danzig ausbedungenen Unabhängigkeit hervorgehoben. Er hatte sogar den Hafen schlechtweg als zu Polnisch-Preußen gehörig bezeichnet und meinte, das Potsdamer Kabinet habe die erlauchten Potentaten Österreichs und Rußlands nur allzu schlaugetauscht, indem es ihnen die enge und unauflösliche Verbindung, in welcher Danzig mit Polnisch-Preußen stehe, verbarg. Den König von Preußen zum Herrn von Polnisch-Preußen machen heiße daher, ihn gleichzeitig zum Herrn des ganzen Handels von Polen machen, des Danziger Hafens, der Weichselmündung, es heiße ihn in den Stand setzen, seine Truppen bis vor die Thore von Danzig rücken zu lassen.² „Es ist also eine bloße Chimäre, diese angebliche Freiheit der Stadt, welche unter diesen Umständen mit einem Menschen zu vergleichen ist, der seiner Arme und Beine beraubt ist“.

Als nun Anfangs Oktober 1772 die Nachrichten von den Vorgängen bei Danzig eintrafen, durch die CORRYS Voraussagungen sich so vollkommen bestätigten, ergriff das englische Kabinet vorläufig keine Mafsregeln zur Unterstützung Danzigs. Es herrschte zunächst die Meinung vor, daß das Verfahren des Königs von Preußen zwar schädigend auf den Handel wirken müsse, gleichwohl aber rechtlich kaum anfechtbar sei. Von dem Umstande, daß das Recht Preußens auf das Fahrwasser von der anderen Seite bestritten wurde, wufste man in London noch nichts. Man wollte ferner erst von verschiedenen Seiten Genaueres über die

¹ CORRY an SUFFOLK, 6. Okt. 1772.

² Ähnlich äufsert sich FRIEDRICH selbst über den Verzicht auf Danzig in den *Memoires de 1763 jusqu'à 1775* (Oeuvres VI, 42): — — — *Comme il était évident que le possesseur de la Vistule et du port de Dantzic assujettirait cette ville avec le temps, on jugea qu'il ne fallait pas arrêter une négociation aussi importante pour un avantage qui proprement n'était que différé.*

Lage der Dinge erfahren. Bald genug mehrten sich aber die Stimmen, welche um eine englische Verwendung zu Gunsten Danzigs baten. Der polnische Geschäftsträger in London, BUKATY, übersandte dem Staatssekretär SUFFOLK eine Note,¹ in der er Englands Intervention zur Rettung Danzigs aufrief. Am 5. Oktober erfolgte ein weiteres Schreiben BUKATYS und fortan kehren diese schriftlichen Klagen des polnischen Diplomaten über die Vergewaltigung Polens im allgemeinen und Danzigs im besonderen in den Akten der nächsten Jahre immer wieder, ohne daß alle diese Noten eine sonderliche Beachtung gefunden zu haben scheinen.²

Neben den Berichten CORRYS trafen Briefe des englischen Gesandten in Berlin, JAMES HARRIS, in London ein, der am 26. September die Dinge so ansah, daß der König von Preußen ein Recht habe, in seinen Landen zu thun, was ihm beliebe. Drei Tage später meinte er, die Sache sei nicht so schlimm und CORRY habe voreilig Alarm geschlagen. So urteilte auch SUFFOLK. „Sollte aber,“ schrieb er,³ „Seine Preussische Majestät es vorziehen, jene Zölle forterheben zu lassen, indem er ein Zollhaus auf seinem eigenen Gebiete errichtet, so sehe ich keine Möglichkeit es zu verhindern.“ Die von HARRIS ausgesprochene Hoffnung erwies sich bald als trügerisch, die weiteren Nachrichten ließen über die Absicht FRIEDRICHS, auf dem einmal eingeschlagenen Wege fortzuschreiten, keinen Zweifel. So bereiteten denn die englischen Minister Schritte vor, um die Abstellung der preussischen Maßregeln zu erwirken. Mittlerweile häuften sich die Klagen der Betroffenen. Unlängst hatte man sich nach den Wünschen der englischen Faktorei in Danzig betreffs Abschlusses eines neuen Handelsvertrages zwischen England und Danzig erkundigen lassen.⁴ Jetzt erhielt man die Antwort, daß unter den gegenwärtigen Umständen solche Vorschläge sich nicht machen ließen. Wenn das

¹ BUKATYS Brief ist vom 1. Okt., die Note vom 2. Okt. 1772 datiert.

² Sie sind wohl auch nicht schriftlich beantwortet worden, da sich sonst diese Antworten abschriftlich im Rec. Off. finden müßten.

³ 13. Okt. 1772, gleichlautend an HARRIS und CORRY.

⁴ ROCHFORD an CORRY, 17. Juli 1772, als Antwort auf die Eingabe der Faktorei an den König vom 27. Juni 1772.

Fahrwasser in preussischem Besitz bleibe, könnten die englischen Kaufleute nicht länger in Danzig Geschäfte treiben. Ein Handelsvertrag mit der Stadt hätte dann keinen Nutzen, umso notwendiger werde aber ein Vertrag mit Preussen sein.¹

Unterm 29. Oktober ließen die am Danziger Handel vorzugsweise beteiligten, in England wohnhaften Kaufleute ihre Sache dem Lord SUFFOLK in Erinnerung bringen. Sie erhielten den Bescheid, daß dieselbe keineswegs vernachlässigt sei. Vom 2. November ist ein an König GEORG gerichtetes Bittschreiben² des Danziger Rates datiert; BUKATY aber meinte den englischen Hof darauf hinweisen zu müssen, daß der König von Preussen auf dem Wege sei, den ganzen Getreidehandel des Nordens an sich zu reißen und Europa werde zu seinem Erstaunen bald eine neue Seemacht erblicken, deren Schiffe das Baltische Meer bedecken würden.

IV.

Gewissermaßen ist die wirkliche Anregung zu diplomatischem Vorgehen von Holland ausgegangen. Holland war ja neben England am meisten am Danziger Handel interessiert. Der englische Gesandte im Haag, Sir JOSEPH YORKE, berichtete am 11. Dezember, daß die Hochmögenden beschlossen hätten, den König von England um Mitteilung seiner Meinung zu bitten, namentlich ob es nicht angezeigt sei, bei Preussen und Rußland oder anderen Mächten Vorstellungen betreffs Danzigs zu machen.³ Mit Eifer stimmte man in England zu. SUFFOLK schrieb,⁴ man hoffe, daß die General-Staaten die Schritte Englands kräftig unterstützen würden.

¹ Ähnlich schrieb HARRIS an SUFFOLK, 21. Nov. 1772.

² Dasselbe wurde durch Mr. MURRAY, den CORRY nach London schickte, überbracht.

³ Namentlich das Drängen der Stadt Amsterdam hatte diesen Entschluß beschleunigt. YORKE an SUFFOLK, 8. Dez. 1772.

⁴ SUFFOLK an YORKE, 22. Dez. 1772.

Dem anfänglichen Eifer der Holländer hat dann die schwächliche Beihülfe, die sie dem Vorgehen Englands angedeihen ließen, wenig entsprochen.

Das englische Kabinet war zunächst äußerst behutsam zu Werke gegangen und man vermied es vor allem, sich direkt an den Berliner Hof zu wenden, sei es in amtlicher oder vertraulicher Form. Dagegen ließ man in Rußland, Österreich und Frankreich anklopfen, um die Stellung dieser Staaten zur Danziger Frage unter der Hand zu erfahren. Am 30. Oktober schrieb SUFFOLK an GUNNING in Petersburg, Preußens Vorgehen gegen Danzig sei so ungerecht, so im Widerspruch zu den früheren Versicherungen, so vernichtend für die Unabhängigkeit Danzigs, zu der man sich verpflichtet habe, endlich so nachteilig und anstößig für England, daß er glauben müsse, der Petersburger Hof werde, wenn man sich in geeigneter Form an ihn wende, zu vermögen sein, sich ins Mittel zu legen und FRIEDRICH II zu ersuchen, von diesen Erpressungen abzustehen. „Vielleicht finden Sie eine Gelegenheit, etwas der Art vorzubringen und die russischen Minister darüber zu sondieren. Sie werden sich aber mit großer Vorsicht und Delikatesse zu benehmen haben, vor allem müssen Sie es vermeiden, ein direktes Ansuchen oder Begehren zu stellen oder bei ungünstiger Gelegenheit die Sache vorzubringen oder in Ausdrücken darüber zu reden, von denen es den Anschein haben könnte, als seien Ihnen dieselben von hier aus eingegeben.“

Ganz gleich schrieb er wenige Tage später an Lord STORMONT in Wien,¹ und auch St. PAUL in Paris erhielt ähnliche Anweisung.² Auch er sollte nur „wie aus sich selbst“ mit D'AIGUILLON über die Sache reden. Seine Sprache dürfe nicht von London aus diktiert erscheinen, damit man es nicht zu einer gemeinsamen Angelegenheit zwischen England und Frankreich mache. Es ist die alte Scheu vor einem Zusammengehen mit der bourbonischen Großmacht, die aus diesen Worten spricht.

¹ SUFFOLK an STORMONT, 3. Nov. 1772.

² ROCHFORD an St. PAUL, 6. Nov. 1772.

Am selben Tage erhielt der Konsul CORRY den Auftrag,¹ in eingehenderer Weise über die Danziger Lage und Verhältnisse zu berichten. An HARRIS aber schrieb SUFFOLK, während er sich um genauere Information bemühe, solle jener die Absichten anderer Höfe nach Möglichkeit zu erspähen suchen. Eine direkte Vorstellung beim Berliner Hofe sei noch nicht an der Zeit, immerhin möge HARRIS zu entdecken suchen, wie eine solche aufgenommen werden würde und ob es wahrscheinlich sei, daß der preussische König sich zu einem Abkommen mit der Stadt verstehen würde.

Was St. PAUL über die Stellung des französischen Hofes zur Danziger Frage berichtete,² war der Art, daß die Engländer ihn in ihren Erwägungen fortan ganz außer Betracht lassen konnten. Der Herzog VON AIGUILLON fragte, ob England sich die Neuerungen des Königs von Preussen bei Danzig ruhig gefallen lassen werde. St. PAUL erwiderte im Sinne der ihm zugewiesenen Rolle, er wisse nicht mehr darüber, als was die Zeitungen gebracht hätten; daß der britische, der holländische und der dänische Konsul in Danzig dagegen remonstriert hätten. Er fragte den Herzog nun seinerseits, ob der französische Konsul nicht dasselbe gethan habe und ob er (der Herzog) in dieser Sache Mafsregeln ergriffen habe. „Bewahre“, erwiderte D’AIGUILLON, „wir haben keine Schiffe in Danzig, wir haben also nichts gethan; aber dies alles geht Sie viel mehr an als uns. Sie und Holland werden den grössten Schaden zu tragen haben.“ St. PAUL antwortete, er sei ohne Nachricht über irgend welche Schritte seiner Regierung; er könne aber, setzte er würdevoll hinzu, den Herzog versichern, die Angelegenheiten der Nation seien in den Händen von Männern, die sie verständen, und ihr Verhalten werde stets ein solches sein, wie die Ehre und das Interesse der Nation es erfordern.

Der Konsul CORRY in Danzig hatte der Aufforderung SUFFOLKS genauere Informationen zu schicken, schon entsprochen, noch ehe dieselbe an ihn gelangt war. Am 10. November meldete er, daß

¹ SUFFOLK an CORRY, 6. Nov. 1772.

² St. PAUL an ROCHFORD, 18. Nov. 1772.

Mr. MURRAY, sein Geschäftsteilhaber, sich auf dem Wege nach London befinde, um daselbst aus eigener Kenntniss der Verhältnisse die Lage Danzigs darzulegen. „Er ist so vollkommen Herr seines Gegenstandes,“ schrieb HARRIS,¹ dem sich MURRAY während eines kurzen Aufenthaltes in Berlin vorstellte, „daß ich mir erlaube, Eure Lordschaft in allem, was Sie über die Sache zu wissen wünschen, an ihn zu verweisen.“ Nach allem erscheine es, als ob die Stadt Danzig entweder zu Grunde gehen, oder sich ganz dem Könige von Preußen in die Arme werfen müsse. Alle Vorstellungen von Seiten der Geschädigten hätten geringe Beachtung gefunden und auf diese Weise sei wohl keine Abhülfe zu erwarten. „Wenn ich einen Vorschlag machen darf,“ fuhr HARRIS fort, „so scheint mir eine Beeinflussung durch den Petersburger Hof am wirksamsten zu sein, sowohl wegen der gegenwärtig bestehenden Allianz zwischen ihm und dem Berliner Hof, als auch wegen der Garantie Danzigs, welche die Kaiserin noch unlängst im Jahre 1767 erneuert hat.“ Das in diesen Worten ausgesprochene Programm: Rußland zur Verwendung für Danzig zu bewegen, ist in der Folge wirklich zur Richtschnur für die englische Politik genommen worden. HARRIS scheint demnach der geistige Urheber desselben zu sein.²

In England hätte man am liebsten die Lösung der Frage durch ein Abkommen zwischen Preußen und Danzig gesehen, welches der Stadt wohl einen Verlust auferlegte, dabei aber den Fortbestand des Handels sicherte. Mit großem Unwillen vernahm man darum die Kunde,³ daß die Danziger vorläufig sich weigerten, in eine Verhandlung mit dem Könige von Preußen einzutreten. Sie wären ja deshalb, meinte SUFFOLK, noch nicht verpflichtet gewesen, etwaige Vorschläge anzunehmen, — CORRY glaubte, daß an eine Teilung der Zölle gedacht sei — aber die platte Zurückweisung zeige, daß der Danziger Rat seine eigene Lage falsch beurteile. Am 1. Dezember schrieb SUFFOLK, CORRY möge einstweilen große Zurückhaltung beobachten und alle Vorschläge

¹ HARRIS an SUFFOLK, 12. Nov. 1772.

² Unterm 21. November wies HARRIS noch einmal darauf hin.

³ CORRY an SUFFOLK, 17. Nov. 1772.

ad referendum nehmen; er habe Recht gethan, der englischen Faktorei zu versichern, daß ihr Interesse volle Beachtung finden und jede Art der Unterstützung genießen werde, die mit Recht und nationaler Politik vereinbar sei. Er solle sich aber hüten, zu viel Wärme für das Interesse Danzigs und zu viel Groll gegen den König von Preußen an den Tag zu legen.

In den nächsten Wochen erfolgte die Beschlussfassung. Auf Grund der von MURRAY gegebenen mündlichen und schriftlichen Informationen setzte SUFFOLK die Entwürfe für Weisungen auf, welche an die Vertreter des Königs von England in Petersburg und Wien, in Berlin und im Haag ergehen sollten. SUFFOLK selbst hatte sich jetzt, wie man hier sieht, vollständig mit dem Gegenstande vertraut gemacht. Am Abend des 22. Dezember fand eine Kabinetssitzung statt, in welcher SUFFOLK die Zustimmung seiner Kollegen zu den von ihm in Aussicht genommenen Maßnahmen nachsuchte.¹ Er verlas die russische Garantie der Rechte und Freiheiten Danzigs aus dem Jahre 1767. Dann wurde MURRAY gerufen, mußte den Ministern die verschiedenen Beschwerden auseinandersetzen, über welche die Stadt Klage führte, die Zollerhebungen bei Danzig und an der Weichsel und den Schaden, welchen England infolgedessen erleiden würde. Ihre Lordschaften stimmten darin überein, daß dasjenige Verfahren, bei welchem die meiste Aussicht vorhanden sei, die Abstellung dieser Bedrückungen zu erlangen, darin bestehe, die Höfe von Wien und Petersburg zur Intervention zu vermögen. Lord SUFFOLK verlas darauf den Entwurf seiner Depesche an Mr. GUNNING, welche die allgemeine Billigung fand; dann teilte er seine Absicht mit, Abschriften der für GUNNING bestimmten Depeschen den englischen Gesandten am holländischen, preussischen und österreichischen Hofe zu schicken. Sir ROBERT KEITH in Wien wollte er im besonderen anweisen, sich um die Verwendung des Wiener Hofes zu Gunsten der Stadt Danzig und des polnischen Handels zu bemühen. Auch diese Vorschläge wurden allgemein gebilligt.

Betrachten wir nun jene Aufträge, welche ROBERT GUNNING

¹ Das folgende nach einem Protokoll (Minute of Cabinet, Dec. 22^d 1772).

für sein Verhalten am russischen Hofe empfing.¹ Wenn er unter dem 30. Oktober angewiesen worden war, nicht in ministerieller Form über die Danziger Angelegenheit zu sprechen, so wurde er nun in SUFFOLKS Depesche vom 22. Dezember ganz im Gegenteil beauftragt, die Sache in offizieller Weise am russischen Hofe vorzubringen. Zur Erklärung schrieb der Staatssekretär, man habe inzwischen von dem Charakter der von Rußland der Stadt Danzig geleisteten Garantie Kenntnis erhalten. So sollte denn GUNNING die erste Gelegenheit ergreifen, dem Großkanzler PANIN eine Note zu überreichen und dieselbe mit entsprechenden mündlichen Vorstellungen zu begleiten, um von der russischen Regierung die Erfüllung der Garantie zu erwirken. Er soll darlegen, wie schwer namentlich der englische Handel unter den Zollmafsregeln des Königs von Preußen zu leiden habe. Wolle dann Rußland zur Erfüllung der übernommenen Garantie am Berliner Hofe Vorstellungen machen, um den drohenden Ruin Danzigs und des polnischen Handels abzuwenden, so werde der König seinen Gesandten in Berlin anweisen, die Bemühungen Rußlands seinerseits zu unterstützen. Sollte PANIN sich abgeneigt zeigen, den ersten Schritt in dieser Angelegenheit zu thun, so soll GUNNING ihm das Verfahren vorschlagen, daß England mit einer Erklärung vorangehe und der Petersburger Hof dieselbe nach Kräften unterstütze. Aber nur im Notfalle sollte diese Auskunft gewählt werden. Der wünschenswerteste und zugleich ein der Würde der Kaiserin am meisten anstehender Modus sei es, daß sie den eingegangenen feierlichen Verpflichtungen gemäß sich Danzigs annehme und für die Stadt ein Abkommen mit dem preussischen Könige zu treffen suche, um sie von den Bedrückungen zu befreien, die sie sonst zu Grunde richten müßten, während sie dem Bedrucker nicht mehr als einen augenblicklichen Gewinn bringen würden.

Was nun die Wünsche der Danziger betrifft, so meinte SUFFOLK, daß dieselben sich bereit finden würden, für den Genuß ihrer Rechte und Handelsvorteile dem Könige von Preußen eine den Umständen entsprechend bemessene Summe jährlich zu zahlen, ja sie würden vielleicht auch bei FORDON Zölle in einem

¹ SUFFOLK an GUNNING, 22. Dec. 1772.

Beträge erlegen, wie der Handel ihn aushalte, doch dürften dieselben nicht die Höhe der dem Könige von Polen gezahlten — als Fordon in seiner Hand war — übersteigen. Die freie Schifffahrt auf der Weichsel müsse dafür sichergestellt sein, und es sollte ausbedungen werden, daß kein Artikel von der Fahrt auf der Weichsel ausgeschlossen oder mit neuen Zöllen belastet werden solle. Freilich gesteht SUFFOLK zu, daß es nur logisch sei, daß Seine Preussische Majestät jeden Artikel, wenn er in preussischem Gebiete zirkuliert, jeder beliebigen Beschränkung zu unterwerfen berechtigt sei. Die Wünsche der Danziger faßte SUFFOLK in sechs Punkte zusammen, nämlich erstens: ihren Hafen zurückzuerhalten; zweitens: die Sicherung und genaue Abgrenzung ihres Gebietes; drittens: Beibehaltung des Stapelrechtes, demzufolge alle auf der Weichsel fahrenden Schiffe in Danzig löschen und Zoll bezahlen müßten; viertens: der polnische Handel auf dem Flusse sollte von neuen Abgaben frei sein und nur den ehemals dem Könige von Polen bezahlten unterworfen; fünftens: keine Deiche und ähnliche Werke sollten innerhalb zwei Stunden von der Montauer Spitze errichtet werden;¹ sechstens: die preussische Werbung in der Stadt sollte gänzlich aufhören.

Wenn auch, meint SUFFOLK, dies alles keine unbilligen Forderungen seien, so überschreiten sie doch weit die Grenze dessen, was für die Stadt zu erlangen sein werde. Jedenfalls sei es besser, die Sache unter den Auspicien einer befreundeten Macht beilegen zu lassen, als durch direkte Verhandlungen zwischen Danzig und Preußen. Denn die Stadt würde keinen ihrer Ansprüche aufgeben, solange noch Aussicht auf fremde Intervention sei. Der König von Preußen aber „wird unzweifelhaft den Vorstellungen des Petersburger Hofes mehr Beachtung schenken als solchen, die von irgend einer anderen Seite kämen. Er wird

¹ Es handelt sich hier um die Befürchtung der Danziger, daß FRIEDRICH II. durch entsprechende Bauten bei der Montauer Spitze, wo die Weichsel sich in den Danziger und Elbinger Arm teilt, den ersteren trocken legen und die ganze Weichsel nach Elbing leiten wolle. Von dieser Möglichkeit ist in unseren Akten oft die Rede. CORRY (an SUFFOLK, 10. Juni 1772) meinte, daß eine derartige Manipulation sich mit dem lächerlich geringen Kostenaufwande von 1000 Dukaten bewerkstelligen lasse.

sich auch hoffentlich nicht ganz darüber täuschen, welches Odium diesen seinen Maßregeln anhaftet und wie stark mehrere Staaten durch dieselben betroffen werden.“ Gelingt es GUNNING, so feuert der Staatssekretär ihn an, Rußland zur wirksamen Durchführung seiner Garantie zu vermögen, so werde er seinem Vaterlande einen sehr wesentlichen Dienst leisten.

Gleichzeitig mit dieser ausführlichen Weisung richtete der Earl of SUFFOLK eine zweite Depesche an ROBERT GUNNING, durch welche er ihn aufs genaueste mit den einschlägigen Verhältnissen des Danziger Handels bekannt machte. Bei der Aufzählung der Interessen, welche die einzelnen fremden Staaten mit dem Handel Danzigs verbanden, mußte SUFFOLK zugeben, daß gerade Rußlands Handelsinteressen kaum von dieser Frage berührt würden, aber die höheren Gesichtspunkte der Moral und Politik sollten eben Rußland vermögen, zu Gunsten der Danziger sich ins Mittel zu legen.

So hatte nun die in der polnischen Frage sonst so enthaltsame Politik der englischen Staatsmänner sich doch noch zu einer diplomatischen Aktion aufgerafft. Sie hatte den natürlichsten Weg eingeschlagen, indem sie durch Rußland, den Freund Preussens, der auch zugleich Englands Freund war, ihren Zweck zu erreichen suchte. Ja wir haben gesehen, daß England, falls Rußland die ihm in erster Linie zugedachte Rolle zu übernehmen sich weigerte, auch selbst den Anwalt der Danziger beim Könige von Preußen zu machen bereit gewesen wäre. Vorher mußte es sich also zeigen, welche Aufnahme die englischen Vorschläge am Petersburger Hofe finden würden.

Rußland hatte bisher FRIEDRICHS des Großen Maßregeln gegen Danzig fast unbeachtet gelassen. Als GUNNING gemäß der Weisung vom 30. Oktober wie aus sich selbst auf diese Angelegenheit zu sprechen kam, sagte PANIN, sie sei von geringer Bedeutung und werde bald beigelegt sein.¹ Ja, als der österreichische Hof anfragen ließ, welches Verhalten Rußland in Sachen Danzigs einschlagen werde, hatte PANIN den Schein angenommen, als sei er ungenau informiert und als ob er Grund habe, die Richtigkeit

¹ GUNNING an SUFFOLK, $\frac{20. \text{ Nov.}}{1. \text{ Dez.}}$ 1772.

der betreffenden Nachrichten zu bezweifeln.¹ In Österreich war man verstimmt über diese Antwort; KAUNITZ und MARIA THERESIA meinten, sie sei nicht aufrichtig.²

Am Petersburger Hofe machten in jener Zeit, namentlich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, die Vertreter zweier Richtungen einander den überwiegenden Einfluß streitig. Wenn in Österreich und Westeuropa die Klage erhoben wurde, daß Rußland sich den Wünschen Preussens überall füge, daß die Furcht der Russen, bei König FRIEDRICH Anstoß zu erregen, „nicht größer sein könnte, wenn er ihr Souverän wäre,“³ so war es in erster Linie der Großkanzler PANIN, in dessen Person derartige Tendenzen verkörpert erschienen. Nichts anderes als die Befürwortung des preussischen Standpunktes war in der Danziger Frage von ihm zu erwarten. Neben PANIN kamen aber eben damals auch jene Männer zum Wort, die wie Prinz ORLOW und SALDERN die jüngsten Schritte der russischen Politik, die Teilung Polens, aufs schärfste verurteilten. SALDERN hatte als russischer Botschafter in Warschau um seine Abberufung gebeten, um, wie er dem englischen Gesandten anvertraute,⁴ nicht das Werkzeug bei der Vollführung einer so schreienden Ungerechtigkeit zu sein. Seit seiner Rückkehr nach Petersburg suchte er daselbst PANINS beherrschenden Einfluß zu brechen.

Inbezug auf die Danziger Frage erinnerte er die Kaiserin KATHARINA an die Verpflichtung, welche sie durch die Garantie vom Jahre 1767 übernommen habe. KATHARINA antwortete, sie sei entschlossen, sie zu erfüllen. Wenn dies wirklich die Absicht der Kaiserin war — und SALDERN selbst hatte dies GUNNING mitgeteilt⁵ —, so war es jedenfalls ein schwerer Fehler von Seiten des englischen Gesandten, wenn er bei der Ausführung der ihm

¹ STORMONT an SUFFOLK, 26. Nov. 1772. *Private*.

² Ebendort und ders. 5. Dez. 1772. *Separate*.

³ GUNNING an SUFFOLK, 15./26. Jan. 1773. Als STORMONT die Kaiserin fragte, was sie überhaupt von PANINS Aufrichtigkeit halte, antwortete sie lächelnd: „Wo ist ein Russe, auf dessen Treue man sich verlassen kann?“

⁴ WROUGHTON an SUFFOLK, 30. Sept. 1772. *Private and secret*.

⁵ GUNNING an SUFFOLK, $\frac{20. \text{ Nov.}}{1. \text{ Dez.}}$ 1772.

von SUFFOLK zugegangenen Aufträge dieser Garantie nur obenhin Erwähnung that. Diese schon mehrfach erwähnte Urkunde war die Bestätigung einer früheren Garantie vom Jahre 1764, diese wieder einer älteren, welche die Kaiserin ANNA IWANOWNA 1736 den Danzigern gewährt hatte. So war der Stadt durch die russische Kaiserin feierlich gewährleistet worden „der volle Genuß ihrer alten Rechte, Freiheiten, Privilegien und Gewohnheiten in kirchlichen und weltlichen Dingen, namentlich der Besitz ihres Territoriums, der Fortbestand ihrer See- und Handels-, Hafen-, Münz- und Festungs-Rechte.“¹ GUNNING glaubte², daß diese Garantie ein sehr empfindlicher Punkt sei, dessen starke Betonung am russischen Hofe Anstoß erregen würde. Nur bei persönlicher Kenntniss des russischen Hofes, schrieb er, könne man sich ein richtiges Urteil darüber bilden, welches Vorgehen daselbst am geeignetsten sei.³ Doch seine Regierung billigte sein Verfahren keineswegs. Er hätte, schrieb SUFFOLK, eben auf die in der Garantie liegenden Verpflichtungen mit Nachdruck hinweisen sollen, „damit, wenn sie nicht Ehre und Mut genug hätten, denselben nachzukommen, sie wenigstens die Schande und den gerechten Tadel für ein entgegengesetztes Verhalten tragen sollten.“ Auch dadurch zog GUNNING sich den Tadel seines Vorgesetzten zu, daß er nicht, wie ihm anbefohlen worden, auf den Ausweg einer von der Stadt Danzig jährlich zu zahlenden Summe hingewiesen hatte. SUFFOLK bemerkte, daß er niemals erwartet habe, daß das bloße Recht in dem Falle entscheiden würde und daß die Verwicklung ohne ein derartiges Auskunftsmittel gelöst werden könnte.

In den übrigen Punkten befolgte GUNNING die Weisungen seiner Regierung, indem er am 18. Januar PANIN die Sache der Danziger vorstellte. Nachträglich faßte er, um einem ungetreuen Bericht PANINS an die Kaiserin vorzubeugen, den Inhalt des Gesagten in einer Verbalnote zusammen, die er jenem überreichte. Als die drei Hauptforderungen waren darin genannt: 1. daß

¹ Nach einer englischen Übersetzung im Record Office.

² GUNNING an SUFFOLK, $\frac{24. \text{ Jan.}}{4. \text{ Febr.}}$ 1773.

³ Ders. an dens. $\frac{24. \text{ Jan.}}{4. \text{ Febr.}}$ 1773. *Private.*

Danzig seinen Hafen zurückerhalte, 2. daß Danzig und Thorn im ungeschmälerten Besitz ihrer Gebiete verbleiben sollten, wie sie sie vor der Teilung Polens besessen, 3. daß das Recht bestehen bleibe, die die Weichsel befahrenden Schiffe bei Danzig den Zoll zahlen zu lassen. PANINS Erwiderung war in ganz allgemeinen Ausdrücken gehalten und schien GUNNING mehr von einem Anwalt des Königs von Preußen als von einem Hofe herzurühren, der mit Unparteilichkeit seine guten Dienste zur Beseitigung von Übelständen anbot. Auch war GUNNING die Äußerung PANINS zugetragen worden, er hoffe auf diese Weise sich die Sache vom Halse geschafft zu haben. Der englische Gesandte aber überreichte eine zweite Note, in welcher er über einige Punkte speciellere Aufklärung erbat. In der hierauf wieder erfolgten Antwort PANINS heißt es, man könne nicht im voraus die Bedingungen genau festsetzen, denn das hiesse Gesetze vorschreiben, nicht Vorstellungen machen. Dazu handle es sich um einen Rußland befreundeten Fürsten, einen Fürsten, der seinen Rang unter den ersten Mächten Europas behaupte. Die russische Regierung wolle ihren Gesandten am Berliner Hofe beauftragen, dem Könige von Preußen die geeigneten Vorstellungen zu machen und die in Petersburg auf Befehl seiner Britannischen Majestät gemachten Vorschläge in dieser Sache an ihn gelangen zu lassen. GUNNING möge seinen Hof davon benachrichtigen, dem Belieben desselben bleibe es überlassen, „durch seinen Gesandten in Berlin die dann schon erfolgten Vorstellungen des russischen Gesandten unterstützen zu lassen oder ihm zu befehlen, sich mit diesem über von neuem zu machende gemeinsame Vorstellungen in's Einvernehmen zu setzen.¹

Inbezug auf die Form des einzuschlagenden Verfahrens hatte PANIN also dem Wunsche Englands willfahrt: Rußland wollte mit Vorstellungen am Berliner Hofe beginnen. Wie weit aber die russische Politik sich der Wünsche der Danziger annehmen würde, blieb eine offene Frage. Ja GUNNING selbst glaubte in

¹ Die zwischen GUNNING und PANIN gewechselten Noten bilden vier Beilagen zu GUNNINGS Bericht vom $\frac{24. \text{ Jan.}}{4. \text{ Febr.}}$ 1773.

dieser Hinsicht nichts Gutes voraussagen zu können. Die bekannte Vorliebe und Parteilichkeit der Kaiserin und PANIN's für den König von Preussen werde, schrieb er,¹ augenblicklich noch erhöht durch die Unterstützung, welche die russische Politik in Schweden durch FRIEDRICH II erhalte.

GUNNINGS Bericht machte in London einen höchst ungünstigen Eindruck. Und nicht minder unerfreulich waren die um dieselbe Zeit einlaufenden Nachrichten über die Haltung des Wiener Hofes. Schon vorher, noch ehe die bestimmt lautenden Aufträge vom 22. Dezember an Sir ROBERT KEITH wie an ROBERT GUNNING erlassen waren, hatte Lord STORMONT in Unterredungen mit KAUNITZ, Kaiser JOSEF und MARIA THERESIA² die Danziger Angelegenheit berührt. KAUNITZ hatte zugegeben, daß Danzigs Existenz vernichtet wäre, falls die preussischen Mafsregeln bestehen blieben. Er gab zu verstehen, daß England, das mit gutem Recht großes Gewicht in Petersburg besitze, Rußland veranlassen sollte, zur Wahrung der Privilegien Danzigs und der Freiheit seines Handels zu intervenieren. Er fügte hinzu, eine große Nation interveniere niemals mit mehr Würde, als wenn das allgemeine Interesse Europas mit ihrem eigenen Hand in Hand gehe. STORMONT gab zu, daß Danzig für die Seemächte von großer Bedeutung sei, aber er deutete auch an, daß an Preussens Nachbarn ein „lauterer Ruf“ ergehe, daß ihr Interesse näher daran beteiligt sei, daß ein solcher Besitz nicht in so mächtige Hände falle. Im ganzen empfing STORMONT von KAUNITZ' Äußerungen den Eindruck, daß Österreich wohl im Verein mit Rußland, aber auch nicht anders, Mafsregeln ergreifen würde, um etwaige Absichten Preussens auf Danzig zu durchkreuzen.³

Sir ROBERT KEITH, der Nachfolger STORMONTS — dieser ging

¹ GUNNING an SUFFOLK, $\frac{24. \text{ Jan.}}{4. \text{ Febr.}}$ 1773.

² Aus STORMONTS Berichten über diese Unterredungen finden sich Bruchstücke mitgeteilt bei RAUMER, *Beiträge*, IV. 524 ff. Vgl. ferner W. MICHAEL, *Ein Urteil Josefs II. über Friedrich den Großen und Preussen vom Jahre 1772* in den *Forschungen zur brandenburgischen und preussischen Geschichte*. III. 1. S. 246.

³ STORMONT an SUFFOLK, 26. Nov. 1772. *Private*.

nach Paris — berichtete dann am 13. Januar 1773 über den Erfolg seiner in Gemäfsheit der Weisungen vom 22. Dezember gemachten Vorschläge, daß Österreich die englischen Bemühungen bei Russland nach Kräften unterstützen werde, es dagegen nicht für ratsam halte, sich direkt an Preußen zu wenden. Übrigens wisse der König von Preußen, hatte KAUNITZ gesagt, wie er über ihn denke und er thue ihm die Ehre an, ihm zu schmollen.¹ Am 13. Februar endlich schrieb KEITH nach einer abermaligen Unterredung mit KAUNITZ: Ich gestehe, ich sehe wenig Wahrscheinlichkeit, daß dieser Hof die Führerrolle in einer Verhandlung übernehmen wird, in der gleichwohl nach meiner Überzeugung seine Wünsche mit denen Seiner Majestät zusammenfallen; aber die Vorsicht, die bei jedem Geschäft angewendet wird, das zu einer direkten Erörterung mit dem Könige von Preußen führen könnte, ist so groß, daß ich nicht überrascht bin, aus Fürst KAUNITZ' Munde häufig die Bemerkung zu hören, daß die Erläuterung eines zwischen Rußland und Preußen vereinbarten Präliminarvertrages eigentlich den letzteren zukomme, nicht aber einer dritten Macht, deren Beitritt erst später und gewissermaßen unfreiwillig erfolgt sei.“

So suchte Österreich seine Zurückhaltung in dieser Angelegenheit mit seiner allgemeinen Handlungsweise in der polnischen Frage zu rechtfertigen, d. h. wie man diese Handlungsweise nach außen hin erscheinen zu lassen beflissen war. Man habe, ist der Gedanke, ursprünglich mit der Teilung Polens, also auch mit der Zumessung des preussischen Anteils nichts zu thun gehabt. Darum sei man auch jetzt nicht verpflichtet, dafür einzutreten, daß nicht eine der beiden anderen Mächte die ihr durch den Vertrag gezogenen Grenzen überschreite.

V.

Angesichts dieser hinter den englischen Wünschen so weit zurückbleibenden Haltung der beiden Kaiserhöfe entschloß man

¹ KEITH an SUFFOLK, 13. Jan. *Secret and confidential.*

sich in London zu einer veränderten Taktik. Was konnte es nützen, mit Russland zusammen in Berlin Erklärungen abgeben zu lassen, wenn von russischer Seite doch nichts anderes gefordert werden würde, als wozu FRIEDRICH II sich ohnehin verstanden hätte? Was war von Österreich zu erwarten, das sich jeder direkten Auseinandersetzung mit dem preussischen Könige zu entziehen suchte?¹ Am 2. März schrieb SUFFOLK an die englischen Gesandten in Berlin, Petersburg und Wien, daß man auf diesem Wege nicht weitergehen wolle. Gegenüber der Art, wie PANIN sich zum Anwalt des Königs von Preußen mache, stächen die schönen Worte und Versicherungen des Wiener Hofes allerdings noch vorteilhaft ab. Aber doch sei von der Lauheit des letzteren so wenig zu hoffen wie von des ersteren Unterwürfigkeit unter den Willen Preussens und Blindheit gegen seine Ehre und sein eigenes Interesse. So wolle man nicht weiter dringen auf die Mitwirkung der beiden Höfe „zur Wahrung gemeinschaftlicher Interessen, welche übersehen werden, nationaler Rechte, welche man vernachlässigt, feierlicher Verträge, über die man sich hinwegsetzt.“²

Noch ein weiterer Grund war vorhanden, wegen dessen die englischen Politiker das zuerst beabsichtigte Verfahren nicht durchführen zu können meinten. Wir erinnern uns, wie vorsichtig der englische Hof es vermieden hatte, mit irgend einem Worte eine Billigung, ja selbst nur eine Anerkennung der Teilung Polens auszudrücken. Was man den drei diplomatischen Vertretern auf

¹ Um jene Zeit sind übrigens in der That von österreichischer Seite Vorstellungen in Berlin gemacht worden, die freilich ohne Wirkung blieben. KEITH berichtet am 31. März 1773 über eine Unterredung mit KAUNITZ, welcher ihm sagte: „*In return to an amicable representation we lately made upon that affair the King of Prussia has given us very explicit assurances of his intention to facilitate every arrangement which may tend to the security and advancement of the commerce carried on to and from Poland.*“ Anscheinend bezieht sich das auf FRIEDRICHS Versicherungen, von denen VAN SWIETEN am 20. Februar berichtet (BEER, FRIEDRICH II und VAN SWIETEN, S. 100). In der Folge erwähnt VAN SWIETEN diesen Punkt nicht mehr, scheint ihn also auch dem preussischen Könige gegenüber nicht wieder berührt zu haben.

² SUFFOLK an KEITH, 2. März 1773.

ihre offizielle Mitteilung geantwortet hatte, war so nichtssagend, daß es einem gänzlichen Schweigen gleichkam. Man hatte nur nicht ganz schweigen wollen und darum eine Antwort gewählt, die eben nichts als Worte enthielt. Jetzt, wo man die Frage erwog, ob es thunlich sei, dem Könige von Preußen Vorstellungen zu machen, bemerkte man — allerdings spät genug — die Schwierigkeit, eine richtige Grundlage für dieselben zu finden, über die Voraussetzungen Klarheit zu gewinnen, von denen man hätte ausgehen müssen. Der wichtigste Streitpunkt zwischen Friedrich dem Großen und der Stadt Danzig war der Besitz des Danziger Hafens — des Fahrwassers. Die Frage, welchem von beiden Teilen das bessere Recht auf den Hafen zukomme, stellte sich dar als die andere Frage: wie weit der Teilungsvertrag vom 5. August 1772 dem preussischen Könige ein Recht auf den Danziger Hafen gab. Auch die Danziger gingen ja von dem Teilungsvertrage aus und eben auf Grund desselben bestritten sie den Anspruch des Königs. Die Streitfrage war nämlich die folgende: der Grund, auf dem der Hafen und die dazu gehörigen Gebäude auf dem linken Weichselufer lagen, war Eigentum des Klosters Oliva, von diesem der Stadt Danzig zu emphyteutischem Rechte verliehen worden. Es war nun fraglich,¹ wie weit sich dies auf den eigentlichen Hafen bezog, denn dieser war im 17. Jahrhundert von den Danzigern selbst erst fahrbar gemacht worden; es war fraglich, wie weit in diesem Falle die Bestimmungen der Emphyteuse anwendbar waren; fraglich endlich, wie weit der Stadt Danzig außerdem ein allgemeines Hafenrecht zustand, das sich nicht an den Besitz eines bestimmten Hafens knüpfte und das der Stadt nicht genommen werden konnte, selbst wenn es sich herausstellte, daß der Besitz des Fahrwassers ihr nicht rechtmäßig gebührte. FRIEDRICH II. hatte Westpreußen in Besitz genommen, war damit auch Rechtsnachfolger des Abtes von Oliva

¹ Über die aus beiden Lagern erschienen Deduktionen und Flugschriften vgl. DAMUS, S. 43—45. Dort ist auch der beiderseitige Standpunkt gut umschrieben. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß das strenge Recht für den preussischen Standpunkt sprach, wenn auch die Danziger erwarten durften, von dem neuen Herrn Westpreußens in der Praxis ebenso gestellt zu werden wie von dem alten.

geworden, und nur auf Grund dieses Rechtstitels hatte er den Hafen besetzt. Etwaige Vorstellungen, die man ihm machen wollte, mußten davon ausgehen, daß er auch als Herr des bisher polnischen Preußens, auch als Rechtsnachfolger des Abtes von Oliva sich den Danziger Hafen nicht hätte aneignen dürfen. Der Teilungsvertrag mußte also die Grundlage bilden, seine Rechtmäßigkeit von beiden Teilen anerkannt sein, von dem, der die Vorstellungen erhob, nicht weniger als von dem, welchem sie gemacht wurden.

Hier war der Punkt, wo die englische Politik mit sich selbst in Widerspruch geraten mußte, falls man wirklich zu Vorstellungen am preussischen Hofe schreiten wollte: den Teilungsvertrag anzuerkennen, sträubte man sich; eine Erörterung der fraglichen Punkte ohne solche Anerkennung war ein Unding. Irren wir nicht, so ist es dieser Umstand gewesen, der noch mehr als die Haltung der beiden Kaiserhöfe die englische Regierung von direkter Auseinandersetzung mit dem Könige von Preußen zurückgehalten hat. Auch in der Folge blieb sie im Hintergrunde, obwohl sie auch so den stärksten Einfluß auf den Gang der Verhandlungen ausübte.

In solchem Sinne war die Instruktion gehalten, welche unter dem Datum des 9. März an Mr. CORRY in Danzig erging. SUFFOLK weist zunächst auf die Schritte hin, welche man am Petersburger und Wiener Hofe gethan habe. Der einzige Erfolg sei aber gewesen, daß sich bis zu einem gewissen Grade Übereinstimmung der Gesinnungen zwischen den beiden Kaiserhöfen und König GEORG gezeigt habe, und ihre Geneigtheit, in Gemeinschaft mit Seiner Majestät dem Berliner Hofe gewisse Vorstellungen zu machen. „Es ist aber durchaus nicht leicht, die Voraussetzungen zu irgend einer Vorstellung zu finden, ohne irgendwie auf einen Akt Bezug zu nehmen, an dem Seine Majestät bisher in keiner Weise beteiligt war, und ohne gewisse Einräumungen, die zu machen Ihm nicht in den Sinn kommen kann.“ Beides seien Erwägungen gewichtiger Art, die aber gleichwohl für die Stadt Danzig nicht inbetracht kämen, welche in ganz anderer Lage sei, als der König von England. So rate man denn der Stadt, selbst mit dem Könige von Preußen in Unterhandlung zu treten. Wenn

sie dann die Gefahren ihrer Lage, die geringe Aussicht auf Beistand, ja die doch keineswegs unanfechtbare Begründung ihrer Ansprüche bedenke, so werde sie zu der Einsicht kommen, daß es ratsam sei, einen Weg der Verständigung mit Preußen zu suchen. FRIEDRICH II. sei nun einmal in die Rechte des Klosters Oliva eingetreten und der Danziger Senat werde es nicht unternehmen können, seine Besitztitel auf Oliva anzufechten. Für die aus diesen Gründen anzuempfehlende Verhandlung mit FRIEDRICH werde man es dann vielleicht ratsam finden, „Seiner Preussischen Majestät die Bezahlung einer gewissen Summe vorzuschlagen für eine Erneuerung der Verpachtung des Fahrwassers und dafür, daß er von der Forderung irgend welcher Zölle oder Hafenabgaben abstehen würde und der Stadt ihren Seehandel, ihren Handel von und nach Polen zu Lande und auf den Flüssen sichern würde, auf derselben Grundlage wie vor der Besitzergreifung Olivas durch die preussischen Truppen, so daß der Handel nicht mehr und nicht größeren Abgaben unterworfen sein werde als damals.“ Wollten die Danziger auf diesen Vorschlag nicht eingehen, so würden sie es vielleicht vorziehen, statt dessen eine jährliche Rente an Preußen zu zahlen oder auch dem preussischen Könige einen gewissen Teil von den Erträgen der Zölle zu überlassen. Welcher von diesen Vorschlägen der geeignetste sei, sowie die Feststellung aller Einzelheiten müsse der Entscheidung der Stadt selbst überlassen bleiben. Als Basis des ganzen Verfahrens müßte die Bestimmung dienen, daß bis zur Regelung der Sache die neuen Zollerhebungen suspendiert und die Erträge der alten vorläufig deponiert würden, damit der Handel auch inzwischen fortbestehen könne und sich nicht einen anderen Weg suche.

SUFFOLK wies CORRY endlich noch darauf hin, daß, wie sehr auch der König von Mitgefühl für die Leiden der Stadt ergriffen sei, doch die Rücksicht auf das Handelsinteresse seiner Unterthanen für ihn im Vordergrund stehen müsse. Die Unabhängigkeit der Stadt und die Interessen des Handels hingen ja einstweilen eng zusammen. An den letzteren seien alle handeltreibenden Mächte beteiligt, für die erstere einzutreten, sei keine in der Lage. Möge darum die Stadt darauf bedacht sein, jenen Zusammenhang zu wahren, damit nicht die Unabhängigkeit der Stadt Gefahr

laufe, indem Maßregeln ergriffen würden, das Handelsinteresse allein zu sichern. In der Unterhandlung mit seiner Preussischen Majestät habe die Stadt das Mittel in der Hand, jene Gefahr zu vermeiden.

Mit den CORRY zugegangenen Weisungen wurden gleichzeitig die Vertreter Englands in Berlin, Wien, Petersburg und im Haag bekannt gemacht. HARRIS, GUNNING und KEITH wurden besonders ermahnt, alles zu vermeiden, was einer Anerkennung des Teilungsvertrages gleich komme, denn eben um einer solchen aus dem Wege zu gehen, habe man sich vornehmlich entschlossen, von Vorstellungen am Berliner Hofe abzusehen. An Mr. GUNNING schrieb SUFFOLK noch, ein Beweis, wie wenig man sich auf die Aufrichtigkeit des Petersburger Hofes verlassen könne, sei es, daß die zwischen GUNNING und PANIN gewechselten Noten bereits dem Könige von Preussen bekannt seien. Gleichwohl sollte GUNNING sich hüten, den englischen und russischen Hof einander zu entfremden. In einem Privatbriefe vom selben Datum fügte SUFFOLK hinzu, Rußlands Verhalten in dieser Frage, so wenig zufriedenstellend für England es sei, scheine gleichwohl in Berlin Anstoß zu erregen. Die nun etwa sich bietende Gelegenheit, eine Abkühlung zwischen den beiden Höfen herbeizuführen, solle GUNNING sich nicht entgehen lassen. Im Hinblick darauf möge er selbst weniger Unzufriedenheit mit der Haltung Rußlands zeigen als diese es eigentlich verdiene.

Man hielt es nicht für nötig, aus dem den Danzigern gegebenen Rate ein Geheimnis zu machen. HARRIS sollte mit dem Fürsten DOLGORUCKI, dem russischen Gesandten in Berlin, darüber sprechen, ja SUFFOLK selbst hatte dem preussischen Gesandten Grafen MALTZAN Mitteilung davon gemacht.¹

Die nunmehr veränderte Taktik der Engländer bestand also darin, eine direkte Verhandlung zwischen Danzig und Friedrich II. ins Leben zu rufen, bei der man wohl erwartete, daß die Stadt ganz den Eingebungen der englischen Staatskunst folgen würde, wie denn in den drei Vorschlägen auch sofort die Grundlage gegeben wurde, auf der man die Verhandlung eingeleitet zu sehen wünschte.

¹ SUFFOLK an HARRIS, 9. März 1773.

Es wäre ein Mittel gewesen, durch welches im Grunde England selbst mit Preußen verhandelt hätte, ohne doch formell beteiligt zu sein. England wollte die Teilung Polens nicht anerkennen, den Danzigern konnte man gleichwohl dazu raten, auf der Grundlage dieser Anerkennung die Verhandlung zu beginnen. Wie eine Drohung erscheint es dann, wenn den Danzigern vorgestellt wird, daß ihr Interesse dringend fordere, den vorgeschlagenen Weg zu wählen. Nur an der Freiheit des Handels seien England und andere Mächte interessiert, und es könnten sich auch Mittel finden, dieselbe auf Kosten der Unabhängigkeit der Stadt zu erhalten. Wenn später diese Drohung in gewissem Mafse zur Wahrheit geworden ist, so war das unkluge Verhalten der Danziger — neben den Mißgriffen, welche CORRY sich zu Schulden kommen liefs — wesentliche, wenn auch nicht die einzigen Ursachen davon. Was von England zu hoffen sei, war in jener Depesche an CORRY mit einer Offenherzigkeit ausgesprochen worden, die nicht größer sein konnte.

Wir erinnern uns, wie in den ersten Monaten nach der Besitzergreifung des Hafens durch FRIEDRICH II die Danziger jede Verhandlung mit Preußen hartnäckig zurückgewiesen hatten. Es hatte nicht viel weiter geführt, als dann am 7. Dezember 1772 der von früheren Verhandlungen her in Danzig bekannte Geh. Finanzrat REICHARDT in der Stadt eintraf. Der Rat war in nichts nachzugeben gesonnen und REICHARDTS Forderung, die Stadt solle von der Erhebung der Zölle abstehen, wurde entschieden abgelehnt. Pfahlgeld und Zulage, sagte man, seien garnicht zur Unterhaltung des Hafens bestimmt. Dazu erhalte vom ersteren auch der König von Polen einen Anteil, den man ihm nicht nehmen könne; die Zulage aber werde nur von den Bürgern bezahlt.¹

Am 29. Januar 1773 konnte der Konsul CORRY seinem Hofe abschriftlich einen Vorschlag mitteilen, den REICHARDT den Danzigern gemacht hatte. Der König von Preußen, hiefs es darin, sei von seinem Rechte auf den Hafen völlig überzeugt, wolle es aber um des Friedens willen mit der Stadt so genau nicht nehmen

¹ DAMUS, S. 47, 48. CORRY an SUFFOLK, 18., 22. Dez. 1772.

und ihr „von der ganzen Licent-Hebung, nämlich Pfahlgeld und Zulage, $\frac{1}{5}$ Teil zukommen lassen, auch derselben nachgeben, zu den Hebungen einen von der Stadt anzusetzenden Kommis bei dem Hafen zuzulassen.“ Obwohl darin ein bedeutendes Zugeständnis von preussischer Seite lag, so wurde dieser Vorschlag von den Danzigern rundweg abgelehnt. Sie wollten vor allem nicht ein Recht Preussens auf ihren Hafen anerkennen.

In seinem Wunsche, zu einer Einigung mit der Stadt zu kommen, um damit fremder Einmischung vorzubeugen, ging FRIEDRICH der Große noch weiter. Am 4. März gab REICHARDT die Erklärung ab, daß der König auch bereit sein würde, der Stadt mehr als den fünften Teil der Hafeneinkünfte zu überlassen, möglicherweise auch die Disposition über den Hafen selbst. Er forderte den Rat auf, seinerseits Vorschläge zu machen. Auch jetzt wieder lehnte derselbe es ab, in eine Unterhandlung mit Preußen einzutreten.¹

So war die Lage in Danzig, als der Konsul CORRY Ende März die Weisung SUFFOLKS erhielt. Der Rat von Danzig wurde nicht nur durch CORRY, sondern auch durch den Danziger Residenten in London, ANDERSON,² dem SUFFOLK seine Ansichten dargelegt hatte, sowohl mit den in Wien und Petersburg gethanen Schritten als auch mit dem neuesten Verhalten Englands, der Begünstigung einer direkten Verhandlung der Stadt mit dem Könige von Preußen, bekannt gemacht. ANDERSON gegenüber war der Staatssekretär sogar noch einen Schritt weiter gegangen. Als jener darauf hinwies, daß die Stadt Danzig kaum eine so hohe Summe aufzubringen imstande sein würde, wie der König von Preußen sie vermutlich fordern würde, — es handelt sich um den ersten der drei Vorschläge — da erwiderte SUFFOLK, daß in solchem Falle England bereit sein würde, das Geld vorzuschießen.

Der Zeitpunkt schien für die Eröffnung einer Verhandlung nicht ungünstig, denn am 7. April gaben REICHARDT und der preussische Resident TIETZ der Lizenz-Kammer am Fahrwasser

¹ DAMUS, S. 50.

² Der Inhalt seines Briefes ist mitgeteilt bei DAMUS Beilage 5, S. 180.

Befehl, die Erhebung von Zöllen vorläufig einzustellen, mit der Maßgabe jedoch, genaue Verzeichnisse aller passierenden Schiffe und Waaren aufzunehmen.¹ So war dasjenige erfüllt, was SUFFOLK in seinem Briefe an CORRY als notwendige Vorbedingung für die Eröffnung der Verhandlung bezeichnet hatte.

Einer schnellen Beschlussfassung und einem entschiedenen Handeln stand die schwerfällige Verfassung der Stadt² im Wege, derzufolge wichtige Angelegenheiten von allen drei Ordnungen: Rat, Schöppen und Bürgerschaft beraten werden mußten. CORRY suchte die Ernennung einer geheimen Kommission, bestehend aus Mitgliedern aller drei Ordnungen zu erwirken; aber die auf ihr Recht eifersüchtige dritte Ordnung, die aus hundert Mitgliedern bestehende Vertretung der Bürgerschaft wollte nicht zugeben, daß in einer Sache von solcher Bedeutung wenige Männer beschließen sollten. Der Rat mußte sie alle, nachdem sie Verschwiegenheit geschworen hatten, mit den Vorschlägen Englands bekannt machen.

Auf die von CORRY vorgebrachte Anregung erfolgte eine schriftliche Antwort. In derselben erbat sich die Stadt Danzig eine Frist. Sie müsse, hieß es, den König von Polen, ihren Herrn, von CORRYS Vorschlägen zuvor benachrichtigen, ehe sie in eine Unterhandlung eintrete. Sollte eine solche dann erfolgen, so würde man sie am liebsten in Berlin durch Mr. HARRIS geführt sehen.

Die Verzögerung der Angelegenheit, welche mit der Anfrage beim Könige von Polen verbunden war, zeigt schon deutlich, daß Englands Vorschlag keineswegs den Wünschen der Stadt entsprach. Es ist kein Zweifel, daß sie im anderen Falle auch ohne vorhergegangene Anfrage einen definitiven Entschluß zu fassen kein Bedenken getragen hätte. Auch liegt ein direktes Zeugnis vor für die Art, wie man sich in Danzig zu den englischen Vorschlägen stellte. Ein Mitglied des Danziger Magistrats legte in einem Briefe an CORRY³ seine Ansichten über Englands Verhalten in der ganzen Angelegenheit mit ungeheurer Ausführlichkeit dar.

¹ CORRY an SUFFOLK, 8. April 1773.

² Vgl. über dieselbe DAMUS, S. 4, 5.

³ Beilage zu HARRIS' (dem CORRY das Schriftstück gesandt) Brief an SUFFOLK, 24. April 1773. Schon unter'm 13. April teilte HARRIS einen Auszug daraus mit.

Zugleich wollte er eine Rechtfertigung für den Beschluß der Danziger geben. Recht bezeichnend sind seine Darlegungen für die verkehrte Auffassung, welche die Danziger von ihrer Stellung zu den Mächten hatten.

Der Schreiber begann mit dankbarer Anerkennung des Interesses, welches der König von England an dem Schicksal der Stadt nehme. „Aber andererseits,“ heißt es, „haben wir Ursache zu ernster Besorgnis. Man sagt hier allgemein, England wolle sich großmütig unserer annehmen, aber nur mit friedlichen Mafsregeln. Können solche im Danziger Publikum verbreitete Behauptungen dem Potsdamer Kabinete ein Geheimnis bleiben? Und wird ein Mann wie der König von Preußen auch nur einen Zoll zurückweichen, wenn er weiß, daß er nichts zu fürchten hat, selbst wenn er die Sache so weit wie möglich treibt?“ Der Sinn dieser Worte kann doch kein anderer sein, als daß England um Danzigs willen zum Schwerte greifen oder eine Haltung annehmen soll, welche den Glauben erwecken müßte, als würde das englische Kabinet bei seiner Verwendung für den Handel der Stadt Danzig auch einen Krieg nicht scheuen. Daß dies der Sinn aller englischen Mafsregeln nicht war, nicht sein konnte, brauchen wir kaum hinzuzufügen. Die preussischen Emissäre, sagt der Schreiber, behaupteten schon, daß England mit Preußen übereinstimme; REICHARDT rühme sich jetzt, er werde bald mit den Danzigern fertig werden. Mit Betrübnis habe man gesehen, daß selbst in England Danzigs Recht auf das Fahrwasser in Zweifel gezogen werde. Dem Könige von Preußen sei es gelungen, die Höfe von Wien und Petersburg zu täuschen: Welch ein Triumph würde es für ihn sein, wenn ihm das Gleiche in London gelinge. Es sei unschwer abzusehen, welche Folgen es für den englischen Handel in Danzig haben werde, wenn die Stadt in die Gewalt des Königs von Preußen gelange. Man möge auf englischer Seite doch bedenken, wie vorteilhaft dieser Handel sei, wie mäßig die Abgaben, wie liberal die Handhabung der Zollverwaltung. In welchem Lande der Welt genieße sonst der Handel solche Freiheiten? Sei es da zu verwundern, daß Engländer und Angehörige anderer Nationen sich in Danzig in kurzer Zeit ein Vermögen erworben hätten?

Ausführlich erörtert der Magistratsherr die drei Vorschläge zur Verhandlung mit Preussen. Keiner derselben führe in Wahrheit zur Wiederherstellung der Handelsfreiheit, wie sie vor der Besitzergreifung Westpreussens gewesen. Direkt oder indirekt würde durch jeden der König von Preussen seinem Ziele entgegengeführt, Herr der Stadt und des polnischen Handels zu sein.

Um mit dem dritten Vorschlage zu beginnen — Preussen einen gewissen Anteil an den Zolleinkünften zu überlassen —, so scheine derselbe allerdings dem Könige von Preussen eine Beförderung des Danziger Handels zu einem Gebot seines eigenen Interesses zu machen. Aber seine ganze Handelspolitik gehe nur darauf aus, die Kasse des Königs zu füllen und jeden Gewinn Fremder am Handel auszuschliessen. Jederzeit müßte man auch gewärtig sein, daß er Änderungen, Erhöhung seines Anteils verlange, und wollte man dann einwenden, daß man andere Nationen nicht schädigen dürfe, so werde er sagen: „Meine Interessen müssen denen der Fremden vorangehen, wenn ihr nicht thut, was ich will, hier sind meine Soldaten!“ Worin sollte ferner die dem Könige von Preussen zu überlassende Quote bestehen? Die Zulage sei eine nur von den Bürgern erlegte, ganz ungleiche Abgabe, welche sogar mehrfach Jahre hindurch gar nicht erhoben worden sei. Vom Pfahlgeld aber gebühre die Hälfte dem Könige von Polen. Wollte man diese Hälfte fortan Preussen statt Polen zahlen, so wäre das nicht nur unerlaubt, sondern es läge darin auch die Anerkennung eines preussischen Hoheitsrechtes. Die andere Hälfte des Pfahlgeldes gebrauche die Stadt für ihren eigenen Bedarf, und wenn man selbst davon wieder die Hälfte dem Könige von Preussen geben wollte, was wäre eine Summe von 20 bis 25,000 Thalern für einen so großen Monarchen!

Was ferner den zweiten Vorschlag betreffe, die jährliche Zahlung einer bestimmten Summe, so könnten die Bürger von Danzig, denen ein gegebenes Wort heilig sei, eine solche Verpflichtung nicht eingehen. Sie würden, um eine solche Summe aufzubringen, auf die Einkünfte des Handels angewiesen sein. Aber wie unsicher seien diese. Schon betragen sie nur mehr die Hälfte von dem Belaufe früherer Jahre, und wenn der König von Preussen mit den für den Handel so schädlichen Maßregeln

fortfahre, so würden sie bald auf ein nichts reduziert sein. Er habe es ja sogar in der Hand, durch Bauten bei der Montauer Spitze die Weichsel und damit den gesamten Handel nach Elbing zu leiten.

Der erste Vorschlag endlich, einmalige Zahlung einer Summe, könne allerdings in Betracht kommen. Doch auch davon sei wenig Gutes zu erwarten. Bedenklich sei schon die darin liegende stillschweigende Anerkennung der Rechte des Königs von Preußen. Und sei einmal die Summe bezahlt, so müsse man sich auf neue Chikanen gefaßt machen. Die Freiheit des Handels hänge nicht allein von dem Besitz des Hafens und der Räumung der unrechtmäßig besetzten Teile Danziger Gebietes ab. Noch durch zahlreiche andere Umstände sei es dem Könige von Preußen in die Hand gegeben, dieselbe illusorisch zu machen.

So müßten denn eine Reihe von Punkten vorher sichergestellt sein, ehe an eine Unterhandlung zu denken sei, die Aussicht auf Erfolg haben sollte. Der Briefsteller fügte demgemäß ein von ihm entworfenes *Projet d'accommodement*¹ hinzu, welches er Mr. HARRIS mitgeteilt zu sehen wünschte. Von HARRIS' Antwort werde es abhängen, „auf welchem Fusse wir diesen ausgezeichneten Minister ersuchen könnten, die Verhandlungen zu beginnen.“ Unterdessen wolle man die Antwort aus Warschau abwarten.

„Aus dem, was ich Ihnen gesagt habe,“ so schließt der Brief, „können Sie ersehen, daß gegenwärtig der Magistrat nicht anders antworten konnte, als es geschehen ist. Es genügt für den Augenblick, daß Ihr Hof, Mr. HARRIS und Sie überzeugt sind, daß der Magistrat nichts sehnlicher wünscht, als sich mit Seiner Preussischen Majestät zu verständigen durch eine so großmütige und gerechte Vermittelung wie die Ihres Hofes, vorausgesetzt, daß dieses mit Sicherheit geschehe, gemäß den Grundsätzen der Lehns-treue, welche wir Seiner Polnischen Majestät schulden und auf dem Wege der Rechtschaffenheit und Ehre.“

HARRIS, der diesen Brief nach England übermittelte, drückte gleichzeitig sein Bedauern darüber aus, daß die Danziger Suf-

¹ Beilage zu CORRY'S Brief an SUFFOLK, 8. April 1773.

FOLKS Rat verworfen hätten. Ihre Einwürfe seien leicht zu widerlegen; ihre Befürchtung, daß Seine Preussische Majestät eine eingegangene Verpflichtung brechen werde, sei ganz grundlos, da das Wesen einer solchen Übereinkunft in wechselseitiger Garantie bestehe.¹

Es muß auffallen, daß, wie das mitgeteilte Schriftstück zeigt, die Danziger die Vorstellung hatten, daß ihre Verhandlung mit dem Könige von Preußen durch den englischen Gesandten in Berlin zu führen sei, daß eine englische Vermittelung den Konflikt beilegen solle. Weder in SUFFOLKS Brief an CORRY vom 9. März war eine derartige Willensäußerung der englischen Regierung enthalten, noch war HARRIS selbst in solchem Sinne instruiert worden. In allen den Briefen, welche am 9. März an die Vertreter Englands im Auslande ergingen, war im Gegenteil klar ausgesprochen, daß jetzt die Stadt selbst verhandeln solle. Es sei der direkteste und einfachste Weg, schrieb SUFFOLK an HARRIS. Und wenn es auch in demselben Schreiben hiess: „Sie werden natürlich alle guten Dienste leisten, die in Ihrer Macht stehen“, so kann nach allem doch nicht eine von HARRIS zu führende Vermittelung damit gemeint sein. Wird er doch angewiesen, aus dem der Stadt Danzig gegebenen Rate kein Geheimnis zu machen, wie SUFFOLK auch MALTZAHN gegenüber davon gesprochen habe. Ein solche Bemerkung wäre sinnlos, wenn HARRIS vielmehr beauftragt worden wäre, mit dem preussischen Hofe für die Stadt Danzig zu verhandeln. So klar und selbstverständlich dies alles zu sein scheint, so ist es gleichwohl nicht überflüssig, besonders darauf hinzuweisen. Denn die Sprache der Danziger in der folgenden Zeit — und schon in dem inhaltlich mitgeteilten Schriftstück — scheint von der Voraussetzung auszugehen, als sei ihnen die englische Vermittelung angeboten. Nichts anderes war aber von englischer Seite beabsichtigt als der Stadt Danzig mit gutem Rate zur Seite zu stehen betreffs einer Verhandlung, die sie selbst mit dem Könige von Preußen zu führen haben würde.

Schon jetzt und in der Folgezeit scheint es der Konsul

¹ HARRIS an SUFFOLK, 13. April 1773.

CORRY gewesen zu sein, der ohne jeden Auftrag auf eine englische Vermittelung in der Danziger Sache hinarbeitete. Er, der seit 20 Jahren selbst Handelsgeschäfte in Danzig betrieben und als britischer Konsul die kaufmännischen Interessen Englands daselbst gewahrt hatte, hatte durch die neuesten Verwickelungen die Bedeutung seiner Stellung urplötzlich beträchtlich wachsen sehen, sein sonst beschränkter Wirkungskreis war dem Getriebe der großen Politik nahegerückt, auf Grund seiner Berichterstattung nach London wurden die englischen Minister an fremden Höfen für ihr Verhalten instruiert, er hatte sie beständig über die Vorgänge in Danzig in Kenntniss zu halten. Wenn CORRY jetzt, schrieb ihm SUFFOLK, nicht nur mit kommerziellen, sondern ebenso sehr mit politischen Dingen sich zu befassen habe, so habe man das Vertrauen, daß er auch in diesen seine Geschicklichkeit zeigen werde. Wie CORRY selbst die höchste Genugthuung empfand über die Wichtigkeit der jetzt in seinen Händen ruhenden Geschäfte, so scheint es auch sein Bemühen gewesen zu sein, die Bedeutung seiner Stellung in Danzig recht zur Geltung zu bringen, indem er die Aussicht auf eine englische Vermittelung eröffnete. Eine kleine Episode,¹ welche sich Ende 1773 zutrug, zeigt uns die Eitelkeit dieses Mannes. Er meinte, daß seine Thätigkeit ihn zur Bekleidung einer höheren Würde als der eines Konsuls berechtere. Um dahin zu gelangen, wußte er sich die Ernennung zum Baron von Seiten des Königs von Polen zu verschaffen. Mit der Bitte um Anerkennung dieser Würde durch König GEORG III verband er nun ein Gesuch um die Ernennung zum Residenten. SUFFOLK aber schrieb zurück, es liege nicht in der Absicht des Königs, in Danzig einen Residenten zu halten, und da CORRY als Baron wohl nicht einfacher Konsul bleiben könne, so stehe die Ernennung eines Nachfolgers bevor. Um nur seine Stellung als Konsul nicht einbüßen zu müssen, wies jetzt CORRY die Baronswürde zurück, doch mußte er noch den Tadel des Staatssekretärs über sich ergehen lassen,

¹ CORRY an SUFFOLK, 12. Okt., 5. Nov., 21. Dez. 1773, 4. Febr. 1774. SUFFOLK an CORRY, 7. Dez. 1773, 18. Jan. 1774. SUFFOLK an WROUGHTON, 18. Jan. 1774. WROUGHTON an SUFFOLK, 22. Dez. 1773.

es sei neu, daß fremde Fürsten die Unterthanen Seiner Majestät für ihren Eifer im Dienste Großbritanniens belohnten, und ebenso neu, daß die Unterthanen Seiner Majestät von einem anderen als ihrem eigenen Souverän Belohnungen erwarteten, denn dieser wisse sicherlich am besten über ihre Verdienste zu urteilen. Auch Mr. WROUGHTON in Warschau, durch dessen Hände das Baronspatent CORRYs gegangen war, entging dem Tadel nicht.

Was nun die Art betrifft, wie CORRY sich der ihm unter dem 9. März 1773 zugegangenen Aufträge entledigt hatte, so scheint es, daß er schon in der mündlichen Mitteilung des Inhalts derselben ein wenig zu weit gegangen war. In dem in Danzig erhaltenen¹ Bericht darüber ist schon viel von Mr. HARRIS die Rede, dessen Name in SUFFOLKS Depesche kaum genannt war. HARRIS, heißt es, „solle sich bemühen zu bewirken, daß *durante negotiatione* der neue Zoll gänzlich suspendiert würde.“ Wenn die Stadt sich für einen der drei Vorschläge entschieden habe, fügte CORRY seiner Mitteilung hinzu, so solle sie die Verhandlung nicht selbst, sondern durch Herrn HARRIS führen.

Die Anfrage beim Warschauer Hofe verschob die Beschlussfassung der Danziger um einige Wochen, und auch als die sehr farblose Antwort des Königs STANISLAUS eingetroffen war, einigten sie sich nicht so bald.² Inzwischen hatte FRIEDRICH, durch die Veröffentlichung zweier Schriften zur Abwehr der preussischen Ansprüche auf den Danziger Hafen zum Zorn gereizt, mit den Erhebungen vor Danzig von neuem beginnen lassen. Am 7. Mai konnte CORRY endlich mitteilen, freilich noch nicht, daß die Danziger zu einem Beschlusse gekommen waren, aber daß eine geheime Kommission, aus Mitgliedern der drei Ordnungen bestehend, ernannt war, „um nicht nur über die gegenwärtige kritische Lage zu beraten, sondern um gleichfalls die ihnen vorgelegten drei Punkte der Vermittelung zu erörtern, einen darunter zu wählen oder selbst neue Vorschläge zu machen, um mit Seiner preussischen Majestät durch Mr. HARRIS unter britischer Vermittelung zu verhandeln.“ Gleichzeitig war CORRY ersucht

¹ DAMUS, Beilage 5, S. 181.

² CORRY an SUFFOLK, 16., 20., 27. April 1773.

worden, seiner Regierung eine schriftliche Erklärung des Danziger Magistrats vom 4. Mai 1773 zu übermitteln. Wenn es in dieser Erklärung heißt, daß der Magistrat „die so großmütig angebotene Vermittelung Seiner britanischen Majestät“ mit den Gefühlen tiefster Ehrerbietung, mit ebenso viel Freude wie Vertrauen annehme, so ist es ziemlich klar, daß der Urheber dieses „großmütigen“ Anerbietens kein anderer war als CORRY. Denn daß es in Wahrheit der englischen Regierung nicht in den Sinn gekommen war, eine Vermittelung anzubieten, zeigte ihr weiteres Verhalten, ja sie verwahrte sich ausdrücklich dagegen.

Inzwischen war nun die Lage der Dinge wesentlich dadurch verändert worden, daß jetzt von anderer Seite, vom russischen Hofe, eine Vermittelung zwischen Preußen und Danzig nicht nur wirklich angeboten worden, sondern daß der Vermittler in der Person eines Grafen GOLOWKIN bereits auf dem Plane erschienen war. Schon seit längerer Zeit waren zwischen Rußland und Preußen betreffs Danzigs Verhandlungen gepflogen worden,¹ als das endliche Resultat derselben ist vielleicht die Sendung GOLOWKINS zu betrachten, denn FRIEDRICH II. scheint mit derselben nicht unzufrieden gewesen zu sein. Etwa Anfang März² soll PANIN dem preussischen Gesandten Grafen SOLMS gegenüber von der Notwendigkeit gesprochen haben, einen solchen Stein des Anstoßes zu entfernen, wie Danzig es werden könne für die endgültige Regelung der Angelegenheiten Polens. Am 23. März konnte GUNNING aus Petersburg berichten, daß GOŁOWKIN in einer Woche entsendet werden solle; in Wahrheit verzögerte sich seine Abreise noch um einige Wochen, namentlich weil die vorher gewünschte Verständigung zwischen Preußen und Rußland nicht rasch genug zu erzielen war.³ Inzwischen gab PANIN GUNNING die stärksten Versicherungen, daß die Kaiserin von Rußland für die Freiheit des Danziger Hafens und der Schifffahrt auf der Weichsel Sorge tragen werde.

Als endlich am 5. Mai Graf GOLOWKIN in Danzig eintraf,

¹ REIMANN, I. 471.

² GUNNING an SUFFOLK, 5. März 1773.

³ Ders. an dens., 6., 9. April 1773.

kam ihm der Rat mit größtem Mißtrauen entgegen. Wenn es nicht gelungen war, vor seiner Ankunft die Verhandlungen unter englischer Vermittlung in Gang zu bringen,¹ so sprach jetzt der Magistrat in jener von CORRY seinem Hofe übersandten Erklärung zugleich den Wunsch aus, die von GOLOWKIN zu erwartenden Vorschläge der englischen Regierung zur Entscheidung vorlegen zu dürfen.

Außer dem Konsul CORRY, welcher, wie wir annehmen müssen, mit Überschreitung seiner Befugnisse eine englische Vermittlung in Aussicht stellte, wurden die Danziger noch von anderer Seite auf diesen Ausweg hingewiesen. Der französische Resident in Danzig teilte einem Mitgliede des Magistrats² die ihm vom Herzoge von AIGUILLON zugegangene Weisung mit, welche lautete: „Seine Allerchristlichste Majestät wünscht, daß er im geheimen den Häuptern des Magistrats zu verstehen gebe, daß der Rat Seiner Allerchristlichsten Majestät dahin gehe, sich sobald wie möglich mit dem Londoner Hofe zu verständigen, um unter Vermittlung desselben mit dem Könige von Preußen zu verhandeln. Die Stadt Danzig könne ihr Geschick ohne Gefahr gänzlich Seiner Britannischen Majestät anvertrauen und sich ganz auf die Großmut und Gerechtigkeitsliebe dieses hochherzigen Königs verlassen. Auch ist es sehr wahrscheinlich, daß nicht nur fast alle Höfe, sondern sogar eine oder zwei der Teilungsmächte gemeinsame Sache mit England machen würden in einer so gerechten Sache, an welcher alle handeltreibenden Mächte in so hohem Maße interessiert seien.“³ Wir kennen bereits die Stellung des Herzogs von AIGUILLON zur Teilung Polens, wir wissen, daß er eine gemeinsame Aktion der Westmächte anzubahnen bemüht war. In Übereinstimmung damit steht dieser den Danzigern gegebene Wink, der dazu führen mochte, England tiefer in die osteuropäischen Dinge hineinzuziehen und damit den Wünschen des französischen Ministers geneigter zu machen als bisher.

¹ Brief aus Danzig an CORRY, 3. Mai (Beilage zu HARRIS' Brief an SUFFOLK, 11. Mai 1773).

² Ebend.

³ Vgl. SAINT-PRIEST.

Von Seiten der Danziger aber werden wir es nur natürlich finden, wenn sie mit Eifer nach dem Rettungsanker griffen, der in der britischen Vermittelung sich ihnen zu bieten schien. „Wie eine hilflose Waise ihrem großmütigen Vormunde,“ so wollte sich die Stadt der Leitung des Königs von England überlassen.¹

Wie nun in Wahrheit in England niemals die Absicht bestanden hatte, eine Vermittlerrolle zwischen Danzig und Preußen zu übernehmen, so waren die gegenwärtigen Umstände am wenigsten dazu angethan, einen solchen Entschluß nachträglich herbeizuführen. Der preussische General LENTULUS hatte unlängst dem Danziger Residenten in Warschau den Unwillen seines Königs über das Verhalten der Stadt ausgedrückt. Er verlange jetzt ihre Unterwerfung und einzig die Kaiserin von Rußland würde ihn noch von dieser Forderung abzustehen und in Verhandlungen einzutreten vermögen können. Mit Ausnahme Rußlands solle sich keine Macht in die Danziger Angelegenheit mischen. Selbst HARRIS meinte, daß die Danziger durch ihr Bestehen auf der englischen Vermittelung nicht nur die guten Absichten der Zarin dämpfen, sondern auch den König von Preußen erzürnen würden, der niemals auf Vorstellungen zu Gunsten der Stadt hören würde, wenn sie nicht aus Rußland kämen.

In diesem Sinne entschied sich auch die englische Regierung. Man wolle bei der in den Depeschen vom 9. März zum Ausdruck gebrachten Stellungnahme verharren. In der ihm unter diesem Datum zugegangenen Weisung werde CORRY ausreichende Gründe zur Ablehnung der jetzt vorgeschlagenen Vermittelung finden. „Und ich bedaure wirklich“, schrieb SUFFOLK, „daß diese Gründe Sie nicht veranlaßt haben, die Idee sofort zu verwerfen, als sie Ihnen zuerst mitgeteilt wurde. Das hätte geschehen sollen, selbst wenn Sie die neu hinzukommenden Gegengründe nicht in Betracht zogen, nämlich die dem Handel aus längerer Verzögerung eines Abkommens erwachsenden Nachteile, die Unklugheit, welche darin liegt, die vom Könige von Preußen wiederholt gemachten Avancen unbeachtet zu lassen und endlich die Rücksicht, welche

¹ Brief an CORRY vom 3. Mai 1773.

man einem Gesandten schuldet, den der Petersburger Hof aus freien Stücken und ausgesprochener Maßen zum Zwecke der Vermittlung geschickt hat. Das letzterwähnte Motiv würde in der That für den König allein bestimmend sein, bei diesem Stadium der Angelegenheit sich nicht einzumischen, da unter solchen Umständen seine Intervention einen Mangel an Aufmerksamkeit gegen die Kaiserin von Rußland bedeuten würde.“ So solle denn CORRY das Anerbieten einer Vermittelung, da dieselbe schon in anderen Händen sei, in passenden und freundlichen Ausdrücken ablehnen und der Stadt zu maßvollem Verhalten raten, wie es zu einem schnellen Abschluß der Sache führen könne. Auch HARRIS, GUNNING und KEITH erhielten Mitteilung, daß man die Zumutung einer englischen Vermittelung abgewiesen habe. Ein so ehrenvolles Zeugnis für den Gerechtigkeitssinn des Königs dieses Vertrauen der Danziger sei, so könne er gleichwohl ihren Wünschen nicht entsprechen. Man habe aber von Rußland her befriedigende Versicherungen erhalten. Da SUFFOLK von CORRYS Anteil an dem Beschlusse nichts wufste, denselben vielmehr nur von Frankreich eingegeben glaubte, so schrieb er an HARRIS, er könne „nicht umhin zu bemerken, daß die Danziger, welche dieses Gesuch an den König in der Voraussetzung zu richten scheinen, daß die französischen Minister, als sie es ihnen empfahlen, freundliche und wohlwollende Absichten gegen alle Teile gehegt hätten, daß die Danziger dem Rat mit mehr Einfalt gefolgt sind, als er gegeben wurde.“

Mit dieser formellen Zurückweisnng einer Vermittelung war man lediglich den bisher befolgten Grundsätzen treu geblieben. Der König habe ja, schrieb SUFFOLK, eine unmittelbare Einmischung von Anfang an abgelehnt. Für die englische Politik galt es nun, mit Hülfe der ja nur aus Rücksicht auf England unternommenen russischen Vermittelung die eigenen Zwecke zu fördern.

VI.

Für England war kürzlich noch ein neuer Grund zur Zurückhaltung in der Danziger Frage hervorgetreten. Man sah sich plötzlich in einen Konflikt mit dem Könige von Preussen verwickelt. Es war FRIEDRICHS des Großen Scharfblick nicht entgangen, daß alle Schwierigkeiten, die ihm bei Danzig erwuchsen, eigentlich von England ausgingen, daß es nur dem künftigen Bundesgenossen zu Liebe geschah, wenn Rußland eine Verhandlung mit Preussen betreffs Danzigs anknüpfte und endlich seine Vermittelung anbot. Seinem Gesandten in Petersburg, dem Grafen SOLMS, schrieb FRIEDRICH im November 1772, er wisse wohl, daß die stärkste Behinderung seiner Pläne von England ausgehe, das für seinen Handel fürchte. Doch die Furcht sei unbegründet, weil er selbst am meisten durch Störung des Handels verlieren würde.¹ „Von allen Mächten“, schrieb er bald nachher,² „ist es nur England, welches mit höchst eifersüchtigen Blicken sieht, daß ich Herr des Hafens bleibe und welches die anderen am meisten gegen mich aufbringt.“ Wohl nach Empfang eines solchen Briefes war es dann, daß SOLMS eines Tages im Dez. 1772 GUNNING, noch ehe dieser mit PANIN gesprochen hatte, auf die Seite nahm, um ihn zu ersuchen, den englischen Konsul in Danzig zu verhindern, so wie er es thue, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Seine Preussische Majestät habe die beste Absicht, alles ins Reine zu bringen. Aber wie große Achtung er auch vor der Kaiserin von Rußland, seiner Verbündeten habe, so werde er doch weder ihr noch irgend jemandem sonst gestatten, sich in seine Angelegenheiten zu mischen.³

Da auch Holland eines Sinnes mit England schien, so bemühte sich FRIEDRICH, wenigstens die General-Staaten von Maßregeln zu Gunsten Danzigs abzuhalten. Er fragte um die Jahreswende 1772 den holländischen Gesandten VARELST, was man in Holland über die Dinge in Polen denke. Jener antwortete, man

¹ SMITT, FRÉDÉRIC II. et CATHARINE II., 181.

² Ebend. S. 191.

³ GUNNING an SUFFOLK, 3./14. Dez. 1772.

sei sehr besorgt für den Handel nach Danzig und auf der Weichsel und es würde ihn nicht überraschen, wenn er Auftrag erhalte, Seiner Majestät in dieser Sache freundschaftliche Vorstellungen zu machen. Der König antwortete kurz, das glaube er nicht, jeder habe ein Recht, in seinen Landen zu thun, was er wolle, an den geschehenen Anordnungen werde nichts geändert werden.¹ Wenn dann die General-Staaten trotz ihrer im Anfang gegebenen Versprechungen Englands Bemühungen fast garnicht unterstützten, so mag es nicht zum wenigsten aus Furcht vor Preußen geschehen sein. FRIEDRICH traf eben Vorbereitungen, um im Frühjahr eine Armee in Westfalen zu formieren. Mag damit eine Einschüchterung Hollands beabsichtigt gewesen sein oder nicht, der wehrlose Zustand des Landes hielt die Regierung von thätiger Mitwirkung zurück.²

Nicht so leichtes Spiel wie mit der Republik Holland, welche der dortige englische Gesandte eine gefallene Macht nannte, hatte FRIEDRICH den Engländern gegenüber. Um so ungelegener kamen ihm die von der englischen Regierung ergriffenen Maßregeln. Sein Gesandter in London, Graf MALTZAN, beklagte sich wiederholt über das feindselige Verhalten CORRYS; und da auch die nach Danzig Handel treibenden Kaufleute mit diesem nicht zufrieden waren, so ließ MALTZAN sie unter der Hand ermutigen, sich beim Staatssekretär über CORRY zu beschweren.³ FRIEDRICH war in dem Glauben befangen, daß England in der Danziger Frage mit Frankreich Hand in Hand gehe. Ja in seinen Aufzeichnungen über die Geschichte dieser Zeit bezeichnet er die Franzosen als diejenigen, durch deren Umtriebe die Engländer erst dazu gebracht worden seien, sich wegen Danzigs zu ereifern. Durch Frankreich aufgestachelt, brach der englische Zorn los und die Nation rief, der Danziger Hafen werde den englischen Handel zu Grunde richten. Im Grunde schienen ihm beide Mächte nur darauf auszugehen, zwischen Rußland und Preußen Zwietracht

¹ YORKE an SUFFOLK, 15. Jan. 1773.

² Korrespondenz zwischen YORKE und SUFFOLK, Dezember 1772 bis Februar 1773.

³ MALTZAN an FRIEDRICH, 1., 5. Jan. 1773. Geheimes Staatsarchiv.

zu säen, an der Frage wem der Danziger Hafen eigne, solle die Union der Ostmächte zu Schanden werden.¹

FRIEDRICH suchte denn seinerseits der Kaiserin von Rußland die Überzeugung beizubringen, daß es mit ihrer Würde nicht vereinbar sei, sich die diktatorische Sprache der Engländer gefallen zu lassen, oder jenen Vorschlägen Gehör zu schenken, welche, weit entfernt, Rußlands Interessen zu berücksichtigen, nur auf einen Bruch zwischen Rußland und Preußen hinzielten.²

Um aber dem vermeintlichen Zusammengehen der Westmächte entgegenzuwirken, mußte MALTZAN die englische Eifersucht gegen Frankreich rege zu machen suchen.³ Und als der Gesandte berichtete, daß er im Sinne seines Auftrages einen Streit zwischen der französischen Regierung und der englisch-ostindischen Kompanie zu benutzen versuche, um die Aufmerksamkeit des englischen Ministeriums von der Danziger Frage abzulenken, da hatte er den vollen Beifall seines Herrn. Sie auf ihre eigenen Angelegenheiten zu beschränken, sei die beste Art, schrieb FRIEDRICH, „um uns diese vorlauten Schreier vom Halse zu schaffen.“⁴

Wir wissen bereits, daß gleichwohl die Engländer nicht aufhörten, sich für den Danziger Streitfall zu interessieren. Sie blieben auch dabei, den Danziger Standpunkt als den besser begründeten zu betrachten, und fuhren fort, sich für das Recht der Stadt beim Petersburger Hofe zu verwenden. Als MALTZAN dem Staatssekretär ROCHFORD die Deduktion überreicht hatte, welche Preußens Recht auf den Hafen und die Zölle von Danzig darthun sollte, soll derselbe zu den Gesandten anderer Höfe später geäußert haben, er werde sich nicht die Mühe nehmen, sie zu lesen — „ich denke mir, aus Furcht überzeugt zu werden,“ fügte MALTZAN seinem Berichte hinzu. Als ROCHFORD später von

¹ *Memoires de 1763 jusqu'à 1775.* (Oeuvres VI. 55.)

² HARRIS an SUFFOLK, 27. Februar 1773.

³ FRIEDRICH an MALTZAN, 8. Jan. 1773. Ähnlich frühere Weisungen an MALTZANS Vertreter JEANNERET DE DUNILAC. Geh. Staatsarchiv.

⁴ MALTZAN, 2. Febr. FRIEDRICH an MALTZAN, 15. Febr. 1773. Geheim. Staatsarchiv.

MALTZAN nach der Ansicht des englischen Ministeriums hinsichtlich der Deduktion befragt wurde, antwortete er „ganz naiv“, er habe sie nicht gelesen, weil die Sache nicht zu seinem Departement gehöre.¹

FRIEDRICH der Große war auf's höchste über Englands Verhalten erbittert, das er als einen Eingriff in seine Rechte betrachtete. Der Herzog VON SUFFOLK, schrieb er, müsse wissen, daß es ihm nicht zukomme, sich in eine Angelegenheit zu mischen, in der die Souveräne keinen Spafs verständen.² Durch SOLMS in Petersburg erhielt er Abschriften der zwischen PANIN und GUNNING gewechselten Noten;³ er fand in denselben einen zu starken Angriff gegen seine Unabhängigkeit, um sie ruhigen Blutes ansehen zu können. „Meine persönliche Ehre,“ schrieb er MALTZAN,⁴ „ist zu sehr dabei im Spiele, als daß ich unempfindlich dagegen sein könnte. Fährt dieser Hof fort, mir gegenüber in derselben Weise vorzugehen wie bisher, so kann ich nur die wohlüberlegte Absicht darin erblicken, sich vorsätzlich mit mir zu überwerfen. Ich bin nun durchaus entschlossen und will Sie schon im voraus darüber verständigen, daß falls der englische Hof seine beleidigende Haltung nicht aufgibt, ich Ihnen unverweilt den Befehl zugehen lassen werde, plötzlich und ohne Abschied London zu verlassen.“ Dieser Entschluß, heißt es weiter, sei fest und unerschütterlich, diese Insulaner sollten nicht länger ihr Spiel mit ihm treiben dürfen und MALTZAN solle sich bereit halten, jeden Augenblick des Königs Befehl auszuführen.⁵ „Übrigens,“ so schließt das Reskript, „werden mir meine Verbündeten beistehen, umsomehr als wir einander gegenseitig unsere neuen Erwerbungen und alle damit verbundenen Rechte garantiert haben. Gerade diesen Punkt können Sie ohne Umstände gelegentlich hervorheben, damit sie

¹ MALTZAN, 23., 26. Febr. 1773. Geheim. Staatsarchiv. ROCHFORD hatte im *Foreign Office* das Departement des Südens inne.

² FRIEDRICH an MALTZAN, 14. Jan. 1773. Geheim. Staatsarchiv.

³ Vgl. oben S. 40 und 48.

⁴ 22. Febr. 1773. Geheim. Staatsarchiv.

⁵ Dieser Befehl, sich zur Abreise bereit zu halten, ist also schon am 22. Febr. ergangen, nicht erst am 21. März, wie es bei REIMANN, I. 471 erscheint.

einsehen, welche Einigkeit auch in dieser Beziehung unter den drei Höfen herrscht.“ Eine eigenhändige Nachschrift des Königs setzte noch die Worte hinzu: „Dieses Orakel ist sicherer als das des KALCHAS.“

Wenn FRIEDRICH also entschlossen war, in nichts nachzugeben, „sich um die Mißgunst oder Freundschaft Englands gleich wenig zu bekümmern und ruhig seines Weges zu gehen“, ¹ so konnte er auch die Möglichkeit nicht außer Acht lassen, daß ein feindlicher Zusammenstoß mit England die Folge dieses Verhaltens sein könne. FRIEDRICH fürchtete einen Krieg mit der britischen Macht nicht. Er werde ihn mit Festigkeit erwarten, schrieb er MALTZAN, und „ich bin völlig bereit sie zu empfangen.“ ² Aber gleichzeitig fügte er hinzu, daß er diesen Fall nicht für wahrscheinlich halte und auch MALTZAN bestärkte den König in dieser Auffassung, indem er schrieb, trotz der in London herrschenden üblen Stimmung dürfe er gegen die Danziger verfahren, wie es ihm beliebe; bis zu offenem Widerstande werde England es nicht treiben. ³

So konnte denn FRIEDRICH alle Schonung bei Seite lassen. Dem Grafen MALTZAN befahl er, von den Vorbereitungen für eine plötzliche Abreise zu sprechen, ⁴ sein König sei durchaus willens, sich mit der Stadt Danzig zu vertragen, aber, so soll MALTZAN sagen, er könne versichern, niemals werde es durch die Vermittelung des englischen Hofes geschehen. Was würde man in England dazu sagen, wenn der König von Preußen sich in die Angelegenheiten Irlands mischen wollte? „Sagen Sie diesen Leuten dort“, heißt es in einer Nachschrift des Königs vom

¹ FRIEDRICH an MALTZAN, 14. Jan. 1773. Geheim. Staatsarchiv.

² 28. Jan. 1773. Geh. Staatsarchiv. Welchen Sinn FRIEDRICH mit diesen Worten verband, ist schwer anzugeben. Er mag an einen Angriff auf Hannover gedacht haben und ferner, wenn er auch der englischen Seemacht nichts entgegenzustellen hatte, so hätten doch wohl Kaperschiffe unter preussischer Flagge dem britischen Handel empfindlichen Schaden zufügen können.

³ MALTZAN, 19. Febr. 1773.

⁴ FRIEDRICH an MALTZAN, 11., 15., 18. März 1773. Geheimes Staatsarchiv.

18. März, „daß ich unumschränkter Herrscher in Preußen zu sein beanspruche, wie der König von Frankreich es in Rouen oder in Bordeaux ist; wollen sie das nicht anerkennen, so wird das Schwert zwischen uns entscheiden.“¹

Graf MALTZAN entschloß sich auf Grund dieser Befehle, eine Auseinandersetzung mit dem englischen Hofe zu suchen, in der, wie er meinte, die Entscheidung fallen mußte, ob England die beabsichtigte Vermittelung aufgeben oder es zum Bruche mit Preußen kommen lassen wolle. Den letzteren Fall hielt er nicht für wahrscheinlich; sollte er aber finden, daß die englische Regierung ernstere Absichten habe, so wollte er London verlassen.²

MALTZAN scheint den Wunsch gehabt zu haben, mit seinem Schritte ein gewisses Aufsehen zu erregen; aber auch um die englischen Minister vorzubereiten geschah es, daß er in seinem Hause alles zur Abreise rüsten ließ, dann den russischen Gesandten benachrichtigte, daß er ermächtigt sei, sich zurückzuziehen, falls das englische Ministerium nicht zu bewegen sei, sich von der Danziger Angelegenheit fernzuhalten. Er sprach zugleich den Wunsch aus, POUSCHKIN möge SUFFOLK durch einige Zeilen vorbereiten.³ Wirklich erhielt der Staatssekretär am 3. April durch den russischen Gesandten die Mitteilung,⁴ daß Graf MALTZAN ihn um eine Konferenz zur Erörterung der Danziger Frage ersuchen werde. POUSCHKIN fürchte, daß MALTZAN demnächst den Befehl erhalten werde, den Londoner Hof zu verlassen. Alsbald verbreitete sich das Gerücht, daß ein Krieg zwischen England und Preußen bevorstehe. Auch als am 4. April MALTZAN und SUFFOLK bei Hofe zusammentrafen, sprach der letztere in einem so stolzen Tone, daß MALTZAN selbst an eine ernste Wendung glauben mußte. Indem der Staats-

¹ *vous direz à ces gens de là bas, que je prétends être aussi Souverain en Prusse que le Roi de France l'est à Rouen ou à Bordeaux; que, s'ils n'en tombent pas d'accord, c'est au fer à décider notre querelle.*

² MALTZAN, 20. März 1773. Geh. Staatsarchiv.

³ MALTZAN, 6. April 1773. Geh. Staatsarchiv.

⁴ MOUSSIN-POUSCHKIN an SUFFOLK, 3. April, 6 Uhr.

sekretär den folgenden Tag für die Konferenz bestimmte, sprach er die Hoffnung aus, MALTZAN werde nichts vorbringen, was ihm beleidigend sein müsse. Ihre Unterhaltung werde sehr kurz sein, denn er wisse, was seinem Hofe gezieme.¹

In der bedeutungsvollen Konferenz vom 5. April² begann Graf MALTZAN die Unterredung mit dem Hinweis auf die Aufmerksamkeit, die er SUFFOLK stets bewiesen, auf seine Bemühungen zur Erhaltung des guten Einvernehmens, und sprach den Wunsch aus, um alle üblen Folgen zu vermeiden, die Absichten der Engländer betreffs einer Unterhandlung über die Danziger Angelegenheiten kennen zu lernen. SUFFOLK erwiderte, jener kenne die Lage der Dinge schon aufs genaueste und sei auch mit allen von englischer Seite geschehenen Schritten bekannt. Falls aber seinem Gedächtnisse etwas entschwunden sein sollte, so wolle er alles noch einmal wiederholen. SUFFOLK benutzte diese Gelegenheit, um noch einmal das englische Verfahren dem preussischen Gesandten gegenüber ins rechte Licht zu setzen, namentlich die CORRY geschickten Instruktionen, die Stadt zur Unterhandlung zu bewegen. Nach dieser Darlegung fragte er MALTZAN, ob er aus sich selbst oder auf Befehl seines Hofes handle. Die Antwort war, es geschehe aus seinem eigenen Wunsche heraus, unangenehme Folgen zu vermeiden, denn der König, sein Herr, werde keinem auswärtigen Hofe gestatten, sich in seine Streitigkeiten mit der Stadt Danzig zu mischen oder in denselben zu vermitteln. Darum wünsche er zu wissen, wie weit England in dieser Sache gehen werde.³ Auf diese herausfordernde Frage gab Lord SUFFOLK die würdige Antwort, er gehe in diesem wie in jedem anderen Staatsgeschäft so weit, wie es durch die Ehre und das Interesse des Königs, seines Herrn, geboten sei. Es sei, fügte er hinzu, in dieser wie in jeder anderen Sache

¹ MALTZAN, 6. April 1773. Geh. Staatsarchiv.

² Quellen für das folgende: *Minute of what passed between Lord Suffolk and Count Maltzan*. Duke Street, April 5th 1773. SUFFOLKS Briefe aus der nächsten Zeit an HARRIS, KEITH, YORKE, GUNNING. — MALTZANS Bericht vom 6. April 1773. Geh. Staatsarchiv.

³ *the bounds we set to our conduct in that business.*

nicht möglich, im voraus zu sagen, welche Maßregeln die Umstände erforderlich machen könnten. Warum denn aber MALTZAN glaube, daß die schon ergriffenen Maßregeln geändert werden würden? „Ich für mein Teil,“ sagte SUFFOLK, „hoffe, daß der König von Preußen und die Stadt Danzig beide ihr Interesse so sehr in freundschaftlicher Beilegung ihres Streites finden werden, daß eine Einigung leicht sein wird.“ Er hoffe dasselbe, erwiderte MALTZAN, aber er wünsche zu wissen, was England nachher thun werde, denn jede Einmischung könne eine ernste Lage schaffen und müsse Seiner Preussischen Majestät höchst ungelegen sein. Jetzt sagte SUFFOLK, da MALTZAN auf die Beantwortung dieser Frage so sehr dringe, so müsse er (SUFFOLK) auch die seinige wiederholen, nämlich ob er im Auftrage seines Hofes oder aus sich selbst handle.

Als dann MALTZAN mit Zögern zugestand, daß es im Auftrage geschehe, bat ihn SUFFOLK um seine Zustimmung, um den Inhalt der Unterredung zu Papier bringen zu dürfen. Der Staatssekretär schloß dann die Konferenz mit der Erklärung, er habe sowohl in amtlicher Eigenschaft wie als Privatmann immer die gebührende Hochachtung vor dem Könige von Preußen gehabt; es liege ihm auch fern, irgend einem Verfahren bloß deshalb den Vorzug zu geben, weil es ihm am unangenehmsten sei, noch auch wolle er überhaupt in irgend einer Weise eine Mißstimmung erzeugen. Aber weder bei dieser noch irgend einer anderen Gelegenheit werde er eine Erklärung abgeben, durch die er sich die Hände binde und nachher nicht mehr Freiheit habe, nach Maßgabe der Umstände zu handeln. Er könne daher MALTZANS Verlangen nicht entsprechen. Denn wenn er einerseits den Wunsch ausspreche, die in Frage stehenden Streitigkeiten durch eine Verhandlung zwischen Preußen und Danzig beigelegt zu sehen, so müsse er andererseits den Grafen MALTZAN noch einmal versichern, daß er in jeder Sache so weit gehe, wie die Ehre und das Interesse seines Souveräns es erforderten. Mit der Höflichkeitsphrase, es möge ihm noch die Versicherung gestattet sein, daß die persönliche Hochachtung und die guten Wünsche, die er für den Grafen MALTZAN hege, ohne Grenzen seien, beendete Lord SUFFOLK die Unterredung.

MALTZAN war in einer eigentümlichen Lage. So voller Zorn gegen England die Weisungen seines Königs auch waren, so war doch ein wirklicher Befehl, bestimmte Erklärungen zu verlangen und es dabei auch auf einen Bruch mit England ankommen zu lassen, bisher nicht erfolgt. Wenn MALTZAN an den Staatssekretär die Frage stellte, wie weit England gehen werde, und erklärte, daß er damit den Befehl seines Herrn ausführe, so war dies eine Unwahrheit. Einen solchen Befehl hatte FRIEDRICH nicht gegeben. MALTZAN scheint erwartet zu haben, daß das englische Ministerium sich in allem gefügig zeigen werde, sobald er mit der Abreise drohen würde. Dann durfte er auch auf den Beifall seines Königs rechnen. Jetzt war aber SUFFOLK fest geblieben, und MALTZAN hätte, wenn er nicht lächerlich erscheinen wollte, den englischen Hof verlassen müssen. Wirklich las man am Morgen nach der Konferenz des 5. April in den Londoner Zeitungen eine Aufforderung des Grafen MALTZAN an seine Gläubiger, ihre Forderungen einzureichen, eine Maßregel, die nicht anders als auf seine bevorstehende Abreise zu deuten war. Am folgenden Tage hieß es in der Zeitung, er habe London verlassen und den Weg nach Dover eingeschlagen. Am 8. tauchte er ebenso plötzlich wieder auf, wie er vorher verschwunden war, und kam in vierspännigem Reisewagen zur Konferenz beim Staatssekretär Lord ROCHFORD. Dieser empfing ihn, da man in London den Bruch mit Preußen bereits eingetreten geglaubt, mit sichtlicher Freude.¹

MALTZANS Stellung am englischen Hofe hatte durch den ganzen Zwischenfall gewiß keine Stärkung erfahren. Sein Verhalten bildete einige Zeit hindurch den allgemeinen Gesprächsgegenstand, auch die Zeitungen beschäftigten sich eifrig mit der Person des preussischen Gesandten, und meistens zog man den Schluß, daß er ohne Auftrag gehandelt habe; Gerüchte von seiner bevorstehenden Abberufung wurden damit in Verbindung gebracht. Als bald verbreitete sich auch die Ansicht, daß MALTZANS persönliches Interesse sein Verhalten bestimmt habe. Aus sicherster Quelle wußte Lord SUFFOLK, daß MALTZAN tief im Börsenspiel

¹ MALTZAN, 9. April 1773. Geh. Staatsarchiv.

verwickelt war; ja er kannte die Personen, die dieser dabei beschäftigte, und glaubte ihm den schweren Vorwurf machen zu müssen, daß er die Wohlfahrt Englands und Preussens aufs Spiel setze, um einen persönlichen Vorteil dadurch zu gewinnen.¹ „Seine Schritte und Gegenschritte“, schrieb SUFFOLK an die Gesandten im Auslande, „seine Gerüchte und Insinuationen sind alle einem Motive zuzuschreiben, das zu offenkundig ist, um es nennen zu müssen. Ich fürchte, die Unsitte, am Börsenspiel sich zu beteiligen, ist in letzter Zeit im diplomatischen Korps allzu sehr eingerissen; aber es weiß sich, glaube ich, niemand eines Falles zu erinnern, wo diese verwerfliche Praxis so offen und unverhüllt am Tage lag.“

Diese Anschuldigungen, welche auch in den Zeitungen offenen Ausdruck fanden, waren in der That nicht grundlos, soviel Entüstung Graf MALTZAN anfänglich darüber auch bezeugte. Schon 1772 waren seine Vermögensverhältnisse zerrüttet² und daß er in Fonds spekulierte, hat er später selbst zugegeben. Vor und nach der Konferenz mit SUFFOLK war aber sein Benehmen so ersichtlich darauf gerichtet, Aufsehen zu erregen, daß auch wir heute nicht umhin können, an jene ihm schuldgegebenen unlauteren Nebenabsichten zu glauben.

Acht Tage nach der Konferenz sprach er in einer Depesche an FRIEDRICH sein Bedauern darüber aus, daß er diesen Schritt gethan habe;³ denn inzwischen war eine Weisung an ihn gelangt, derzufolge MALTZAN es vorläufig vermeiden sollte, die englischen Minister zu sehen. Unter dem 20. April schreibt er, er sei von den heftigsten Gewissensbissen heimgesucht, und demütig bittet er, der König möge ihn nicht verleugnen, da sonst sein Ruf vernichtet sein würde. Gleichzeitig spricht er den Wunsch aus, baldmöglichst für seine „Gesundheit“ eine Reise nach Aachen unternehmen zu dürfen. FRIEDRICH hatte MALTZANS Verhalten, dessen Beweggründe er nicht ganz durchschaute, keineswegs miß-

¹ SUFFOLK an HARRIS, 6., 9. April, an YORKE, 13. April und ebenso an KEITH und GUNNING.

² Vgl. seine Berichte aus dem Jahre 1772. Geh. Staatsarchiv.

³ MALTZAN, 13. April. Geh. Staatsarchiv.

billigt; die Reise nach Aachen aber, schrieb er,¹ könne nicht eher erfolgen, bis man in der Danziger Sache klar sehe. Doch schon am 10. Mai — Graf GOLOWKIN war inzwischen in Danzig eingetroffen — schrieb FRIEDRICH, MALTZAN möge reisen, wann er wolle. Eine Woche später erbat dieser in einem Privatbriefe an den König seine Abberufung. Offenbar hatte auch FRIEDRICH inzwischen von seiner Lage Kenntniss erhalten und MALTZAN sah seine Stellung erschüttert. Wollte der König ihm auf seinem Posten zu bleiben gestatten, so bittet er, ihm durch die Berliner Bank 10,000 Thaler anweisen zu lassen, um seine in den Fondsgeschäften erlittenen Verluste decken zu können, da die Gläubiger dringend zu werden beginnen. — Die Bank könne ihm nicht helfen, lautete des Königs Bescheid,² falls er aber auf seiner Abberufung bestehe, so solle sie erfolgen, sobald FRIEDRICH von einer Reise nach Preussen, die er eben antrat, zurückgekehrt sei. MALTZAN aber zog es vor, nachdem er einen Teil des Sommers auf dem Kontinent verbracht, mit Erlaubnis des Königs auf seinen Posten nach London zurückzukehren.³

Schon mit jener Unterredung vom 5. April hatte der englisch preussische Konflikt seinen Höhepunkt erreicht. Auf englischer Seite hatte man umsoweniger Veranlassung in die Danziger Angelegenheit thätig einzugreifen, als bald die Kaiserin KATHARINA mit der Sendung des Grafen GOLOWKIN die Vermittelung übernahm. Wir brauchen darum die Ablehnung einer Vermittelung von englischer Seite auch nicht als eine Folge jenes Konfliktes zu betrachten. Auf der anderen Seite that FRIEDRICH der Grosse keinen weiteren Schritt, der zu einem Bruche mit England hätte führen können. Möglich auch, daß, wie Mr. HARRIS meinte, die entschlossene Haltung in den nordischen Dingen, die Ausrüstung einer Flotte von Seiten Großbritanniens ihm einen höheren Begriff von dem Gewicht des Inselstaates in europäischen

¹ FRIEDRICH an MALTZAN, 29. April 1773. Geh. Staatsarchiv.

² FRIEDRICH an MALTZAN, 31. Mai 1773. Geh. Staatsarchiv.

³ JEANNERET (preussischer Gesandtschaftssekretär in London) 13. Juli 1773. Geh. Staatsarchiv. — HARRIS an SUFFOLK, 10. Juli 1773. *Secret and separate.*

Angelegenheiten gegeben hat. MALTZAN aber blieb allen Gerüchten von seiner Abberufung zum Trotz preussischer Gesandter in London.¹

VII.

Mit höchstem Mißtrauen hatten die Danziger der russischen Vermittelung entgegengesehen. Von der Kaiserin KATHARINA, hieß es, sei nichts Gutes zu erwarten, da sie ganz unter preussischem Einflusse stehe. Man wollte nur dem Könige von England trauen,² und nachdem die englische Vermittelung verweigert war, hielt man es selbst nach GOLOWKINS Ankunft noch für möglich, wenigstens eine Kooperation Englands und Rußlands zu erwirken: „ein eitler Wunsch“, wie HARRIS damals schrieb.³ Die trüben Erwartungen der Danziger wurden durch die Eröffnung der Verhandlungen mit GOLOWKIN — wir brauchen dieselben nicht in allen Einzelheiten zu verfolgen — gerechtfertigt. Er begann damit, den Danzigern in ministerieller Form die Unzufriedenheit seiner Herrin auszudrücken „über die Anmaßung des Magistrats, die darin liege, daß derselbe eine doppelte Abgabe auf den Handel lege, und über die respektwidrige Verdrehung des Rechtes Seiner Preussischen Majestät, das zu thun, was er gethan habe.“⁴ Gleichzeitig versprach er, daß die Kaiserin die Garantie beobachten werde, „soweit dies mit den Rechten eines dritten vereinbar sei.“ Schon PANIN hatte GUNNING gegenüber in ähnlichen Worten die Stellung Rußlands zur Danziger Frage ausgedrückt.⁵ Dabei riet GOLOWKIN der Stadt dringend, die Vorschläge des Königs von Preußen nicht zu verwerfen, sondern in eine gütliche Verhandlung mit ihm einzutreten.⁶ Die Antwort

¹ HARRIS an SUFFOLK, 8. Mai, 10. Juli. *Secret and separate.*

² SUFFOLK an GUNNING, 25. Mai 1773.

³ HARRIS an SUFFOLK, 5. Juni 1773.

⁴ Graf GOLOWKIN an die Stadt Danzig, 11. Mai 1773.

⁵ Vgl. DAMUS, S. 49.

⁶ Was FRIEDRICH als das mutmaßliche Ergebnis der russischen Vermittelung betrachtete, ergibt sich aus seinem Reskript an MALTZAN vom

des Magistrates lautete, man habe keine anderen Abgaben in der Stadt verlangt, als solche, „die seit dem Jahre 1585 regelmässig in Danzig erhoben seien, mehrfach verliehen durch die Könige von Polen, bestätigt und garantiert durch die verstorbene Kaiserin ANNA im Jahre 1736, desgleichen durch die regierende Kaiserin im Jahre 1767.“ Sie flehte man an um Verwendung zu Gunsten Danzigs. Wenn man auch sonst gesehen habe, schrieb Lord SUFFOLK, daß die Danziger bessere Kaufleute als Politiker seien, so sei doch diese Antwort sehr glücklich gewählt.¹ Und so wenig verheißungsvoll dieser Anfang erschien, so sollte GUNNING sich gleichwohl hüten, ein Mißtrauen in die Absichten der Kaiserin zu verraten. Den Grafen PANIN sollte er auf die Notwendigkeit hinweisen, daß nicht nur der Handel von Danzig, sondern auch die freie Schifffahrt auf der Weichsel erhalten bleibe. Der König habe einen Anspruch auf Rußlands Dankbarkeit für den wesentlichen Dienst, den er ihm noch jüngst geleistet habe.

Es sei mir gestattet, mit einem Worte darauf hinzuweisen, worin dieser von England der russischen Kaiserin geleistete Dienst bestand.

Das Jahr 1772 hatte neben der Teilung Polens noch ein anderes Ereignis gezeitigt, das fast im selben Maße alle Gemüter beschäftigte. GUSTAV III. von Schweden führte durch seinen Staatsstreich vom 19. August 1772 den Plan aus, dessen Verwirklichung sich ein Vierteljahrhundert vorher als unmöglich erwiesen hatte. Schweden hatte eine starke Regierungsgewalt erhalten und schien dadurch vor dem Schicksal Polens, das auch ihm gedroht hatte, gerettet. Wenn aber Rußland seit der Zeit PETERS des Großen, wie in Polen, so in Schweden das schwache Regiment und die Herrschaft der Parteien zu erhalten gesucht hatte, so konnte jetzt KATHARINA die geschehene Veränderung nicht ruhig hinnehmen. So war die seit Menschenaltern schwebende nordische Frage über Nacht brennend geworden, ja sie

5. April 1773, in dem es heißt: „*notre accord se fera de manière que cette ville sera rétablie dans la possession de ce port, contre une redevance annuelle, pour soutenir mes droits incontestables.*“ Geh. Staatsarchiv.

¹ SUFFOLK an GUNNING, 4. Juni 1773.

schien jetzt auf die eine oder andere Weise ihre endgültige Lösung finden zu sollen.¹ Auch der Gang der polnischen Dinge, und namentlich die Stellung der Mächte zu denselben, ist durch die schwedische Angelegenheit wesentlich beeinflusst worden. Wenn Österreich, England und Frankreich über den Einfluß des Königs von Preußen in Petersburg klagten, so war die in der That weitgehende Rücksicht der Kaiserin KATHARINA auf FRIEDRICHS Wünsche dem Umstande zuzuschreiben, daß Preußen die russischen Absichten gegen Schweden zu begünstigen schien.²

Der Plan der Kaiserin, wie PANIN selbst ihn am 25. September dem englischen Gesandten mitteilte,³ ging darauf hinaus, — nicht, wie es 1748 hieß, Schweden „ohne vieles Warnen in der Geschwindigkeit mit Krieg zu überziehen“, sondern zunächst den Winter über Gleichgültigkeit gegen die Revolution in Schweden zu heucheln, mit dem Beginne des Frühjahrs aber in die Aktion zu treten. Dann sollte eine starke russische Armee in Finnland stehen, um den zu ergreifenden diplomatischen Schritten Nachdruck zu verleihen, Dänemark würde 15000 Norweger an die schwedische Grenze werfen und von Seeland aus einen Einfall in Schonen drohen, Preußen endlich, auf das Rußland zählen könne, würde Schwedisch-Pommern besetzen. Wenn dann der König von England — auch ihm war in dem russischen Anschläge eine Rolle zugebracht — Dänemark entweder mit Geld unterstützen oder eine Flotte zum Schutze dieses Königreiches ausrüsten wolle, so wäre Rußlands fernerer Rat, daß die vier Höfe in einer

¹ Für den folgenden Überblick sind die einschlägigen Acten im *Record Office* zu Grunde gelegt. Dieselben dürften bei einer eingehenden Darstellung nicht übergangen werden. Für sein Werk „Die nordische Frage in den Jahren 1746—1751“ hat R. DANIELSON die englischen Akten wohl benutzt, aber wie mir scheint, in nicht ganz ausreichendem Maße. Vgl. meine Besprechung in der „*English Historical Review*“ vom Januar 1889, S. 183. 1772—73 war aber die Haltung Englands fast noch wichtiger als sie es 1748—1749 gewesen war.

² Zur Aufrechterhaltung der 1720 in Schweden eingeführten Verfassung hatte sich FRIEDRICH durch seinen Vertrag mit Rußland verpflichtet. Vgl. *Memoires de 1763 jusqu'à 1775* (Oeuvres VI. 49).

³ GUNNING an SUFFOLK, 14./25. Sept. 1772. SBORNIK, XIX. 321. Vgl. REIMANN, I. 467.

gemeinsamen Erklärung an Schweden die Forderung stellen sollten, die alte Verfassung vom Jahre 1720 wiederhergestellt zu sehen. Nur damit könne man sich zufrieden geben.

Als SUFFOLK GUNNINGS Mitteilung dieses Planes beantwortete, hatte eben FRIEDRICH der Große seine Maßregeln gegen Danzig getroffen, durch die das Interesse des englischen Handels geschädigt war. Hätte jetzt England eine wirksame Unterstützung des russischen Planes versprochen, so wäre Rußland seinerseits sicherlich bereit gewesen, Englands Interesse an der Weichsel wahrzunehmen. Gleichwohl war dies nicht der Weg, den die englische Politik einschlug. Inbezug auf die Danziger Frage erhielt GUNNING, wie wir uns erinnern, unter dem 30. Oktober allgemeine, unter dem 22. Dezember 1772 bestimmtere Weisungen zugesandt. Auf den gegen Schweden gerichteten Plan war die englische Regierung aber keineswegs einzugehen geneigt. PANINS Zuversicht, daß das Ganze vollführt werden könnte, ohne daß ein Schwert aus der Scheide gezogen würde, teilte man in England nicht. Schweden allein werde allerdings einer solchen Liga gegenüber machtlos sein. Aber werde Frankreich, das sich die schwedische Revolution so viel habe kosten lassen, ruhig zusehen? Der Madrider Hof stehe zu Frankreich und auch das Bündnis mit Österreich sei nicht so gelockert, wie man in Rußland glaube. Wie werde vollends Österreich eine Besitzergreifung von Schwedisch-Pommern ruhig geschehen lassen? Ein allgemeiner europäischer Krieg würde nach Lord SUFFOLKS Ansicht die Folge dieses Planes sein, den PANIN sich deshalb lieber noch einmal überlegen solle. Als man bald erfuhr, daß Dänemark seine Mitwirkung nur für den Fall zugesagt habe, daß England einverstanden sei, da schien die Entscheidung beim Hofe von ST. JAMES zu liegen. Doch die Frage erhielt eine neue Bedeutung, als es hieß, GUSTAV III selbst werde Norwegen angreifen. Für diesen Fall sagte nun England dem Könige von Dänemark seine Unterstützung zu. So wirkte die englische Politik in der nordischen Frage durchaus im Sinne des Friedens. Der Winter verging ohne Störung der Ruhe im Norden. Um so weniger schien auch im Frühjahr 1773 Rußland an einen Angriff auf Schweden denken zu können, als der Krieg mit der Pforte von neuem entbrannt

war; der Friedens-Kongreß von Fokschan war, wohl namentlich durch französische Umtriebe, aufgelöst worden. Und doch trat im März 1773 eine Krisis ein. Der Herzog von AIGUILLON, der Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs, behauptete, bestimmte Nachricht zu haben, daß Rußland angreifen wolle. Wenn das geschehe, stellte er dem englischen Botschafter Lord STORMONT vor, so werde Frankreich zur Unterstützung des ihm verbündeten Schwedens eine Flotte in die Ostsee schicken. Was er wünschte war, daß England dies geschehen lasse. STORMONT aber, der für diesen Fall genau instruiert war, erklärte mit Bestimmtheit, dann werde auch eine englische Flotte in die Ostsee segeln.¹ Noch wollte D'AIGUILLON an Englands Entschlossenheit nicht glauben und schritt zur Ausrüstung einer Flotte. Gar zu gern hätte er den Ruhm davongetragen, unbehelligt durch die britische Seemacht eine Flotte in die Ostsee entsandt zu haben. Doch England blieb fest. Im November 1772, ehe STORMONT nach Paris ging, hatte SUFFOLK ihm geschrieben, der Wunsch des Königs die Ruhe in Europa zu erhalten, sei allbekannt, es scheine aber, als ob derselbe von einigen Mächten mißverstanden werde, welche nun glaubten, alles wagen zu dürfen, ohne den Zorn Großbritanniens fürchten zu müssen. Diese Vorstellung sei so falsch wie gefährlich. Denn so wenig man gesonnen sei, sich in einen Krieg zu stürzen, in dem viel zu verlieren und nichts zu gewinnen sei, so wenig könne man auf der anderen Seite von den Grundsätzen nationaler Ehre abweichen. So erfolgte denn im April 1773 eine Flottenausrüstung auch von englischer Seite. Das mochte D'AIGUILLON nicht erwartet haben, Frankreich gab jetzt seine Rüstungen auf und infolge davon auch England. In London hatte dieses Mal die Entscheidung über Krieg und Frieden Europas gelegen, durch die feste Haltung des britischen Kabinetts war der Friede erhalten worden. Das Ansehen Großbritanniens war durch diese Vorgänge erheblich gesteigert worden.² KATHARINA II

¹ STORMONT an ROCHFORD, 31. März 1773. *Private*.

² Wir wollen nicht unterlassen, an dieser Stelle auch auf eine geheime englisch-französische Verhandlung hinzuweisen, die in einem eigentümlichen Gegensatze zur Haltung des offiziellen England steht. Im April 1773 kam

aber, welche abermals ganz durch den Türkenkrieg in Anspruch genommen war und an Feindseligkeiten gegen Schweden nicht denken konnte, folgte den Vorstellungen Englands — auch FRIEDRICH der Große hatte zur Erhaltung des Friedens gemahnt — und floß über von Beteuerungen ihrer friedlichen Absichten in bezug auf den König von Schweden. Auch dieser störte den Frieden nicht.

Wenn anders die Entsendung einer französischen Flotte in die Ostsee eine ernste Gefahr für Rußland in sich geschlossen hätte, so hatte jetzt England, das jenen Schritt Frankreichs verhindert hatte, sicherlich einen Anspruch auf russische Dankbarkeit. In einer den englischen Wünschen entsprechenden Behandlung der Danziger Frage — wir nehmen nach dieser Abschweifung den Faden unserer Erzählung wieder auf — sollte Rußland den Dankeszoll abtragen.

Die Entscheidung über die Danziger Frage lag jetzt vor allem in Petersburg. Was hier zwischen GUNNING und PANIN verhandelt wurde, ist in dieser Beziehung wichtiger als die Vorgänge in Danzig selbst.

Eben im Sommer 1773 hatte Prinz ORLOW, der unlängst an den Hof zurückgekehrt war, eine starke Stellung gewonnen. Auch SALDERN galt viel bei der Kaiserin. Sie selbst war den Danzigern günstig gesinnt, doch stand sie den Dingen ziemlich fern. GOLOWKIN hatte Auftrag erhalten, sich in seinen Berichten

ein gewisser MARTANGE, ein Vertrauter d'AIGUILLONS, nach London und unterhandelte daselbst hinter dem Rücken des Grafen GUINES mit dem Staatssekretär ROCHFORD. Dieser soll seiner persönlichen Sympathie mit der französischen Politik in der nordischen Frage Ausdruck gegeben, aber hinzugesetzt haben, daß man gleichwohl der nationalen Eifersucht Rechnung tragen müsse. Und wenn also Frankreich eine Flotte in die Ostsee schicke, müsse England ein Gleiches thun. In diesem Falle aber, so soll ROCHFORD gesagt haben, würde er aus tiefster Seele wünschen, daß die englische Flotte geschlagen würde. Wir brauchen nicht zu entscheiden, wie viel von dieser Erzählung, die BROGLIE (*Le secret du roi*, II. 416 ff.) nach den Papieren MARTANGES mitteilt, der Wahrheit entspricht; auch von einer Erörterung des abenteuerlichen Planes, den ROCHFORD und MARTANGE mit einander erwogen haben sollen, dürfen wir absehen. Die Vorgänge auf der politischen Bühne sind im Grunde von diesem Spiele hinter den Kulissen wenig berührt worden.

direkt an sie zu wenden; trotzdem schrieb GUNNING am 29. Juni, es scheine ihm sehr zweifelhaft, ob sie zur Stunde schon einen einzigen von GOLOWKINS Berichten zu Gesicht bekommen habe. PANIN sprach GUNNING gegenüber stets mit größter Erbitterung von den Danzigern. Denn diese kamen immer wieder darauf zurück, daß sie das Recht Preussens auf den Hafen nicht anerkennen könnten, und so scheiterte jede Verhandlung, zu der FRIEDRICH sonst bereit gewesen wäre. Schon früher, sagte PANIN, habe Rußland sich über die Danziger zu beklagen gehabt, sie, die jetzt die Frechheit hätten, dieselben Zölle wie der König von Preußen zu erheben, und die Verwegenheit, der Einmischung der Kaiserin von Rußland nicht die geringste Beachtung zu schenken. Sie seien „eine Rotte gemeiner, widerspenstiger, verblendeter Kaufleute, die für ihre Anmaßung gezüchtigt zu werden verdienten“.¹ Nach solchen Unterredungen schrieb GUNNING wohl, der König von Preußen herrsche in Petersburg und treibe nach Gefallen sein Spiel, da er jetzt auch den Kaiser im selben Netze gefangen habe wie Rußland.² Dennoch scheint GOLOWKIN bis Ende Juli 1773 heimlich mehr nach SALDERNS als PANINS Weisungen gehandelt zu haben, denn wir hören, daß er die Danziger in ihrem Widerstande bestärkte und die Entscheidung zu verzögern wünschte.³ SALDERN selbst soll den Danzigern durch ihren Residenten in Petersburg geraten haben, auf die preussischen Anerbietungen nicht einzugehen, sondern an dem Vertrauen festzuhalten, daß die Kaiserin sie zuletzt wirksam unterstützen werde. Als Lord SUFFOLK davon hörte, gab er GUNNING die Weisung, wenn eine geeignete Gelegenheit sich biete, SALDERN mitzuteilen, er solle Beweise von der Freigebigkeit König GEORGS erhalten, wenn es ihm gelinge, des Königs

¹ GUNNING, $\frac{21. \text{ Juni}}{2. \text{ Juli}}$ 1773.

² GUNNING, $\frac{26. \text{ Juni}}{7. \text{ Juli}}$ 1773. SBORNIK, XIX. 367.

³ DAMUS, S. 53. Inbezug auf das allgemeine Verhalten gegen Polen wollte damals auch PANIN selbst Schonung walten lassen. Vgl. seine Instruktion für STACKELBERG in Warschau bei SSOLOWJOFF, Geschichte des Falles von Polen. Deutsch von SPÖRER, Gotha 1866, S. 149.

von Preußen Ansprüche zu vereiteln.¹ Aber als diese Weisung nach Petersburg kam, war es zu spät, schon waren bestimmte Instruktionen an GOLOWKIN ergangen. GUNNING bemerkte, wenn er sich früher zur Anwendung eines solchen Mittels befugt geglaubt hätte, so hätte dasselbe von großem Nutzen sein können. So aber machte der preussische Gesandte „von einem Argumente Gebrauch, das ich nicht widerlegen konnte, es bestand in 8000 Dukaten.“ Auch die Danziger, meinte GUNNING, hätten besser gethan, diese Art Rhetorik in Anwendung zu bringen als sich in nutzlosen Klagen zu ergehen.

Am 1. Juli hatte PANIN GUNNING mitgeteilt,² daß an GOLOWKIN die Weisung geschickt sei, eine kategorische Antwort von der Stadt zu verlangen. GOLOWKIN selbst erzählte den Deputierten des Rates, er habe einen Verweis erhalten, „weil er mit der Stadt trop mollement umgegangen.“ Seine Haltung war fortan kaum mehr diejenige eines Vermittlers, er trat rückhaltlos für den preussischen Standpunkt ein. Am Petersburger Hofe war PANINS Wille durchgedrungen. Zwar versicherte Prinz ORLOW noch Mitte Juli dem englischen Gesandten, daß er sich auf seine guten Dienste verlassen könne,³ doch wenige Tage darauf erfuhr GUNNING, daß die Kaiserin bei der Auffassung beharre, daß der Danziger Hafen dem Könige von Preußen gehöre.⁴

Bei der Mitteilung von GOLOWKINS Instruktion hatte PANIN gleichwohl hinzugesetzt, daß wie immer die Antwort der Danziger beschaffen sein möge, die Kaiserin Sorge tragen werde, daß die Freiheit des polnischen Handels unter entsprechender Garantie gesichert werde. So hatte er eine im Grunde richtige Vorstellung von dem, worauf es den Engländern eigentlich ankam — fast eine richtigere Vorstellung als selbst Mr. GUNNING. Denn dieser sah einen verhängnisvollen Irrtum PANINS darin,⁵ wenn dieser

¹ SUFFOLK an GUNNING, 6. Aug. 1773. *Most secret.*

² GUNNING an SUFFOLK, $\frac{21. \text{ Juni}}{2. \text{ Juli}}$ 1773.

³ GUNNING, 5./16. Juli.

⁴ GUNNING, 9./20. Juli.

⁵ GUNNING, $\frac{21. \text{ Juni}}{2. \text{ Juli}}$ 1773.

es für gleichgültig halte, wem der Hafen gehöre, ob der Stadt oder dem Könige von Preußen. SUFFOLK aber belehrte ihn eines Besseren. „Es ist gewiß wahr“, schrieb er,¹ „daß die Freiheit dieses Handels in hohem Maße mit der Freiheit und Unabhängigkeit der Stadt Danzig zusammenhängt. Aber ich kann mir die Freiheit des Handels auch gesichert denken, selbst, wenn die Danziger sich in vielen ihrer Wünsche getäuscht sehen sollten.“ In diesem Sinne sei wohl PANINS Andeutung zu verstehen. Wir erinnern uns,² daß schon in jener Depesche SUFFOLKS an CORRY vom 9. März 1773 auf die Möglichkeit hingewiesen war, daß die Handelsfreiheit auf Kosten der Unabhängigkeit der Stadt gesichert werden könnte. Um eine solche Lösung zu vermeiden, war damals die selbständige Unterhandlung mit Preußen angeraten worden. Jetzt, wo die Danziger an dem alten Standpunkt festhielten, der eine Verständigung ausschloß, schien jene Voraussagung sich erfüllen zu müssen.

Lord SUFFOLK selbst griff PANINS Andeutungen mit Eifer auf. Auf diese Weise werde für die britischen Kaufleute eine Lage geschaffen, mit der sie zufrieden sein könnten. GUNNING sollte eine genauere Erklärung erbitten und zu erfahren suchen, wie PANIN sich eine solche Sicherheit des Handels vorstelle. Je mehr er über die Sache nachdenke, setzte der Staatssekretär hinzu, umso mehr komme er zu der Überzeugung, daß nur die Höfe von Petersburg und Wien dieselbe führen könnten. Denn ohne Anerkennung der polnischen Erwerbungen sei eine Verhandlung mit Preußen nicht möglich, König GEORG könne aber diese Anerkennung nicht aussprechen.

Noch rückhaltloser legte SUFFOLK in einem Briefe an Sir ROBERT KEITH in Wien seine Ansicht dar.³ Abgesehen von Recht und Billigkeit sei es für England gleichgültig, in wessen Händen der Danziger Hafen sei und wem die Zölle bezahlt würden. „Und wäre das Gedeihen unseres Handels das einzige Ziel, so wäre es vielleicht kein unkluger Wunsch, die Angelegen-

¹ SUFFOLK an GUNNING, 30. Juli 1773.

² Vgl. oben S. 47 ff.

³ SUFFOLK an KEITH, 23. Juli 1773.

heit durch die gänzliche Unterwerfung der Danziger gelöst zu sehen. Denn dann würde das Interesse (und darum der Wille) Seiner Preussischen Majestät dahin gehen, den Handel in seiner Freiheit zu lassen.“

Als GUNNING in der anbefohlenen Weise sich abermals mit PANNIN unterredete,¹ anerkannte dieser, daß England einen gerechten Anspruch auf Rußlands Verwendung habe und bat GUNNING, jede Besorgnis seines Hofes zu zerstreuen. „Er wolle mir,“ berichtet GUNNING, „sein Wort und seine Ehre verpfänden, daß die Angelegenheit in einem Zeitraum von drei Wochen beendet sein werde und Vorkehrungen für die Sicherheit unseres Handels getroffen, die uns zufriedenstellen würden. Sein Hof werde in bindendster Form die zu treffende Vereinbarung garantieren. Im Vertrauen wollte er mir mitteilen, daß dieser Punkt bereits durch die drei Höfe erörtert sei und mit den übrigen polnischen Angelegenheiten gemeinsam geregelt werden solle.“ Der Handel werde eher gefördert als geschädigt werden, die lange Verzögerung falle lediglich den Danzigern zur Last, welche bis vor kurzem sich darauf beschränkt hätten, durch Privatbriefe die Kaiserin für sich zu interessieren. Nun, da sie sich in ihren Erwartungen getäuscht sähen, hätten sie ihr Verhalten geändert. Lord SUFFOLK erwiderte nach Empfang dieses Berichtes nur, es werde sich bald zeigen, was von PANINS feierlichen Versicherungen zu halten sei.

Gleichwohl vergingen Wochen und Monate, ohne daß die Dinge in Danzig wesentlich von der Stelle rückten. Die Danziger fuhren fort, die Territorialherrschaft Preussens inbezug auf den Hafen zu leugnen, REICHARDT beharrte bei der Forderung einer jährlichen Zahlung von 100,000 Dukaten oder Überlassung von $\frac{3}{5}$ der Einkünfte des Hafens an FRIEDRICH,² GOLOWKIN gab scharfe Erklärungen ab im Sinne der preussischen Ansprüche, PANIN fuhr fort Versprechungen zu machen.

Am 21. Oktober 1773 hatte Lord SUFFOLK eine Konferenz

¹ GUNNING an SUFFOLK, 13./24. Aug. 1773.

² GUNNING, 12./23. Nov. 1773. CORRY, 3. Sept. 1773.

mit dem Grafen MALTZAN,¹ in welcher dieser selbst den englischen Minister mit den Bedingungen bekannt machte, unter denen Preußen zu einem Abkommen mit Danzig bereit sei. FRIEDRICH glaubte wohl, daß wenn er England zur Gutheißung seiner Bedingungen bewegen könnte, die Sache schneller erledigt sein würde, da sodann die Danziger von keiner Seite mehr auf Unterstützung zu hoffen hatten.² Die besagten Bedingungen sollten sein:

„Der König von Preußen als Herr des Gebietes von Oliva, auf dem die Danziger ihren Hafen angelegt haben, überläßt ihnen die Benutzung desselben. Sie erhalten die Einkünfte des Hafens, der König von Preußen behält sich eine jährliche Rente vor, die ihm von Rechtswegen zukommt, weil sie bisher dem Könige von Polen als Herrn des Hafens gezahlt worden ist.

„Der König von Preußen betrachtet die Danziger als Herren und unabhängig in ihrem Gebiete.

„Er wird die Zölle an der Weichsel weder vermehren noch vermindern, sodaß sie alle Freiheiten genießen, auf die sie billiger Weise Anspruch erheben können.“

MALTZAN fügte dieser Mitteilung hinzu, Seine Preussische Majestät werde in keinem Punkte von diesen Bedingungen abgehen. Obgleich SUFFOLK eine Lösung, wie sie in denselben enthalten war, für keineswegs ungünstig hielt, so gab er doch keine andere Antwort, als daß er dem Könige Mitteilung machen wolle. Er fürchtete, daß von einer zustimmenden Antwort ein übler Gebrauch gemacht werden könnte.

Aus den angegebenen Bedingungen scheint zu folgen, daß die Danziger im Falle der Annahme dem Könige von Polen fortan keine Abgabe mehr zu zahlen gehabt hätten. Denn die bisher gezahlte Abgabe — die Hälfte des Pfahlgeldes — war hier so gedeutet, als ob er sie als Eigentümer des Hafens

¹ SUFFOLK an GUNNING, 22. Okt. 1773. MALTZAN, 22. Okt. 1773 (Geh. Staatsarchiv.)

² SUFFOLKS Annahme, FRIEDRICH wolle mit einer zustimmenden Antwort Englands vor Rußland hintreten, scheint nicht richtig zu sein. Denn seine Vermutung, daß FRIEDRICH auf Schwierigkeiten von Seiten des russischen Hofes stöße, traf damals nicht mehr zu.

empfangen habe, sodaß sie fortan dem Könige von Preußen gebühre. Dennoch kann dies nicht die Meinung gewesen sein, denn als seine Vermutung spricht GUNNING es aus, daß in diesem Falle die Danziger die Bedingungen wohl annehmen würden.¹

Der Standpunkt der Danziger war Ende des Jahres 1773, daß sie bereit gewesen wären, eine große Abfindungssumme ein für alle Mal zu zahlen.² In eine jährliche Zahlung wollten sie nicht willigen, weil sie dadurch in Abhängigkeit von Preußen zu geraten meinten. GUNNING drängte PANIN zur Befürwortung des Danziger Standpunktes. PANIN aber hielt eine solche für unmöglich, weil FRIEDRICH II. so sehr aufgebracht sei.

Abermals ging ein Winter zu Ende, ohne daß eine Einigung in der Danziger Frage erzielt war.³ CORY hatte keinerlei Verhandlungen zu führen. Der einzige Dienst, den er den Danzigern leistete, bestand darin, daß er ein Bittgesuch an die russische Regierung durch GUNNING an seine Adresse gelangen ließ. Die englischen Vertreter erscheinen hier — da man von einer direkten Verständigung mit GOLOWKIN so weit entfernt war — wie Vermittler zwischen Danzig und Rußland, dem offiziellen Vermittler zwischen der Stadt und dem Könige von Preußen. In dem Depeschenwechsel zwischen dem Earl of SUFFOLK und Sir ROBERT GUNNING — derselbe war im Jahre 1773 in den Adelsstand erhoben worden — findet sich die Danziger Angelegenheit erst im März 1774 wieder erwähnt.

Doch in Danzig war schon vorher ein bedeutsames Ereignis eingetreten. Am 11. Februar 1774, nach Ankunft eines Kuriers aus Petersburg, ließ Graf GOLOWKIN die Deputierten des Magistrats zu sich bitten und verlas ihnen eine von PANIN unterzeichnete Depesche vom 6. Februar a. St. des folgenden Inhalts: „Ihre Kaiserliche Majestät ist sehr erzürnt über die Hartnäckig-

¹ GUNNING, 12./23. Nov. *Separate*.

² Freilich scheinen sie auch dies nicht formell angeboten zu haben. GUNNING, 8./19. April 1774.

³ „On oubliä le port de Danzig jusqu'à l'année 1774“ sagt FRIEDRICH der Große in seinen Memoiren (Oeuvres VI. 56) und bringt die lange Hinzögerung mit den Verhältnissen in Rußland in Verbindung.

keit der Stadt. Nachdem Ihre Kaiserliche Majestät, der König von Polen und Österreich das Recht des Königs von Preussen auf den Hafen¹ anerkannt haben, kann die Kaiserin ihr schriftlich gegebenes Wort nicht zurückziehen. Es ist darum unumgänglich notwendig, daß die Stadt das Territorialrecht Seiner Preussischen Majestät anerkenne. Sobald sie es gethan haben wird, wird die Kaiserin Sorge tragen, daß die Freiheit des Handels auf dem alten Fusse wiederhergestellt werde. Wenn aber die Stadt sich weigert, das Territorialrecht Seiner Preussischen Majestät auf den Hafen anzuerkennen, so wird alsdann die Kaiserin ihre Vermittelung zurückziehen, wird die Stadt ihrem Schicksale überlassen und sich nicht weiter in ihre Angelegenheiten mischen. Übrigens bemerkt die Kaiserin sehr wohl, daß die Stadt darauf ausgeht, durch ihre Sophismen Rußland mit Preussen zu überwerfen; sie sollte in der Folge davon abstehen, denn wenn dieser Fall einträte, so würde sie selbst das Opfer eines solchen Zerwürfnisses werden.“² Die bestürzten Deputierten brachten die Einwendung vor, wie denn die Kaiserin die Freiheit des Danziger Handels herstellen könne, nachdem die Stadt durch die verlangte Anerkennung ihren Hafen an Preussen abgetreten hätte. Um Zeit zu gewinnen, griffen sie dann zu einer Ausflucht und erklärten wieder, den König von Polen vor einer so wichtigen Entscheidung befragen zu müssen. GOLOWKIN bemerkte, dem stehe nichts im Wege, aber er verlangte den Brief zu sehen, den man dem Könige schreiben würde. Um dies zu vermeiden, zogen die Danziger es vor, ihren Residenten in Warschau zu beauftragen, die Sache mündlich mit dem Könige zu besprechen.³

Mit großem Unwillen vernahm man am englischen Hofe

¹ Es heisst freilich: *le droit du port*, nicht *sur le port*, der Sinn kann aber doch kein anderer sein als der im Text gegebenen. Man möchte sonst an ein allgemeines Hafenrecht denken. Vgl. S. 45.

² Auffällig ist es, daß DAMUS nach den Danziger Quellen von GOLOWKINS Erklärung nichts berichtet.

³ Brief einer Magistratsperson an CORRY, 14. Febr. 1774. Vgl. auch GUNNING an SUFFOLK, $\frac{21. \text{ Febr.}}{4. \text{ März}}$ 1774.

die Kunde von diesem Schritte des russischen Vermittlers. „Ich bin begierig zu hören“, schrieb SUFFOLK an GUNNING,¹ „ob dies die Meinung war, als PANIN es auf sich nahm, daß der Danziger Streit bald zur Befriedigung Großbritanniens beigelegt sein sollte.“ So unbillig und so lächerlich sei dieses Verlangen der Anerkennung — wenn doch anders eine Überlassung des Hafens an die Stadt bona fide beabsichtigt sei — daß hoffentlich der Petersburger Hof nicht darauf bestehen werde. In diesem Sinne mußte GUNNING auf PANIN zu wirken suchen.

PANIN bemühte sich,² der Sache ein harmloseres Ansehen zu geben. GUNNING und der englische Hof müßten falsch berichtet sein. Nur aus Rücksicht auf England habe der russische Hof Danzig nicht schon ganz aufgegeben. Von englischer Seite aber habe man in dieser ganzen Sache einen Mangel an Vertrauen zur Kaiserin verraten. Frankreich habe Nutzen davon gezogen und Gerüchte von einem Zusammengehen der Westmächte verbreitet. Wenn auch PANIN selbst, als GUNNING dies alles zurückwies, an solche Gerüchte nie geglaubt haben wollte, so thäten sie doch, bemerkte er, in Danzig und anderswo ihre Wirkung. CORY habe ein besonderes Interesse daran, den Magistrat zu ermutigen und seinem Hofe falsche Berichte zuzuschicken. PANIN machte nun eine Mitteilung, welche er GUNNING bat, weder CORY noch die Stadt wissen zu lassen. „Sie bestand darin, daß die Kaiserin infolge ihrer freimütigen Erklärung an Seine Preussische Majestät, daß sie mit Rücksicht auf das Interesse, welches sowohl sie selbst, wie auch Großbritannien am Handel habe, nicht gestatten würde, daß irgend eine für denselben nachteilige Veränderung eingeführt werde, von ihm mit seiner Unterschrift die feierlichsten Versicherungen erlangt habe, daß keine Veränderung versucht werden solle, weder inbezug auf den Handel, noch die Stadt Danzig betreffend; daß, wenn der König von Preußen nicht dächte, es thue seiner Würde Abbruch, auf die er wie alle anderen Fürsten mit Recht halte, er dieselben Versicherungen unserem Hofe³ gegenüber

¹ 11. März 1774.

² GUNNING an SUFFOLK, 8./19. April 1774.

³ d. h. dem englischen Hofe.

wiederholt haben würde.“ PANIN bat deshalb, man möge keine Befürchtungen mehr für das Schicksal von Danzig hegen, sondern sich darauf verlassen, daß die Kaiserin seine Freiheit und den Handel Polens sichern werde.

Wenn nach der Erklärung GOLOWKINS vom 11. Februar 1774 doch eigentlich alles beim alten geblieben, die Entscheidung hinausgeschoben war, so stellte er der Stadt am Sonnabend den 21. Mai¹ eine zweite Erklärung zu, in der eine sofortige Entscheidung verlangt wurde. Der Inhalt war nur eine Wiederholung derjenigen vom 11. Februar, nur in der Sprache noch schärfer, noch zorniger. Die Würde der Kaiserin ist verletzt durch die Hartnäckigkeit der Stadt, welche vergiftet, was sie ist, und welche sich durch unheilvolle Ratschläge leiten läßt, um eine große Rolle zu spielen, indem sie Zwietracht zwischen den Großmächten zu stiften sucht. Die Kaiserin habe sich gnädig genug erwiesen, indem sie dem Könige von Preußen vorgestellt habe, daß die Stadt durch die für den Hafen aufgewendeten Kosten sich ein gewisses Anrecht auf denselben erworben habe. Aber dieses Recht müsse dem des Königs nachstehen, und nur indem sie dieses anerkenne, könne die Stadt sich die Benutzung des Hafens sichern. Wolle die Stadt, so schloß das Schriftstück, nach diesen Grundsätzen verhandeln, „so werde ich auch ferner Vermittler sein und ihr dienen als Beauftragter einer Herrscherin, welche sich nur gegen ihren Willen von einem Felde zurückziehen würde, wo sie das Übel verhindern kann. Ist aber ihre Verblendung so groß, daß sie diese Ermahnung nicht befolgt, so erkläre ich, daß mein Geschäft zu Ende ist, daß die Kaiserin, meine Herrin, die Stadt sich selbst überlassen und daß dieselbe von ihr weder Vermittelung noch Schutz fernerhin zu erwarten haben wird.“ Spätestens am Freitag, also 6 Tage später, fügte GOLOWKIN bei Überreichung der Erklärung hinzu, müsse die Antwort erfolgen, auch könne er keine andere Antwort als Ja oder Nein entgegennehmen. Die Erhebung der Zölle aber müsse augenblicklich aufhören.

¹ Das Datum des 24. Mai bei DAMUS 57 ist unrichtig. CORRY, 24. Mai nebst Beilagen.

Es war ein Ultimatum in aller Form, auf die eine oder andere Weise mußte jetzt eine Entscheidung erfolgen. Die Deputierten selbst rieten jetzt zur Nachgiebigkeit,¹ schon war eine Anerkennungsschrift ausgearbeitet: das Widerstreben der Bevölkerung und die zweifelhafte Haltung des Rates — mit Recht hat man ihm die schwerste Schuld beigemessen² — hat es zu einer Verständigung nicht kommen lassen. Als REICHARDT durch GOLOWKIN die Danziger Antwort erhielt, welche gleichwohl nur als eine aufschiebende, nicht als eine ablehnende erscheinen sollte, verließ er mit dem Residenten TIETZ die Stadt, die Beziehungen mit Preußen waren abgebrochen. Auch GOLOWKIN kehrte nach Petersburg zurück, um seiner Herrin über das Geschehene zu berichten.³

Dieses Äußerste hatte nur geschehen können, erst dann hatten Preußen und Rußland alle Rücksicht fahren lassen, als sie keine Schritte mehr von Seiten Englands zu Gunsten der Stadt Danzig zu gewärtigen hatten, als Englands besondere Interessen hinlänglich gewahrt schienen. Unter dem Datum des 11. Mai 1774 war in Berlin ein Edikt erschienen, welches den Verkehr englischer Waren in preussischen Landen zu regeln bestimmt war. Gemäß demselben war den englischen Schiffen „als denen freundschaftlichsten unter allen Seefahrenden Nationen zu begegnen.“ Die den Engländern gewährten Vergünstigungen sollten, wie ausdrücklich gesagt war, in einiger Hinsicht größer sein als die den Holländern und Hamburgern gewährten, in anderer den gleich, welche preussische Unterthanen genossen. Für unsere Betrachtung am wichtigsten ist dasjenige, was über den englischen Handel in Danzig und auf der Weichsel bestimmt war. Die betreffenden Abschnitte lauten:

. . . . „weil der mehreste Englische Handel nach Pohlen über Danzig und der Weichsel betrieben worden;

¹ Vgl. DAMUS 57 ff.

² Nach CORRY (17. Juni 1774) träfe die dritte Ordnung die Hauptschuld, der Rat habe zur Anerkennung geraten. Der König riet, dieselbe zu verweigern, doch traf seine Antwort in Danzig erst ein, als REICHARDT schon abgereist war.

³ Vgl. *Memoires de 1763 jusqu'à 1775* (Oeuvres VI. 68/69).

„So befehlen Wir hierbey auf das nachdrücklichste, daß die solchergestalt Seewärts nach Pohlen einkommende Englische Waaren, von welcher Art und Eigenschaft sie auch seyn mögen, nur den Toback und Salz ausgenommen, garkeinen Transito geben, noch auch mit einigerley neuen Abgabe, außer denenjenigen belegt werden sollen, welche zu denen Pohnischen Zeiten bereits verordnet gewesen sind.

„Was auch in specie den Zoll zu Fordan¹ auf der Weichsel betrifft, so soll selbiger nach eben denen Principiis, die der² Pohnische Tarif- und Zoll-Ordnung festgesetzt hat, fernerhin bey denen Englischen Waaren sein Verbleiben haben, insbesondere aber hierbey darauf gesehen werden, daß sothane Waaren nicht über ihren würeklichen Werth, sondern der Wahrheit gemäß zur Verzollung von denen Bedienten taxiret und angeschlagen werden.“

Der britische Handel sollte also in den neuerworbenen preussischen Gebieten ebenso gestellt sein, wie er es zur Zeit der polnischen Herrschaft gewesen.

In England gab man sich allerdings den Anschein, als ob mit diesem Edikt keineswegs alles erfüllt sei, was man beanspruchen dürfe. Wenn PANIN von diesen preussischen Concessionen als der Einlösung seiner betreffs Danzigs gegebenen Versprechungen rede, so sollte GUNNING in kühlem Tone antworten und zu verstehen geben, daß man es in England nicht so ansehe.³

In Wahrheit war doch aber jetzt das Interesse des britischen Handels so weit gewahrt, daß die englische Politik sich fortan in die Streitigkeiten zwischen Preußen und Danzig nicht mehr mischte.⁴ Was SUFFOLK schon am 9. März 1773 für den Fall, daß Danzig nicht mit Preußen verhandeln wolle, vorausgesagt hatte, war eingetroffen. Englands Interessen in Danzig waren unabhängig von der allgemeinen Danziger Frage gesichert worden.

¹ *sic.*

² *sic.*

³ SUFFOLK an GUNNING, 3. Juni 1774. Ähnlich SUFFOLK an BARNIER (in Stellvertretung für HARRIS in Berlin) 3. Juni 1774.

⁴ Freilich wurde auch schon bald über Verletzung des Edikts geklagt. CORRY, 16. Aug., 13. Sept. 1774.

FRIEDRICH der Große hatte der englischen Verwendung für Danzig auf die wirksamste Weise den Boden entzogen.

Mit dem resultatlosen Verlauf der russischen Vermittelung und mit dem Erlaß des preussischen Edikts vom 11. Mai 1774 war nicht mehr die Rede von einem Handeln Englands in der Danziger Frage im besonderen und in den polnischen Dingen im allgemeinen. Der Vorteil Großbritanniens war, so gut es möglich schien, gewahrt und damit trat man von diesen Angelegenheiten zurück. Was Polen betreffe, so schrieb der Earl of SUFFOLK am 23. August 1774, so seien die Dinge schon zu weit vorge-schritten, als dass an der Thatsache der Teilung noch etwas zu ändern sei.¹

Ein kurzer Rückblick zeigt uns Englands schwache und schwankende Haltung in der polnischen Frage.

Gewiß ist es kein verwerflicher Grundsatz, daß ein Staat sich um Dinge nicht zu kümmern brauche, die ihm fernliegen, nicht verpflichtet sein könne, zu handeln, wo seine Interessen nicht in Frage kommen. Die englische Regierung ging aber nicht mit Konsequenz zu Werke. Auf der einen Seite ließ sie den Dingen ihren Lauf, verschloß ihr Ohr den Bitten des unglücklichen Polen-volkes und den Bündnisanträgen Frankreichs, bemerkte mit Befriedigung, daß nicht auf Grund irgend eines Vertrages englische Hülfe beansprucht werden konnte,² auf der anderen Seite schielte sie nach Rußland hinüber, ob doch am Ende der Dreibund der Ostmächte gesprengt werden könnte, und die neuen Land-erwerbungen, die sie ihnen von Herzen mißgönnte, noch rück-gängig zu machen wären. England vermied eine Anerkennung des Teilungsvertrages, ohne doch gegen denselben zu prote-stieren. Für die Folgezeit hatte man sich dadurch selbst die Hände gebunden.

¹ SUFFOLK an GUNNING, 23. Aug. 1774. *The Business of the Partition is, I fear, too far advanced, to be, in any great Degree, revocable.*

² SUFFOLK an STORMONT, 4. Aug. 1772.

Wie sehr trat dies in der Danziger Angelegenheit zu Tage. Im Begriffe, gemeinsam mit Rußland dem Könige von Preußen Vorstellungen zu machen, erinnert man sich, daß die Basis für dieselben fehle, da es sich im Grunde um nichts anderes als um eine Verständigung handelt, wie der Teilungsvertrag auszulegen sei. Nun versucht es die englische Regierung, sich hinter die Danziger zu stellen, welche mit Preußen selbst verhandeln sollen. Doch diese zögern und suchen Englands Vermittelung zu erlangen, die es wieder nicht gewähren kann noch will. Die blosse Aussicht auf ein solches Einschreiten von Seiten Englands weckt die drohende Gefahr eines englisch-preussischen Krieges. Und schon hat Rußland sich der Sache bemächtigt: nur noch in Petersburg kann England für Danzigs und seine eigenen Handelsinteressen wirken. Als die letzteren endlich hinlänglich gewahrt sind, überläßt man die Danziger ihrem Schicksal: ihnen ist kein Heil aus Englands Verwendung erwachsen.

Wenn Lord NORTH bei seinem Amtsantritt dem Lande zehn Jahre des Friedens zu schenken sich anheischig gemacht hatte, so schien es jetzt, nachdem die polnische und die nordische Frage die Ruhe nicht gestört hatten, als ob er sein Versprechen erfüllen konnte. Nur zu bald aber sollten neue Kriegsstürme jenseits des Oceans sich erheben.



Schleswig-Holstein-Lauenburgische Regesten und Urkunden.

Im Auftrage der

Gesellschaft für Schleswig-Holstein-Lauenburgische Geschichte

bearbeitet und herausgegeben

von

Dr. P. Hasse.

- I. Band (786 —1250) 1886. gr. 4. VIII u. 407 S. Preis geh. M. 20.—
II. „ (1250 —1300) 1888. gr. 4. 476 S. Preis geh. M. 24.—
III. „ (1301 —1340) — [Im Erscheinen begriffen] Lieferung
1—4. 1889 u. 1890. gr. 4. 320 S. Preis geheftet je
M. 4.—.
-

In diesem Werke wird zum ersten Male das gesamte, auf die älteste Geschichte der drei Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg bezügliche, in deutschen und dänischen Archiven und Bibliotheken verstreute Urkunden-Material veröffentlicht. Die Gesellschaft für Schleswig-Holstein-Lauenburgische Geschichte hat zu diesem Zwecke während mehrerer Jahre die wichtigsten deutschen Archive, sowie die dänischen Archive und Bibliotheken in Kopenhagen durchforschen lassen. — —

Auch für die Städtegeschichte ist dieses Werk von besonderem Interesse, da sich dasselbe zugleich in weitem Umfange als eine Neubearbeitung des 1842 erschienenen Hamburgischen Urkundenbuches von LAPPENBERG charakterisiert, dessen ganze Auflage beim Hamburger großen Brande von 1842 bis auf wenige Exemplare vernichtet wurde. Alles, was Hamburg als Stadt der Holsteinischen Grafen angeht, was die Besiedelung der Umgegend, die Entstehung der Kirchspiele betrifft, hat hier volle Berücksichtigung gefunden, und namentlich werden auch die städtischen Privilegien in vollem Wortlaut zum Abdruck gebracht.

Georg Kerner. Ein deutsches Lebensbild aus dem Zeitalter der französischen Revolution von **Adolf Wohlwill.** Gr. 8. Mit Keners Bildnis in Stahlstich. M. 3.—; gebunden M. 4.—.

Gustav Heinrich Kirchenpauer. Ein Lebens- und Zeitbild von **Dr. Werner von Melle.** Gr. 8. Mit Bildnis Kirchenpauers. M. 8.—; gebunden in Halbfranz M. 10.—.

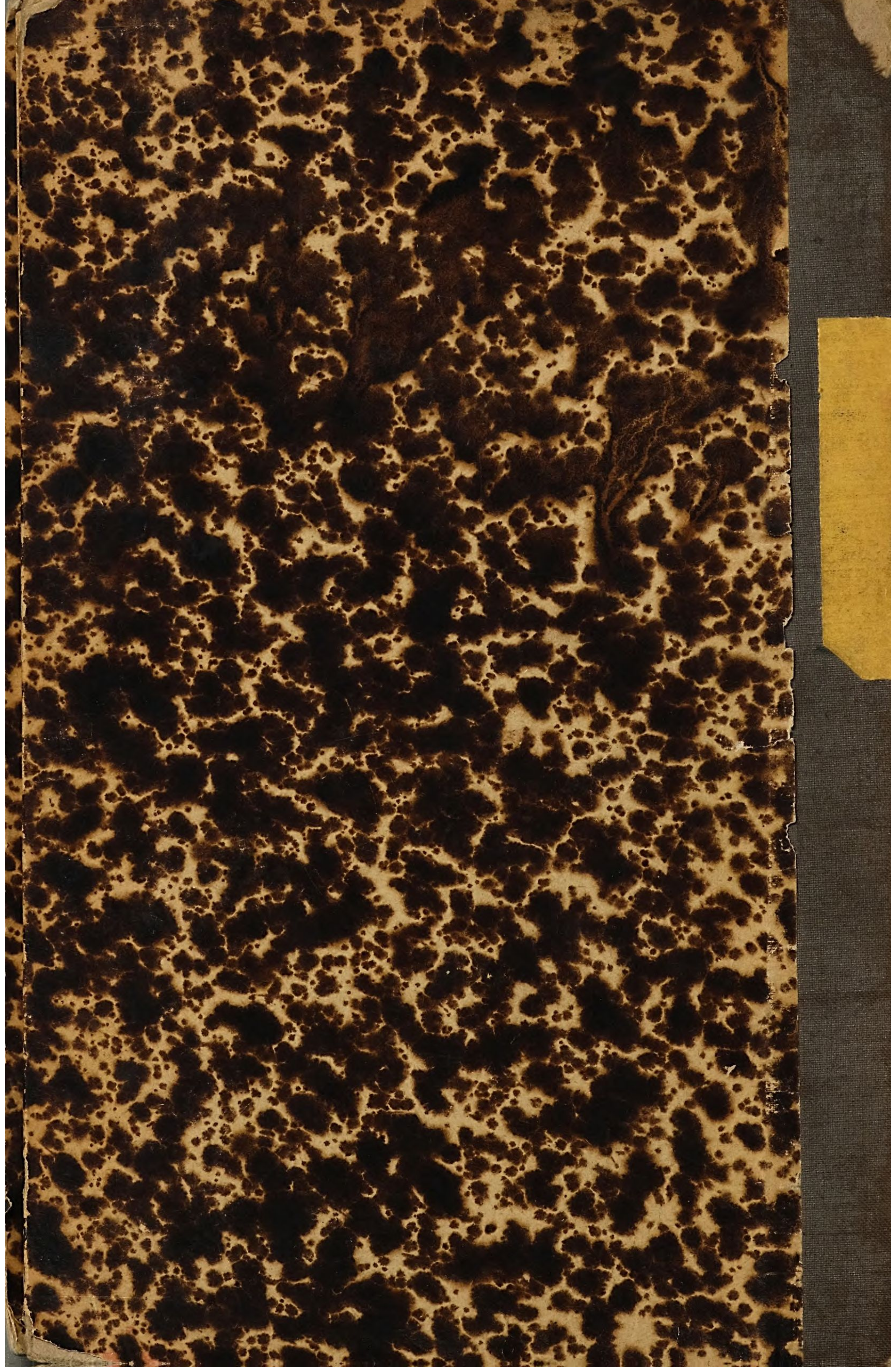
Briefe von Anna Maria v. Hagedorn an ihren jüngeren Sohn **Christian Ludwig** 1731—32. Herausgegeben von **Dr. Berthold Litzmann,** Docent der Universität Jena. Gr. 8. M. 2.50; geb. M. 3.50.

Christian Ludwig Liscow in seiner litterarischen Laufbahn. Von **Berthold Litzmann.** Gr. 8. 1883. M. 4.50.

Schröder und Gotter. Eine Episode aus der deutschen Theatergeschichte. Briefe **Friedrich Ludwig Schröders** an **Friedrich Wilhelm Gotter** 1777 und 1778. Eingeleitet und herausgegeben von **Dr. Berthold Litzmann,** a. o. Professor der deutschen Litteraturgeschichte in Jena. Gr. 8. M. 3.—; gebunden M. 4.—.

Friedrich Ludwig Schröder. Ein Beitrag zur deutschen Litteraturgeschichte von **Berthold Litzmann,** Professor a. d. Universität Jena. Erster Teil. Preis M. 8.—.

J. N. Bögl.



Michael, Wolfgang,

Englands Stellung zur ersten Teilung Polens

1890

J.publ.e. 258 te

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11634926-3